

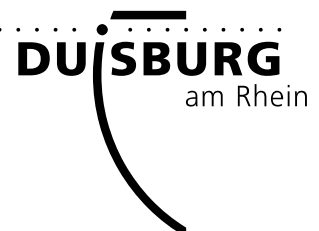
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Duisburg zum 31.12.2017

RPA



Duisburg

beraten • prüfen • berichten



Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------|---|-----------|
| I | Allgemeines | 1 |
| 1 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan | 1 |
| 2 | Prüfauftrag | 3 |
| II | Grundsätzliche Feststellungen | 4 |
| 1 | Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters | 4 |
| 2 | Weitere grundsätzliche Feststellungen | 8 |
| III | Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung | 10 |
| 1 | Gegenstand der Prüfung | 10 |
| 2 | Art und Umfang der Prüfung | 10 |
| IV | Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung | 12 |
| 1 | Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen | 12 |
| 2 | Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz | 13 |
| 3 | Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen | 51 |
| 4 | Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen | 52 |
| 5 | Hinweise zum Anhang | 54 |
| 6 | Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände | 55 |
| 7 | Inventur, Inventar und Festwerte | 56 |
| 8 | Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage | 57 |
| V | Bestätigungsvermerk | 61 |
| | Anlagen | 62 |
| Anlage 1 | Bilanz | |
| Anlage 2 | Anhang | |
| Anlage 2.1 | Anlagenspiegel | |
| Anlage 2.2 | Forderungsspiegel | |
| Anlage 2.3 | Verbindlichkeitspiegel | |
| Anlage 2.4 | Rückstellungsspiegel | |
| Anlage 2.5 | Ermächtigungsübertragungen | |
| Anlage 3 | Gesamtergebnisrechnung | |
| Anlage 4 | Gesamtfinanzrechnung | |
| Anlage 5 | Investitionsmaßnahmen 2017 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR | |
| Anlage 6 | Ergebnisse je Organisationseinheit | |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------------|--|
| AiB | Anlagen im Bau |
| DU-IT | Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH |
| DVV | Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH |
| EK | Eigenkapital |
| FiBu | Finanzbuchhaltung |
| GemHVO NRW | Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen |
| GO NRW | Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen |
| GoB | Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung |
| GoBD | Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff |
| GPA NRW | Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen |
| HGB | Handelsgesetzbuch |
| HSP | Haushaltssanierungsplan |
| Handreichung | NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen, 7. Auflage (Oktober 2016) |
| IDW | Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. |
| IKS | Internes Kontrollsystem |
| IMD | Immobilien-Management Duisburg |
| IT | Informationstechnik |
| KAG | Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen |
| LVR | Landschaftsverband Rheinland |
| MIK | Ministerium für Inneres und Kommunales NRW |
| NKF | Neues Kommunales Finanzmanagement |
| UVG | Unterhaltsvorschussgesetz |
| VV | Verwaltungsvorschrift |
| WBD-AöR | Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts |

I Allgemeines

1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Die Haushaltssatzung 2017 ist mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltssanierungsplan am 24.11.2016 (DS 16-0887/6 vom 23.11.2016) durch den Rat verabschiedet worden. Sie wurde nach den Bestimmungen der §§ 78 bis 80 GO NRW aufgestellt.

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Die Teilnahme an der Konsolidierungshilfe war für Duisburg verpflichtend. Die pflichtig teilnehmenden Gemeinden mussten der Bezirksregierung bis zum 30.06.2012 einen vom Rat beschlossenen Haushaltssanierungsplan vorlegen, der einen Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe bis spätestens im Jahr 2016 vorsieht. Der Haushaltssanierungsplan ist jährlich fortzuschreiben.

Mit Verfügung vom 10.05.2017 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt. Die Verfügung wurde dem Rat der Stadt zur Kenntnis gegeben (DS 16-0887/8 vom 11.05.2017).

In der Verfügung wird festgestellt, dass die Planung der Ansätze für die wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Finanzplanungszeitraum und im darüber hinausgehenden Haushaltssanierungszeitraum u. a. den Orientierungsdatenerlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) grundsätzlich berücksichtigt, wobei auch ortsspezifische Entwicklungen zugrunde gelegt worden sind. Bei den Aufwendungen sind nach wie vor die Bereiche Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferaufwendungen besonders zu beobachten. Das Risiko der Planungssicherheit im Haushaltssanierungszeitraum liegt bei der Stadt Duisburg. Sollten sich die Prognosen der Haushaltsplanung oder die geplanten Wirkungen der im Haushaltssanierungsplan benannten Konsolidierungsmaßnahmen nicht realisieren lassen und die Ziele des Haushaltssanierungsplanes dadurch gefährdet werden, muss die Stadt entsprechende Kompensationsmaßnahmen ergreifen.

Aufgrund der Genehmigung der Bezirksregierung konnte die Haushaltssatzung gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW öffentlich bekannt gemacht werden (Sonderausgabe des Amtsblattes für die Stadt Duisburg vom 17.05.2017). Als Folge unterlag die Haushaltsbewirtschaftung bis zum Jahresende 2017 nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW zur vorläufigen Haushaltsführung.

In § 1 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 sind folgende Beträge festgesetzt worden:

Ergebnisplan

| | |
|---|--------------------------------------|
| • Gesamtbetrag der Erträge | 1.777.780.941 EUR |
| • Gesamtbetrag der Aufwendungen (Überschuss) | 1.776.573.176 EUR (1.207.765 EUR) |

Finanzplan

| | |
|---|-------------------|
| • Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 1.714.335.638 EUR |
| • Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 1.665.899.120 EUR |
| • Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit | 90.026.300 EUR |
| • Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit | 231.089.000 EUR |
| • Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit | 549.109.000 EUR |
| • Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit | 430.342.000 EUR |

Der in der Haushaltssatzung ausgewiesene Überschuss beträgt 1,208 Mio. EUR. Das Ergebnis brachte einen Überschuss von 15,015 Mio. EUR. Trotz erheblich gestiegener Transferaufwendungen z. B. im Bereich des Jugendamtes und Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen aufgrund der vorgenommenen Revision der Werthaltigkeit bei den bilanzierten Festwerten für Park- und Grünanlagen sowie der in 2017 abgeschlossenen Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen konnte u. a. durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer, bei den Schlüsselzuweisungen und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer ein positives Ergebnis erzielt werden.

Außerdem hat ein verbessertes Finanzergebnis mit wesentlich geringeren Zinsaufwendungen sowohl bei den Investitions- als auch den Kassenkrediten zu dem Überschuss beigetragen.

Das Eigenkapital besteht nur noch aus der Sonderrücklage für Stiftungsvermögen (Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum). Mit dem Jahresüberschuss 2017 hat sich das auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesene negative Eigenkapital auf 405,500 Mio. EUR reduziert. Damit ist die Stadt Duisburg aber weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW überschuldet.

2 Prüfauftrag

Die Stadt Duisburg hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres gemäß § 95 Abs. 1 GO NRW und § 37 Abs. 1 GemHVO NRW einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Maßgaben der GemHVO NRW aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Der von der Stadtdirektorin/Stadtkämmerin aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2017 (DS 18-0171 vom 31.03.2018) ist vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 07.05.2018 festgestellt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss übersandt worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft nach § 101 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss und bedient sich zur Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung (§ 101 Abs. 8 GO NRW). Der Jahresabschluss ist dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt und ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Bestimmungen beachtet worden sind. Die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sind in die Prüfung einzubeziehen.

Zu prüfen ist weiterhin, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind (§ 101 Abs. 6 GO NRW).

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) hat im Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses das Ergebnis der Prüfung in einem Prüfbericht und einem Bestätigungsvermerk zusammengefasst. Dieser Vermerk ist gemäß § 101 Abs. 7 GO NRW von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zu unterzeichnen.

II Grundsätzliche Feststellungen

1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters

Der Lagebericht ist gemäß § 101 Abs. 1 und Abs. 6 GO NRW daraufhin zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.

Der Lagebericht im Jahresabschluss 2017 enthält folgende Kernaussagen zur Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg:

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Nr. 2, Seiten 3 - 4),
2. Jahresergebnis 2017 - Darstellung und Analyse (Nr. 3, Seiten 5 - 8),
3. Informationen zur Vermögens- und Schuldenlage (Nr. 4, Seiten 8 - 12),
4. Vorgänge von besonderer Bedeutung einschließlich einer Einschätzung der Chancen und Risiken (Nr. 5, Seiten 12 - 18),
5. Prognoseberichterstattung (Nr. 6, Seiten 18 - 20) und
6. Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf der Grundlage von Kennzahlen (Nr. 7, Seiten 21 - 26).

Der Inhalt des Lageberichtes entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen.

Jahresergebnis 2017, Vermögens- und Schuldenlage

Zunächst werden im Lagebericht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl weltweit als auch für den Euro-Raum und Deutschland beschrieben. Wie auch der Trend auf Bundesebene verringerte sich die Arbeitslosenzahl in Duisburg um 0,9 % auf 11,7 % (Stand Dezember 2017).

Das Jahresergebnis 2017 mit einem Überschuss in Höhe von 15,015 Mio. EUR ist um 9,295 Mio. EUR besser als das Vorjahresergebnis und um 13,807 Mio. EUR besser als in der Haushaltsplanung. Trotz erheblich gestiegener Transferaufwendungen z. B. im Bereich des Jugendamtes und Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen aufgrund der vorgenommenen Revision der Werthaltigkeit bei den bilanzierten Festwerten für Park- und Grünanlagen sowie der in 2017 abgeschlossenen Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen konnte u. a. durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer, bei den Schlüsselzuweisungen und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer ein positives Ergebnis erzielt werden.

Außerdem hat ein verbessertes Finanzergebnis mit wesentlich geringeren Zinsaufwendungen sowohl bei den Investitions- als auch den Kassenkrediten zu dem Überschuss beigetragen.

Im Berichtsjahr übertrafen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen um 22,303 Mio. EUR. Durch diese positive Ertragsentwicklung veränderte sich der Aufwandsdeckungsgrad, der anzeigt, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Er stieg leicht von 101,05 % im Vorjahr auf 101,26 % in 2017.

Der Lagebericht macht die anhaltende schwierige finanzielle Situation der Stadt Duisburg deutlich. Trotz des im Berichtsjahr erzielten Überschusses ist die Haushaltslage weiterhin kritisch und entbindet die Stadt nicht von weiteren erheblichen Sparbemühungen. Das Eigenkapital weist seit 2010 nur noch die Sonderrücklage aus. Auf der Aktivseite der Bilanz wird das negative Eigenkapital in Höhe von 405,500 Mio. EUR ausgewiesen. Damit ist die Stadt Duisburg weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW überschuldet.

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Mit Verfügung vom 10.05.2017 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt (DS 16-0887/8 vom 11.05.2017). Somit konnte die Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 im Amtsblatt für die Stadt Duisburg am 17.05.2017 erfolgen. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung unterlag die Haushaltsbewirtschaftung nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW.

In der Prognoseberichterstattung wird auf die weitere Entwicklung des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ hingewiesen. Durch das positive Jahresergebnis konnte in 2017, wie bereits in den Jahren 2015 und 2016, der Abbau dieses Postens fortgesetzt werden.

Die vom Rat der Stadt Duisburg beschlossene Eigenkapitalerhöhung bei der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) machte zusätzliche Kreditaufnahmen notwendig, so dass sich das Investitionskreditvolumen in 2017 um 14,370 Mio. EUR auf 469,693 Mio. EUR erhöht hat. Die Erhöhung ist auf die Deckung der Finanzierungsbedarfe für die zweite Zahlung der DVV-Kapitalerhöhung in Höhe von 35,826 Mio. EUR zurückzuführen. Betrachtet man nur die Investitionstätigkeit der Stadt ohne die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV, ist wie in den Vorjahren eine Entschuldung - im Berichtsjahr um 21,456 Mio. EUR - festzustellen.

Die zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Kredite haben sich zum Bilanzstichtag weiter verringert, und zwar um 107,700 Mio. EUR auf 1.502,200 Mio. EUR (Stand 31.12.2016: 1.609,900 Mio. EUR). Trotz der rückläufigen Entwicklung weist der Bilanzposten weiterhin einen sehr hohen Stand auf. Zu der Reduzierung dieser Kredite hat auch die Konsolidierungshilfe des Landes beigetragen.

Sowohl Investitionskredite als auch Liquiditätskredite profitierten weiterhin vom niedrigen Zinsniveau. In der Prognoseberichterstattung werden hierzu die Risiken aus steigenden Zinssätzen beschrieben.

Die aus den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen resultierenden Wirkungen auf die Einnahme- und Ausgabesituation der Stadt Duisburg sind im Lagebericht zutreffend und nachvollziehbar beschrieben. Die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg wird ergänzend mit den Angaben im Anhang ausführlich dargestellt und analysiert. Er steht mit den bei der Prüfung des

Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation wird anhand der Kennzahlen in Abschnitt 7 des Lageberichtes deutlich gemacht.

Weiterhin enthält der Lagebericht im Abschnitt 8 die Angaben gemäß § 95 Abs. 2 GO NRW (Angaben des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des Aktiengesetzes, Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form und in sonstigen privatrechtlichen Unternehmen).

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Abschnitt 5 des Lageberichts enthält neben den Vorgängen von besonderer Bedeutung auch die Darstellung der Chancen und Risiken.

Mit dem Stärkungspaktgesetz und dem damit vorgeschriebenen Haushaltssanierungsplan wurden die beteiligten Gemeinden verpflichtet, den Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe bis 2016 zu erreichen. Seit dem Jahr 2017 nimmt diese Hilfe stufenweise bis zum Jahr 2020 ab. Ab dem Jahr 2021 ist der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe zu erreichen. Auch danach sind weitere Sparanstrengungen notwendig, um die Überschuldung (negatives Eigenkapital) und die erheblichen Liquiditätskredite weiter abzubauen.

Im Berichtsjahr ist erstmalig die nach dem Stärkungspaktgesetz vorgesehene geringere Konsolidierungshilfe in Höhe von 41,883 Mio. EUR (Vorjahr 52,996 Mio. EUR) an die Stadt gezahlt worden. Trotz dieser Kürzung konnte in 2017, wie bereits in den Jahren 2015 und 2016, ein positives Jahresergebnis erreicht werden. Allerdings ist das Konsolidierungsziel weiterhin konsequent zu verfolgen, um im Jahr 2021 den Haushaltsausgleich ohne die Landeshilfe zu erreichen. Zudem können die Sparbemühungen durch nicht steuerbare Entwicklungen, wie z. B. in dem Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft, negativ beeinflusst werden. Wie schon seit Jahren ist von besonderer Bedeutung, ob das anhaltend niedrige Zinsniveau im Bereich der Liquiditäts- und Investitionskredite weiter bestehen bleibt.

In diesem Abschnitt des Lageberichtes wird auch ausführlich auf die großen Aufwandsblöcke - Personal- und Sozialetat - eingegangen. Im Ergebnis betrugen die Personalaufwendungen im Berichtsjahr 356,041 Mio. EUR. Die mit Wirkung zum 01.01.2017 neu konzipierte HSP-Maßnahme „Konsolidierung Personalkosten zur Erwirtschaftung eines Einstellungs- und Ausbildungskorridors“ führte im Ergebnis zu einem Überschuss in Höhe von 0,102 Mio. EUR gegenüber der geplanten Entlastung von Personalkosten von 7,600 Mio. EUR in 2017. Die Entwicklungen und Perspektiven im Sozialetat (Zuschuss 2017: 246,519 Mio. EUR, Vorjahr: 238,079 Mio. EUR) werden, bezogen auf die wichtigsten Produkte, genannt. Insbesondere die Finanzierung der Aufwendungen für Flüchtlinge in den Produkten „Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ und „Unterbringung von Asylbewerbern“ hat zur Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr beigetragen. Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen haben in 2017 zu erheblichen Mindereinnahmen geführt.

Weiterhin sind in diesem Abschnitt die trotz des engen Finanzierungsspielraums möglichen Projekte der Stadtentwicklung beispielhaft aufgeführt.

Die Haushaltssituation 2017 wird im Lagebericht zusammen mit den ergänzenden Ausführungen im Anhang durch ausführliche Darstellungen der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen dargelegt. Chancen und Risiken im gesamtwirtschaftlichen Umfeld sind hinreichend dargestellt. Von höchster Priorität ist, die in den nächsten Jahren geplanten Haushaltsausgleiche auch im Ergebnis zu erreichen.

Im Abschnitt 5.5 des Lageberichtes (Seiten 16 - 17) sind die Chancen und Risiken bezogen auf die Beteiligungen ausführlich dargestellt. Neben den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen werden insbesondere die maßgeblichen Gesellschaften Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) mit ihren Beteiligungsgesellschaften Stadtwerke Duisburg AG und Duisburger Verkehrsgesellschaft AG sowie die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR betrachtet.

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Annahmen, der geprüften Unterlagen sowie der im Rahmen dieser Prüfung durchgeführten Analysen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung zur Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Darstellungen und Beurteilungen der Lage vermitteln insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg. Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Duisburg sind zutreffend dargestellt.

2

Weitere grundsätzliche Feststellungen

Vorlage des Jahresabschluss-Entwurfes 2017

Gemäß § 95 Abs. 3 GO NRW ist der vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Feststellung zuzuleiten. Für den Entwurf des Jahresabschlusses 2017 (DS 18-0171 vom 31.03.2018) erfolgte die Feststellung durch Beschluss in der Sitzung des Rates der Stadt am 07.05.2018.

Sonstige Feststellungen und Empfehlungen

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 23.11.2017 den Bericht Nr. 07/2017 vom 13.11.2017 über die Ergebnisse der Prüfung der Folgeinventur nicht beweglicher Vermögensgegenstände zur Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen (DS 14-1191/1 vom 13.11.2017). Aufgrund der in 2017 abgeschlossenen Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen wurde eine erhöhte Abnutzung bzw. ein erhöhter Verschleiß festgestellt, der eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 4,961 Mio. EUR erforderte.

Aufgrund einer von der Finanzbuchhaltung gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO NRW durchgeführten Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Park- und Grünanlagen wurde festgestellt, dass die notwendigen regelmäßigen Ersatzbeschaffungen nicht vorgenommen worden sind. So konnte die Alterswertminderung nicht im erforderlichen Umfang durch die Ersatzbeschaffungen kompensiert werden. Die erforderliche Anpassung des Bilanzwertes führte zu einer außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von 40,903 Mio. EUR. Diesem Aufwand stehen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 29,216 Mio. EUR gegenüber.

Zur Unterstützung der Finanzbuchhaltung wurde zum 01.01.2014 ein zentrales SAP-Management beim Hauptamt (Amt 10) eingerichtet. Um den gesamtstädtischen Lizenzeneinsatz zu optimieren, wurden erste Überprüfungen initiiert. Im Bereich des SAP-Einsatzes wird eine Umstellung auf HANA-Datenbanksysteme unabdingbar, weil die Unterstützung des bisher eingesetzten R/3-Systems durch den Hersteller nur bis 2025 zugesichert wird. Damit verbunden sind aber auch eine komplett geänderte Systemarchitektur, neue Schnittstellen zum Anwender und eine neuartige Benutzeroberfläche. Wegen der komplexen Umstellungsarbeiten ist ein Systemwechsel in mehreren Stufen geplant:

1. Migration der Server von Windows nach Linux in 2018
2. Migration der Datenbank von DB2 nach HANA in 2019
3. Migration des SAP-Kernsystems von R/3 nach S/4 HANA nach 2020

Die Umstellung auf standardisierte Rollen- und Berechtigungskonzepte und neue Namenskonventionen wird zurückgestellt. Sie soll parallel zum Systemumstieg auf SAP-HANA erfolgen. SAP-Teilkonzepte für die Systeme der Personalwirtschaft (SAP HCM) und des Rechnungswesens nach dem NKF (SAP NKF) werden bereits vorher eingeführt und umgesetzt. Auf Sonderanpassungen soll zukünftig

weitgehend verzichtet werden. Es wird angestrebt, sich zukünftig am SAP-Standard (NRW-NKF) zu orientieren.

Das RPA wird die erforderlichen Umstellungsarbeiten weiterverfolgen und den Rechnungsprüfungsausschuss zu gegebener Zeit informieren.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 23.11.2017 den Bericht Nr. 02/2017 vom 19.10.2017 über die Prüfung der Transportaufträge im SAP-System zur Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen (DS 17-1172 vom 19.10.2017). Das SAP-Transportauftragssystem dient dazu, alle relevanten Veränderungen, Anpassungen und Fehlerkorrekturen zu dokumentieren. Diese Veränderungen werden zunächst nicht im Produktivsystem, sondern im Entwicklungs- und Qualitätssicherungssystem eingesetzt und getestet. Die Überprüfung dieser Veränderungen ist gemäß § 103 Abs.1 Nr. 6 GO NRW eine Pflichtaufgabe der örtlichen Rechnungsprüfung.

Es wurde festgestellt, dass beim entscheidenden Transport der relevanten Änderungen in das Produktivsystem die Einhaltung des Grundsatzes der Funktionstrennung durch organisatorische Maßnahmen sichergestellt ist. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Customizingrechte für Systemanpassungen besitzen, sollte aus Sicht des RPA reduziert werden. Das Verfahren zur Beauftragung der DU-IT mit der Durchführung von Transporten in das Produktivsystem ist zu verbessern. Noch während der Prüfung konnten zu großzügig eingeräumte Benutzerberechtigungen zurückgenommen bzw. korrigiert werden.

III Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung ist der Jahresabschluss 2017 mit seinen in § 37 GemHVO NRW aufgeführten Bestandteilen. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände (§ 101 Abs. 1 Satz 3 GO NRW) einbezogen.

Der von der Stadtdirektorin/Stadtkämmerin aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2017 wurde vom Rat der Stadt beschlossen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss übersandt. Nach § 101 GO NRW und § 4 Abs. 2 Buchstabe b der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses der örtlichen Rechnungsprüfung.

2 Art und Umfang der Prüfung

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfansatzes wurde zunächst eine Prüfstrategie entwickelt und anschließend die Prüfungsschwerpunkte festgelegt. Die Prüfung der einzelnen Bilanzposten wurde von verschiedenen Prüfteams des RPA durchgeführt, während die Prüfung der Teilrechnungen Aufgabe der zuständigen Fachprüferin/des Fachprüfers war.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Durchführung von Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW),
- das Interne Kontrollsystem (IKS),
- die Ordnungsmäßigkeit der Belege und
- die ausreichende Dokumentation in der Buchführung.

Die drei letztgenannten Schwerpunkte unterliegen generell mit unterschiedlicher Intensität besonderer Aufmerksamkeit bei der Prüfung des Jahresabschlusses.

Bei der Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, der Gemeindehaushaltsverordnung NRW sowie die Handreichung des MIK und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Für weitergehende Fragestellungen wurden auch das Handelsgesetzbuch (HGB) und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Es wurden System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Arbeitspapieren des RPA ausführlich dokumen-

tiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen lediglich eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages ist die Einhaltung der für den Jahresabschluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft worden.

Die Prüfung wurde in den Monaten Mai bis September 2018 durchgeführt.

IV Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung

1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Für die Beurteilung der ordnungsmäßigen Buchung der Geschäftsvorfälle wurden die für Gemeinden vorgeschriebenen gesetzlichen Regelungen, örtlichen Richtlinien, das Kontierungshandbuch der Stadt Duisburg und der Duisburger Kontenplan herangezogen.

Nach § 103 Abs. 1 Ziffer 4 GO NRW gehört die laufende Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung ebenfalls zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses. Für das Ablagesystem der buchungsbegründenden Unterlagen sind die Regelungen in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ und in der „Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg“ zu beachten.

§ 27 der GemHVO NRW legt fest, dass alle Geschäftsvorfälle unter Beachtung der „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ (GoB) in den Büchern klar ersichtlich und nachprüfbar aufzuzeichnen sind. Die Eintragungen in die Bücher müssen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet vorgenommen werden, so dass die Geschäftsvorfälle in ihrer Entstehung und Abwicklung nachvollziehbar sind. Den Buchungen sind Belege zu Grunde zu legen (begründende Unterlagen), durch die der Nachweis der richtigen und vollständigen Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu erbringen ist. Die Buchungsbelege müssen Hinweise enthalten, die eine Verbindung zu den Eintragungen in den Büchern herstellen. Entsprechende gesetzliche Regelungen gibt es auch zur Archivierung. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung werden Belege sowohl von der Finanzbuchhaltung (FiBu) als auch von den Fachbereichen eingesehen und geprüft. Insbesondere werden zur Abstimmung der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den verbundenen Unternehmen, den Beteiligungen, der Sondervermögen und der Kernverwaltung Saldenbestätigungen von der FiBu angefordert und geprüft.

Außerdem sind die „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff“ (GoBD) zu beachten. Die hier beschriebenen Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten sowie der Datenzugriff sind in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ berücksichtigt worden.

2 Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Der Jahresabschluss wurde grundsätzlich auf der Basis der rechtlichen Grundlagen und im Wesentlichen unter Beachtung der geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften aufgestellt. Die Bilanzgliederung entspricht den Vorgaben des § 41 GemHVO NRW. Die Nummerierung der Feststellungen orientiert sich an dem vorgelegten Bilanzentwurf.

AKTIVA

1 Anlagevermögen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 4.545.191.547,83 EUR | 4.639.689.524,63 EUR |

Im Anlagevermögen sind die gemeindlichen Vermögensgegenstände anzusetzen, die von der Gemeinde nicht nur vorübergehend für ihre Aufgabenerfüllung gehalten werden. Sie sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde zu dienen.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Anlagenspiegel nach § 45 GemHVO NRW beizufügen (Anlage 2.1 dieses Berichtes). Im Anlagenspiegel ist die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens darzustellen. Er ist mindestens entsprechend § 41 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO NRW zu gliedern. Der vorgelegte Anlagenspiegel entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium vorgegebenen Muster.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------|----------------|
| Bilanzansatz | 921.030,25 EUR | 993.853,17 EUR |

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Vermögenswerte des Anlagevermögens, die körperlich nicht fassbar sind. Hierzu gehören im Wesentlichen Konzessionen, Lizenzen und DV-Software. Eine Aktivierung kann nur erfolgen, wenn immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworben wurden und sie selbstständig bewertungsfähig sind.

Der Bilanzwert zum 31.12.2017 setzt sich wie folgt zusammen:

| | |
|------------------------------|----------------|
| Konzessionen, Nutzungsrechte | 0,000 Mio. EUR |
| Lizenzen | 0,486 Mio. EUR |
| DV-Software | 0,435 Mio. EUR |

Gegenüber dem Jahresabschluss 2016 hat sich der Bilanzansatz um 0,073 Mio. EUR verringert.

Der Bilanzwert für Lizenzen ist um 0,140 Mio. EUR gesunken, da den Anlagenzugängen höhere Abschreibungen gegenüberstanden. Der Wert für DV-Software hat sich hingegen um 0,067 Mio. EUR erhöht, da in dieser Anlagenklasse die Zugänge (z. B. Relaunch der Website „www.duisburg.de“, Spezialsoftware für die Feuerwehr zur Messung von toxischen Gasen, Software für das Controlling des Fuhrparkmanagements und Softwaremodul für das Einsatzleitsystem) die Abschreibungsbeträge überstiegen.

1.2 Sachanlagevermögen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 2.749.460.983,90 EUR | 2.833.895.824,43 EUR |

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 84,435 Mio. EUR verringert.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit beschränkt sich die Aufschlüsselung in den folgenden Bilanzposten überwiegend auf Abschreibungen sowie Zu- und Abgänge.

Mit DS 14-1191/1 vom 13.11.2017 hat das RPA in dem „Bericht über die Prüfung der Folgeinventur nicht beweglicher Vermögensgegenstände“ die Ergebnisse vorgelegt. Die daraufhin erfolgte Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen wurde in 2017 abgeschlossen (siehe Ziffer 1.2.3 dieses Berichtes).

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 411.470.854,44 EUR | 460.028.691,89 EUR |

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine Gebäude befinden. Innerhalb dieses Bilanzpostens erfolgt eine Unterteilung in Grünflächen (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen), Ackerland (landwirt-

schaftlich genutzte Flächen der Gemeinde ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen), Wald und Forsten (der im gemeindlichen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) sowie sonstige unbebaute Grundstücke (andere, nicht unter den zuvor genannten Punkten aufgeführte Grundstücke, z. B. unbebaute Bau- oder Gewerbegrundstücke).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der bilanzierte Wert um 48,558 Mio. EUR verringert.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 4,911 Mio. EUR. Abgänge in Höhe von 9,265 Mio. EUR sowie Abschreibungen, vor allem die notwendigen außerplanmäßigen Abschreibungen der Festwerte im Bereich der Park- und Grünanlagen in Höhe von 40,903 Mio. EUR, stellen weitere maßgebliche Größen für die Entwicklung des Bilanzansatzes dar.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 18.597.990,84 EUR | 20.906.800,26 EUR |

Unter diesem Bilanzposten werden neben einigen Forsthäusern in erster Linie Sportanlagen (z. B. Eissporthalle) erfasst, da das Immobilienvermögen grundsätzlich nicht bei der Kernverwaltung, sondern bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD bilanziert wird.

Der Wert hat sich im Jahresverlauf um 2,309 Mio. EUR verringert, verursacht durch Abschreibungen in Höhe von 1,359 Mio. EUR sowie Abgänge von 0,950 Mio. EUR.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 2.156.857.422,72 EUR | 2.208.769.667,53 EUR |

Dieses Vermögen umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion der örtlichen Infrastruktur dienen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 51,912 Mio. EUR verringert.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 15,973 Mio. EUR; die korrespondierenden Einzelmaßnahmen sind sehr zahlreich. Der größte Anteil fällt mit

10,542 Mio. EUR in den Bereich der Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen. Als größere Einzelprojekte sind die Fertigstellung des Dammbalkenverschlusses Marientor mit 1,613 Mio. EUR sowie nachträgliche Aktivierungsaufwendungen bei der Deichrückverlegung Mündelheim mit 1,285 Mio. EUR zu nennen.

Demgegenüber verringerte sich der Bilanzansatz durch Abschreibungsaufwand. Dieser bewegt sich mit 65,214 Mio. EUR leicht unter Vorjahresniveau (67,818 Mio. EUR). Aufgrund der in 2017 abgeschlossenen Inventur des immobilen Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen wurde eine erhöhte Abnutzung bzw. ein erhöhter Verschleiß festgestellt, der eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 4,961 Mio. EUR erforderte.

Die Abgänge im Berichtsjahr betragen insgesamt 2,671 Mio. EUR. Auch hier entfallen die maßgeblichen Beträge auf zahlreiche Einzelmaßnahmen, überwiegend im Bereich der Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen (2,446 Mio. EUR).

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------|----------|
| Bilanzansatz | 0,00 EUR | 0,00 EUR |

Es sind keine Bauten auf fremdem Grund und Boden vorhanden.

1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 17.818.589,80 EUR | 17.818.119,80 EUR |

Diesem Bilanzposten sind Vermögensgegenstände zuzuordnen, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt.

Hierzu gehören die musealen Sammlungen des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt und des ehemaligen Museums Haus Königsberg, die Plastiken im Freien, der Bestand der Kunstwerke Duisburger Künstlerinnen und Künstler, die Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek sowie archäologische Ausgrabungsfunde. Ein weiterer Bestandteil sind nicht als Gebäude genutzte Baudenkmäler und Bodendenkmäler.

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 470,00 EUR erhöht.

Dies ist auf den Zugang der 18 Bände von Heinrich Heine (300,00 EUR) und eines Gemäldes für das Museum der Deutschen Binnenschifffahrt (170,00 EUR) zurückzuführen.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 14.346.908,44 EUR | 14.700.060,93 EUR |

Bei diesem Bilanzposten werden alle Maschinen und technischen Anlagen, die für die Leistungserstellung durch die Stadt erforderlich sind, erfasst. Hierzu gehören unter anderem Arbeitsmaschinen, Messgeräte oder Nachrichten- und Leitstellentechnik. Auch sämtliche Betriebsvorrichtungen, wie beispielsweise Notstromaggregate oder Klimaanlage, werden hier aktiviert, wenn sie selbstständig bewertungsfähig sind. Darüber hinaus werden hier die Fahrzeuge der Kernverwaltung abgebildet.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2017 wie folgt zusammen:

| | |
|---|----------------|
| Nachrichtentechnik, Kabelnetze | 1,232 Mio. EUR |
| Sonstige technische Anlagen und Maschinen | 3,879 Mio. EUR |
| Fahrzeuge | 9,236 Mio. EUR |

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert um 0,353 Mio. EUR verringert.

Der Bilanzwert für die Nachrichtentechnik und die Kabelnetze hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,988 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf die Aktivierung von Sirenen in Duisburg zurückzuführen ist. Der Wert für die sonstigen technischen Anlagen und Maschinen ist um 0,226 Mio. EUR gesunken, da den Anlagenzugängen (z. B. stationäre Blitzanlage, Selbstverbuchungsterminals in der Stadtbibliothek) höhere Abschreibungen gegenüberstanden. Das Anlagevermögen der Fahrzeuge hat sich ebenfalls um 1,115 Mio. EUR verringert, da auch hier die Abschreibungen höher als die Anlagenzugänge (z. B. Bücherbus) waren.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 66.315.966,48 EUR | 66.343.169,54 EUR |

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören alle Vermögensgegenstände, die dem allgemeinen Geschäftsbetrieb der Stadt dienen. Hierzu zählen unter anderem Einrichtungsgegenstände von Büros und Klassenräumen, Werkzeuge oder Musikinstrumente. Darüber hinaus sind auch fachspezifische Ausstattungen zu erfassen, wie beispielsweise Löschgeräte für die Feuerwehr oder Spielsachen in Kindertageseinrichtungen.

Ein Teil der Vermögensgegenstände ist einzeln erfasst und bewertet worden. Für den überwiegenden Teil sind Festwerte auf Grundlage des § 34 GemHVO NRW gebildet worden, beispielsweise für das Büro- und Schulmobiliar, für die Lehr- und Unterrichtsmittel bei den Schulen oder für den Medienbestand der Stadtbibliothek.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2017 wie folgt zusammen:

| | |
|---|-----------------|
| Einrichtung in Schulen | 35,497 Mio. EUR |
| Einrichtung in Kindertageseinrichtungen | 6,306 Mio. EUR |
| Einrichtung der Feuerwachen und | |
| Beladung der Feuerwehrfahrzeuge | 5,577 Mio. EUR |
| Medienbestand der Stadtbibliothek | 4,583 Mio. EUR |
| Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung | 14,352 Mio. EUR |

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert geringfügig um 0,027 Mio. EUR verringert, da den Anlagenzugängen höhere Abschreibungen gegenüberstanden.

Alle Geschäftsvorfälle, die Auswirkung auf den mengenmäßigen oder wertmäßigen Bestand des Anlagevermögens haben, werden durch die Anlagenbuchhaltung laufend im System erfasst. Das Verfahren ist in der Geschäftsanweisung der Anlagenbuchhaltung für das bewegliche Anlagevermögen geregelt.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 64.053.251,18 EUR | 45.329.314,48 EUR |

Unter diesem Bilanzposten werden u. a. Anzahlungen aktiviert, die eine Vorausleistung der Stadt Duisburg auf den Kaufpreis für das Sachanlagevermögen darstellen. In diesen Fällen wurde eine Zahlung geleistet, ohne bereits in den Besitz des Vermögensgegenstandes gekommen zu sein. Nach Erfüllung des Rechtsge-

schäftes ist der als geleistete Anzahlung eingestellte Betrag entsprechend seiner Verwendung umzubuchen.

Anlagen im Bau (AiB) bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen ab. Bei endgültiger Fertigstellung bzw. Betriebsbereitschaft werden die summierten Herstellungskosten auf die endgültige Anlage nach der Vermögensverwendung umgebucht.

Der ausgewiesene Wert dieses Bilanzpostens hat sich im Laufe des Jahres von 45,329 Mio. EUR um 18,724 Mio. EUR auf 64,053 Mio. EUR erhöht. Neben Zugängen in Höhe von 33,909 Mio. EUR gab es Umbuchungen (Aktivierungen in den Anlagenbestand) von 15,185 Mio. EUR.

Die Anzahlungen enthalten mehrere größere Anschaffungen bei der Feuerwehr, u. a. von Rettungsfahrzeugen. Bei den Anlagen im Bau wurden im Berichtsjahr u. a. Zugänge für die Maßnahmen „Erneuerung Zugsicherung Stadtbahn“ (7,459 Mio. EUR), „Abriss der Hochhäuser Hochheide“ (3,175 Mio. EUR) und „Gestaltung Bahnhofsvorplatte“ (2,811 Mio. EUR) verbucht.

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgten in 2017 größere Aktivierungen in den Anlagenbestand, u. a. der Dammbalkenverschluss Marientor (1,613 Mio. EUR), der Stadtbahnbahnhof „Neuer Friedhof“ (1,689 Mio. EUR) sowie der Ausbau der Düsseldorfer Landstraße (1,196 Mio. EUR). Bei der Feuerwehr wurde das Warnsystem elektronischer Sirenen aktiviert (1,069 Mio. EUR).

1.3 Finanzanlagen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 1.794.809.533,68 EUR | 1.804.799.847,03 EUR |

Der Bilanzansatz macht 34,2 % der Bilanzsumme zum 31.12.2017 aus und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,990 Mio. EUR verringert. Der Rückgang ist vorwiegend durch planmäßige Rückführungen von Ausleihungen zu begründen (siehe Ziffer 1.3.5 dieses Berichtes).

In dem Bilanzposten Finanzanlagen werden die Vermögenswerte angesetzt, die dauerhaft finanziellen Anlagezwecken oder Verbindungen zu den verselbstständigten Organisationseinheiten der Gemeinde sowie damit zusammenhängenden Ausleihungen dienen.

Dieser Bilanzposten untergliedert sich in folgende (Mindest-) Bestandteile gemäß § 41 Abs. 3 GemHVO NRW:

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sondervermögen
- Wertpapiere des Anlagevermögens
- Ausleihungen

Finanzanlagen sind in der Regel nicht planmäßig abzuschreiben. Außerplanmäßige Abschreibungen sind bei Finanzanlagen vorzunehmen und im Anhang zu erläutern, wenn nach § 35 Abs. 5 GemHVO NRW Anhaltspunkte für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung bestehen; bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung besteht ein Wahlrecht. Wertveränderungen von Finanzanlagen sind nach § 43 Abs. 3 GemHVO NRW unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Da das Eigenkapital der Stadt Duisburg aufgezehrt ist, werden diese Sachverhalte auf der Aktivseite der Bilanz mit dem negativen Eigenkapital verrechnet.

Die Stabsstelle Beteiligungen (Amt 20-3) verfasst zu jedem Bilanzstichtag Folgebewertungsbögen, die in einem standardisierten Verfahren vom RPA einer prüferischen Durchsicht unterzogen werden; tiefergehende Prüfhandlungen erfolgen nach einer bewussten Stichprobenauswahl nach dem risikoorientierten Prüfansatz. Erkenntnisse zu den einzelnen Arten der Finanzanlagen sowie zu eingetretenen Wertveränderungen sind den folgenden Unterkapiteln zu entnehmen.

Mit DS 16-0182 vom 12.08.2016 wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 30.08.2016 der Beratungsbericht der GPA NRW vorgelegt, der eine Überprüfung der Werthaltigkeit der Finanzanlagen zum Stichtag 31.12.2014 beinhaltete. Die von der GPA NRW ausgesprochenen Empfehlungen wurden von der Beteiligungsverwaltung umgesetzt, notwendige Korrekturen sind bereits im Jahresabschluss 2016 vorgenommen worden.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 1.086.051.456,67 EUR | 1.086.818.394,49 EUR |

Unter diesem Posten werden grundsätzlich Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Duisburg ausgewiesen. Der Ansatz hat sich im Vorjahresvergleich um 0,767 Mio. EUR verringert, verursacht durch die Restitution eines Gemäldes der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum.

Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV)

Die DVV nimmt als Holding unterschiedliche Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge wahr, die sowohl sachzielorientiert als auch erwerbswirtschaftlich ausgerichtet sind. So werden beispielsweise die Sparte Verkehr (Duisburger Verkehrsgesellschaft AG) nach dem Substanzwertverfahren und die Sparte Energie (Stadtwerke Duisburg AG) nach dem Ertragswertverfahren bewertet.

1.3.2 Beteiligungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 295.771.588,41 EUR | 295.900.393,40 EUR |

Minderheitsbeteiligungen über 20 % werden grundsätzlich unter dieser Position ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz bedingt durch notwendige Abschreibungen (0,049 Mio. EUR) und einen Abgang (0,079 Mio. EUR) geringfügig verringert. Der Abgang beschreibt die gemäß eines Ratsbeschlusses durchgeführte Veräußerung der Geschäftsanteile der Stadt Duisburg an der EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH an die GEBAG Duisburger Bau-gesellschaft mbH.

Duisburger Hafen AG (duisport)

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Häfen einschließlich aller Bahn- und Nebenanlagen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken sowie baulichen Anlagen und die Bestellung von Erbbaurechten.

Der Anteil der Stadt Duisburg am Grundkapital beträgt 33,3 Prozent.

Die Duisburger Hafen AG (duisport) wird nach dem Substanzwertverfahren bewertet.

Die Vermögenslage des Konzerns ist unverändert zum Vorjahr durch eine hohe Anlagenintensität geprägt. Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr nur marginal gesunken. Das Eigenkapital konnte gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht werden.

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)

Das Vermögen der Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM) wurde im Ganzen nach §§ 2 Nr. 1, 4 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) auf die FMR als übernehmende Gesellschaft (Verschmelzung durch Aufnahme) übertragen. Die Verschmelzung erfolgte laut Vertrag vom 30.06.2017 im Innenverhältnis mit Wirkung zum 01.01.2017. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Erhöhung des Stammkapitals der FMR mit Gewährung dieser an die Stadt Duisburg als neue Geschäftsanteile, während die

RPM mit Wirksamwerden der Verschmelzung erloschen ist. Die Bewertungsmethode wurde nach der Verschmelzung für die neue Beteiligung an der FMR beibehalten. Der Beteiligungsansatz für die FMR wurde anhand einer Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2017 durch die FMR gegenüber dem Wertansatz der RPM zum 31.12.2016 in Form einer außerplanmäßigen Abschreibung um 0,041 Mio. EUR gemindert.

1.3.3 Sondervermögen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 337.720.824,42 EUR | 337.391.981,62 EUR |

Hier erfolgt der Ausweis der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der unselbstständigen Stiftungen. Der Bilanzansatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,329 Mio. EUR erhöht, was vorwiegend auf diverse Kontenbewegungen und eine geänderte Depotzusammensetzung im Bereich der unselbstständigen Stiftungen zurückzuführen ist.

Immobilien-Management Duisburg (IMD)

Der Immobilienbestand des IMD setzt sich überwiegend aus Immobilien für Schulen jeglicher Schulformen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Veranstaltungs- und Verwaltungsgebäuden zusammen. Insofern erbringt das IMD überwiegend Leistungen für die Kernverwaltung. Als Finanzanlage ist das IMD nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet.

Das Eigenkapital des IMD beziffert sich zum Stichtag 31.12.2017 auf 332,396 Mio. EUR. Die Werthaltigkeit der Finanzanlage (316,289 Mio. EUR) ist damit sichergestellt. Eine Aufwertung durfte aufgrund des Anschaffungs- und Herstellungskostenprinzips nicht erfolgen, da der bilanzierte Wert in voller Höhe dem der Eröffnungsbilanz entspricht und eine Eigenkapitalerhöhung keine nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten darstellt.

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 31.350.113,46 EUR | 30.833.029,92 EUR |

Den Wertpapieren des Anlagevermögens sind Beteiligungen unter 20 % und Wertpapiere zuzuordnen.

Nach § 55 Abs. 7 GemHVO NRW sind Wertpapiere, die an einer Börse zum amtlichen Handel oder zum geregelten Markt zugelassen sind, mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Eröffnungsbilanzstichtag anzusetzen. Die zuständigen Fachbereiche beobachten die Kurswerte der Wertpapiere und prüfen, ob Kriterien einer dauerhaften Wertminderung vorliegen könnten.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 0,517 Mio. EUR erhöht, was durch eine Thesaurierung von Zinsen und Dividenden beim Stadtbahn-Fonds zu begründen ist.

1.3.5 Ausleihungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 43.915.550,72 EUR | 53.856.047,60 EUR |

Unter dieser Position sind z. B. langfristige Darlehen, Grund- und Rentenschulden, Hypotheken, aber auch Sachdarlehen in Form einer Wertpapierleihe zu erfassen. Sie müssen eine Mindestlaufzeit von über einem Jahr haben. Kurzfristige Ausleihungen mit einer Laufzeit unter einem Jahr sind dem Umlaufvermögen zuzuordnen. Nicht zu den Ausleihungen gehören langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 9,940 Mio. EUR ist hauptsächlich infolge planmäßiger Rückzahlungen eingetreten.

2 Umlaufvermögen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 225.190.854,40 EUR | 191.514.789,88 EUR |

Als Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde nicht dauerhaft dienen sollen, sondern zum Verbrauch, Verkauf oder nur für eine kurzfristige Nutzung vorgesehen sind. Insbesondere sind hier die Vorräte, die Forderungen und die liquiden Mittel zu nennen. Bei der Bewertung dieser Vermögensgegenstände ist nach § 35 Abs. 7 GemHVO NRW das strenge Niederstwertprinzip zu beachten.

Das Umlaufvermögen ist in der Bilanz zum 31.12.2017 mit 225,191 Mio. EUR ausgewiesen. Es enthält im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 103,895 Mio. EUR, privatrechtliche

Forderungen in Höhe von 82,836 Mio. EUR und liquide Mittel in Höhe von 30,744 Mio. EUR.

2.1 Vorräte

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-------------------------|----------------|
| Bilanzansatz | 4.305.934,45 EUR | 656.909,07 EUR |

Bislang enthielt der Bilanzposten Vorräte zum einen Vermögenswerte für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren aus Lagerbeständen mehrerer Fachbereiche. Weiterhin wurden hier geleistete Anzahlungen für nicht durchgeführte Leistungen ausgewiesen.

Die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von 3,649 Mio. EUR ergibt sich hauptsächlich aufgrund der neuen Zuordnung von zu veräußernden Bau- und Gewerbegrundstücken in Höhe von 3,709 Mio. EUR zum Bilanzposten 2.1.1.

2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------|----------------|
| Bilanzansatz | 529.595,42 EUR | 492.070,79 EUR |

Das Vorratsvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

| | |
|--------------------------------------|----------------|
| Hauptamt | 0,031 Mio. EUR |
| Bürger- und Ordnungsamt | 0,018 Mio. EUR |
| Feuerwehr und Zivilschutzamt | 0,184 Mio. EUR |
| Kultur- und Stadthistorisches Museum | 0,296 Mio. EUR |

Die Vorräte wurden gemäß § 33 Abs. 2 GemHVO NRW zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Erfassung und Bewertung erfolgte einzeln. Vom Bewertungsverfahren nach § 34 GemHVO NRW wurde kein Gebrauch gemacht.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Wert zum 31.12.2016 um 0,038 Mio. EUR erhöht. Zurückzuführen ist dies auf den Zuwachs der Vorräte im Hauptamt (Amt 10, Bereich Druck- und Postcenter), der höheren Anzahl der Familienstammbücher beim Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32) und auf die gestiegenen Lagervorräte beim Fachbereich Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37). Die Vorräte an Plänen, Katalogen und Sammlungen beim Kultur- und Stadthistorischen Museum (Amt 41-5) sind nahezu unverändert.

Zu veräußernde Bau- und Gewerbegrundstücke

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-------------------------|----------|
| Bilanzansatz | 3.709.000,00 EUR | 0,00 EUR |

Im Rahmen der Entwicklung des Grundstücks „The Curve“ am Innenhafen Duisburg wurde mit einer Investorengruppe ein Vorvertrag abgeschlossen. Der Verkauf ist für 2018 vorgesehen. Aus diesem Grund wurde das Grundstück bereits im Berichtsjahr aus dem Anlage- in das Umlaufvermögen umgegliedert und mit dem vereinbarten Verkaufspreis bilanziert.

2.1.2 Geleistete Anzahlungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|----------------------|----------------|
| Bilanzansatz | 67.339,03 EUR | 164.838,28 EUR |

Der Bilanzansatz setzt sich wie folgt zusammen:

| | |
|-----------------|----------------|
| Stadtbibliothek | 0,037 Mio. EUR |
| Volkshochschule | 0,030 Mio. EUR |

Hier sind geleistete Anzahlungen an das IMD für noch zu erbringende Festeinbauten im neuen Stadtfenster bilanziert.

Die Verringerung zum Vorjahr in Höhe von 0,097 Mio. EUR ergibt sich aufgrund der Abrechnung des Projektes „Unser Haus Europa“ und der Teilerbringungen der angezahlten Leistungen für das Stadtfenster.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 189.886.415,75 EUR | 169.756.804,03 EUR |

Dieser Bilanzposten wird gemäß § 41 Abs. 3 Nr. 2.2 GemHVO NRW in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen untergliedert, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen sind. Als sonstige Vermögensgegenstände sind Vermögensgegenstände auszuweisen, die sich nicht eindeutig einem anderen Posten des Umlaufvermögens zuordnen lassen. Hierzu zählen z. B. Steuererstattungsansprüche oder Schadensersatzansprüche.

Nach § 28 Abs. 2 GemHVO NRW sind Forderungen im Rahmen der Inventur gesondert zu erfassen. Hierbei wird die körperliche Inventur durch die Beleginventur ersetzt, da diese für Forderungen die einzige Aufnahmemöglichkeit ist. Bei dieser Inventurform muss der Bestand durch Belege nachgewiesen werden.

Unter Beachtung des Niederstwertprinzips sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände nach der Vorschrift des § 32 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO NRW einzeln zu bewerten und vorsichtig auf ihre Einbringlichkeit zu prüfen. Dies schließt eine Prüfung der Werthaltigkeit jeder einzelnen bestehenden Forderung mit der möglichen Folge einer sogenannten Einzelwertberichtigung ein. Die maßgebliche Form einer Einzelwertberichtigung ist im Wesentlichen die Niederschlagung gemäß § 26 Abs. 2 GemHVO NRW. Jede befristet niedergeschlagene Forderung ist gemäß der Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen zu 100 % wertüberichtigen und jede unbefristete Niederschlagung ist in voller Höhe auszubuchen. Gestundete Forderungen nach § 26 Abs. 1 GemHVO NRW dürfen nicht wertberichtigt werden. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen werden zu 100 % als einbringlich angesehen.

Zum Bilanzstichtag werden Forderungen mit einem Wert von mehr als 10.000,00 EUR, die z. B. nicht befristet niedergeschlagen oder von der Vollziehung ausgesetzt sind, gesondert hinsichtlich des einzelnen Risikos individuell betrachtet. Die Fachbereiche werden über die Finanzbuchhaltung (Haupt- und Debitorenbuchhaltung) des Amtes 21 aufgefordert, zur Werthaltigkeit der einzelnen Forderung Stellung zu nehmen, sofern diese nicht an die Vollstreckung abgegeben, sondern vom Rechtsamt (Amt 30) bearbeitet werden.

Im Anschluss an die Einzelwertberichtigung erfolgt auf den verbleibenden Forderungsbestand die sogenannte Pauschalwertberichtigung durch die Haupt- und Debitorenbuchhaltung. Diese wird differenziert nach Forderungsarten (Vertragskontotypen) prozentual durchgeführt, um spezielle allgemeine Ausfallrisiken zu berücksichtigen. Die Ermittlung der entsprechenden Erfahrungswerte obliegt dem jeweiligen Fachbereich. Eine entsprechende Aufstellung ist durch die Fachbereiche der Finanzbuchhaltung zur Verfügung zu stellen. Bei den Steuerforderungen wird eine pauschale Wertberichtigung durch einen prozentualen Berichtigungsanteil gestaffelt nach dem Alter der jeweiligen Forderung vorgenommen.

Der gesamte Forderungsbestand wurde zum 31.12.2017 mit insgesamt 16,508 Mio. EUR pauschal wertberichtigt. Nach den geprüften Unterlagen der Finanzbuchhaltung wurde für fünf Fachbereiche eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Im Wesentlichen bezieht sich diese mit 8,344 Mio. EUR auf Forderungen im Bereich UVG des Jugendamtes (Amt 51) und mit 6,733 Mio. EUR auf Steuerforderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21). Für die übrigen Fachbereiche kann auf eine pauschale Wertberichtigung auf Grund einer geringen Forderungshöhe bzw. 100 % Einbringlichkeit verzichtet werden.

Insgesamt sind Wertberichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigung) seit der Eröffnungsbilanz in Höhe von insgesamt 68,077 Mio. EUR vorgenommen worden. Somit verringerten sich die Wertberichtigungen im Vergleich zum Vorjahr (73,801 Mio. EUR) um 5,724 Mio. EUR.

Im Rahmen der Prüfung wurde weiterhin festgestellt, dass die Forderungen zum Nennwert bilanziert und die Instrumentarien hinsichtlich Stundung, Niederschlagung und Erlass angewendet wurden.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Forderungsspiegel nach § 46 GemHVO NRW beizufügen. Im Forderungsspiegel ist der Gesamtbetrag der Forderungen am Abschlussstichtag (31.12.2017) unter Angabe der Restlaufzeiten auszuweisen. Er ist mindestens entsprechend § 41 Abs. 3 Nrn. 2.2.1 und 2.2.2 GemHVO NRW zu gliedern.

Der vorgelegte Forderungsspiegel (Anlage 2.2 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau grundsätzlich dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium vorgegebenen Muster. Abweichend vom Muster enthält er eine detailliertere Gliederung in einzelne Forderungsarten. Die gesetzlich geforderte Aufteilung in Betragsangaben nach Restlaufzeiten ist entsprechend vorgenommen worden. Unter dem Begriff „Restlaufzeit“ ist dabei die Zeitspanne zwischen dem Abschlussstichtag für den Jahresabschluss und dem Fälligkeitstag der einzelnen Forderung zu verstehen. Dabei ist z. B. die Einräumung von Stundungen zu berücksichtigen.

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 103.895.265,95 EUR | 83.365.504,69 EUR |

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen der Gemeinde entstehen vorrangig aus den verschiedenen Arten der zu beschaffenden Finanzmittel (§ 77 GO NRW). Zu den o. g. Forderungen gehören Forderungen aus der Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Steuern. Davon zu trennen sind die gemeindlichen Forderungen aus der Gewährung von Transferleistungen, die ebenfalls zu den öffentlich-rechtlichen Forderungen gehören.

Der Bilanzansatz liegt um 20,530 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Es sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 47,071 Mio. EUR vorgenommen worden, so dass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt. Die Wertberichtigungen betrafen im Wesentlichen Steuerforderungen mit 26,676 Mio. EUR, Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) mit 13,547 Mio. EUR, Nebenforderungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen mit 1,890 Mio. EUR und Bußgelder mit 1,746 Mio. EUR.

2.2.1.1 Gebühren

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|--------------|-------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 17.316.598,80 EUR | 13.001.540,13 EUR |

Zu den Gebühren gehören gemäß § 4 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) alle Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung (Verwaltungsgebühren) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühren) erhoben werden.

Bei den Gesamtgebühren in Höhe von 17,317 Mio. EUR sind im Wesentlichen rückständige Gebührenforderungen des Fachbereiches Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37) in Höhe von 10,483 Mio. EUR für z. B. durchgeführte Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze und Gebühren des Bürger- und Ordnungsamtes (Amt 32) von 1,852 Mio. EUR enthalten.

Weiterhin werden die Friedhofsgebühren in Höhe von 1,278 Mio. EUR, die von der WBD-AöR im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg erhoben werden, unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Gebührenforderungsbestand um 4,315 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf unverrechnete Leistungen der Gebührenabrechnung im Rettungsdienst für Notfalleinsätze und Krankentransporte gegenüber den Kostenträgern, z. B. Krankenkassen, zurückzuführen.

2.2.1.2 Beiträge

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|--------------|-------------------|------------------|
| Bilanzansatz | 10.528.046,75 EUR | 9.666.172,44 EUR |

Bei den Beitragsforderungen in Höhe von insgesamt 10,528 Mio. EUR handelt es sich überwiegend um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Beiträge des Jugendamtes (Amt 51) für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (9,680 Mio. EUR).

Beiträge nach dem KAG oder dem Baugesetzbuch (BauGB), die dem Ersatz eines Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen dienen (z. B. bei Straßenbaumaßnahmen), werden ebenfalls unter diesem Posten bilanziert.

2.2.1.3 Steuern

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 45.052.504,57 EUR | 47.761.519,14 EUR |

In diesem Bilanzposten sind Forderungen aus den Realsteuern nach § 3 Abs. 2 Abgabenordnung (Grund- und Gewerbesteuer) sowie weitere Steuern, wie z. B. Hunde- und Vergnügungssteuer, enthalten. Im Wesentlichen beziehen sich die Steuerforderungen auf die Gewerbesteuer (35,776 Mio. EUR) und die Grundsteuer B (3,854 Mio. EUR). Der Bilanzansatz liegt um 2,709 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 20.416.568,88 EUR | 16.347.541,60 EUR |

Bei den Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 20,417 Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Die Zahlungsansprüche beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorgängen, wie z. B. Forderungen aus Überzahlungen bei Leistungen der Jugend- oder Sozialhilfe.

Insbesondere beinhaltet der Bilanzansatz Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 18,367 Mio. EUR und der Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik (Stabsstelle I-03) von 0,555 Mio. EUR.

Der Anstieg der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 4,069 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus der Landeszuweisung, die aus der Betreuungspauschale und der Abrechnung der Kosten nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (§ 4 FlüAG) der Stadt Duisburg gewährt wird. Seit 2017 wird der erstattungsberechtigte Personenkreis monatlich spitz mit dem Land abgerechnet.

2.2.1.5 Kostenerstattungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 24.619.109,39 EUR | 22.453.616,31 EUR |

Forderungen, die sich aus Kostenerstattungen im öffentlich-rechtlichen Bereich ergeben, werden unter den Forderungen aus Kostenerstattungen gebucht. Hierzu gehören z. B. Forderungen im Bereich der ordnungsbehördlichen Kostenerstattungen und Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).

Im Wesentlichen beziehen sich die Forderungen aus Kostenerstattungen auf Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) gegen Unterhaltspflichtige nach dem UVG in Höhe von 14,906 Mio. EUR und auf Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 7,129 Mio. EUR.

Der Anstieg der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 2,165 Mio. EUR resultiert u. a. aus der Erhöhung der Forderungen gegenüber dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) um 1,251 Mio. EUR für die Erstattung der Kosten für die Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise von Minderjährigen (§ 89 d SGB VIII).

2.2.1.6 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 33.033.661,98 EUR | 24.375.717,35 EUR |

Hierzu gehören alle öffentlich-rechtlichen Forderungen, die nicht aus Gebühren, Beiträgen, Steuern oder Forderungen aus Transferleistungen resultieren und die in ihrer Beschreibung in keine der anderen Kontenarten passen. Dazu zählen z. B. Bußgelder des Bürger- und Ordnungsamtes (Amt 32) in Höhe von 5,552 Mio. EUR, Bußgelder des Rechtsamtes (Amt 30) von 1,674 Mio. EUR sowie andere sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) von 8,393 Mio. EUR. Weiterhin sind in diesem Posten Nebenforderungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) in Höhe von 6,170 Mio. EUR enthalten.

Der deutliche Anstieg der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 8,658 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus Forderungen hinsichtlich der Betriebskosten für Dezember 2017 gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW in Höhe von 3,895 Mio. EUR und aus den Erstattungsansprüchen für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten

minderjährigen Ausländern nach § 89 d SGB VIII von 1,608 Mio. EUR. Die aufgrund der erstattungsfähigen Aufwendungen ermittelten Ansprüche konnten -bedingt durch einen seit 2016 bestehenden Bearbeitungsrückstau beim überörtlichen Träger- im Berichtsjahr noch nicht geltend gemacht werden.

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 82.835.765,23 EUR | 82.038.474,18 EUR |

Forderungen aus zivilrechtlich gestalteten Verhältnissen (z. B. Vertrag) zwischen der Gemeinde und einem Dritten sind als privatrechtliche Forderungen anzusetzen. Die Gemeinde beschafft ihre Finanzmittel nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW auch aus Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen. Wenn der Leistungserbringung ein privates Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, z. B. Verkauf, Miete und Pacht, Eintrittsgelder, sind die Forderungen hier zu erfassen. Aber auch Forderungen aus Erbbaurechtsverhältnissen gehören dazu. Die privatrechtlichen Forderungen sind in Forderungen gegenüber dem privaten Bereich, dem öffentlichen Bereich, gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen zu untergliedern.

Der Bilanzansatz liegt geringfügig um 0,797 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Es sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 21,006 Mio. EUR vorgenommen worden, so dass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt.

2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 12.235.524,46 EUR | 14.369.831,74 EUR |

Unter den „Privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich“ sind alle privatrechtlichen Forderungen - soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt - gegen natürliche und privatrechtlich organisierte juristische Personen auszuweisen. Der in diesem Bilanzposten u. a. enthaltene Altbestand an Forderungen aus dem abgelösten kameralen HKR-Verfahren einschließlich der Werte aus den Forderungsinventuren (ursprünglich 101,973 Mio. EUR in der Eröffnungsbilanz) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,638 Mio. EUR auf 21,776 Mio. EUR weiter verringert. In diesem Betrag sind im Wesentlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) von 10,840 Mio. EUR, des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) von 7,126 Mio. EUR und des Jugendamtes (Amt 51) von 2,775 Mio. EUR enthalten.

Nach Durchführung der Wertberichtigungen um die zweifelhaften und niedergeschlagenen Forderungen in Höhe von insgesamt 21,006 Mio. EUR ergibt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2017 ein Bilanzansatz von 12,236 Mio. EUR.

2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 13.990.808,38 EUR | 14.213.492,77 EUR |

Hier sind alle privatrechtlichen Forderungen gegenüber Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Personen des öffentlichen Rechts zu erfassen, soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt.

Im Wesentlichen sind in diesem Bilanzposten Forderungen gegenüber dem Land nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW in Höhe von 8,642 Mio. EUR für die Übernahme von Landesbeamten im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben der Versorgungs- und Umweltverwaltung enthalten. Weiterhin werden die Forderungen nach dem Versorgungslastenverteilungsgesetz von 5,081 Mio. EUR unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 46.883.176,77 EUR | 44.449.637,65 EUR |

Dieser Bilanzposten enthält im Wesentlichen Forderungen gegen die WBD-AöR in Höhe von 30,034 Mio. EUR und gegen die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH in Höhe von 15,357 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Anstieg des Bilanzansatzes in Höhe von 2,434 Mio. EUR, der im Wesentlichen auf höhere Forderungen aus phasengleicher Gewinnvereinnahmung und Forderungen aus dem Betriebsmittelkredit an die WBD-AöR in Höhe von insgesamt 2,900 Mio. EUR zurückzuführen ist.

2.2.2.4 gegen Beteiligungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-------------------------|------------------|
| Bilanzansatz | 5.758.752,95 EUR | 5.877.711,20 EUR |

Bei den Forderungen gegenüber Beteiligungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus der haushaltsjahrübergreifenden Zuschussabwicklung gegen die Deutsche Oper am Rhein (DOR) in Höhe von 5,736 Mio. EUR.

2.2.2.5 gegen Sondervermögen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-------------------------|------------------|
| Bilanzansatz | 3.967.502,67 EUR | 3.127.800,82 EUR |

Die Forderungen gegenüber Sondervermögen enthalten Forderungen gegen das IMD in Höhe von 3,528 Mio. EUR sowie Forderungen gegen DuisburgSport über 0,440 Mio. EUR.

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-------------------------|------------------|
| Bilanzansatz | 3.155.384,57 EUR | 4.352.825,16 EUR |

Unter diesem Sammelposten sind Ansprüche gegen Dritte zu bilanzieren, die auf Grund ihrer originären Eigenschaften keiner anderen Position zugeordnet werden können.

In dem Bilanzansatz sind u. a. Forderungen gegenüber dem Finanzamt sowie Forderungen, die aus der Abwicklung fremder Finanzmittel entstehen, enthalten. Im Vorjahr ist hier das der Stadt von einer Duisburger Bürgerin vererbte immobile Vermögen aktiviert worden. Nach dem Willen der Erblasserin muss das Erbe - dazu gehören auch liquide Mittel und Wertpapiere - für das städtische Tierheim verwendet werden. Im Berichtsjahr ist das gesamte immobile Vermögen veräußert worden.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------|----------------|
| Bilanzansatz | 254.330,10 EUR | 254.330,10 EUR |

In diesem Bilanzposten sind Wertpapiere, die nur kurzfristig gehalten werden sollen und zum Verkauf bestimmt sind, enthalten.

Im Berichtsjahr ist weiterhin ein Ansatz bilanziert, der auf eine Erbschaft aus dem Vorjahr zurückzuführen ist. Diese Erbschaft ist für das städtische Tierheim zu verwenden.

2.4 Liquide Mittel

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 30.744.174,10 EUR | 20.846.746,68 EUR |

Unter den liquiden Mitteln werden alle Bar- und Buchgeldguthaben bilanziert, die kurzfristig verfügbar sind. Dazu zählen u. a. die Barmittel der Barkasse beim Amt für Rechnungswesen und Steuern und der Zahlstellen in den Bezirksämtern sowie die Guthaben bei den Banken und der Sparkasse. In dem Bilanzansatz sind auch die Bestände auf den Girokonten für die Schulen und die Kindertageseinrichtungen enthalten.

Anhand der vorliegenden Saldenbestätigungen und Kontoauszüge der Sparkasse und der Banken konnte die Übereinstimmung der Salden mit den im Jahresabschluss ausgewiesenen Werten zum 31.12.2017 festgestellt werden.

3 Aktive Rechnungsabgrenzung

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 71.320.016,12 EUR | 73.032.234,22 EUR |

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind dann anzusetzen, wenn Ausgaben vor dem Bilanzstichtag geleistet wurden, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Stichtag darstellen (§ 42 Abs. 1 GemHVO NRW).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Bilanzposten um 1,712 Mio. EUR verringert.

Signifikante Abweichungen über 0,500 Mio. EUR betreffen die Vorauszahlungen für Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau, die im Jahresvergleich um 0,706 Mio. EUR auf 13,834 Mio. EUR zurückgegangen sind. Die Vorauszahlungen der Sozialhilfezahlungen für den Monat Januar 2018 haben sich um 0,633 Mio. EUR auf 10,402 Mio. EUR verringert. Die Vorauszahlungen für die wirtschaftliche Jugendhilfe wurden irrtümlich nicht gemeldet, im Vorjahr wurden hierfür noch 0,618 Mio. EUR eingebucht. Hinzu kommt eine Vielzahl kleinerer Veränderungen, die in Summe zur genannten Verringerung des Bilanzpostens führen.

Andere wesentliche Einzelposten sind die Vorauszahlungen für Beamtenbezüge für Januar 2018 (9,277 Mio. EUR) sowie die Vorauszahlungen für die Kosten der Unterkunft für Januar 2018 (12,930 Mio. EUR). Die im Jahr 2005 geleistete Mietvorauszahlung für die Feuerwache Homberg wird noch mit 8,199 Mio. EUR bilanziert.

4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 405.499.640,44 EUR | 424.331.646,65 EUR |

Dieser Bilanzposten wird gebildet, wenn das Eigenkapital in Form der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage rechnerisch aufgezehrt ist und sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten ergibt. Der entsprechende Fehlbetrag ist dann als letzter Posten auf der Aktivseite der Bilanz unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ gesondert auszuweisen (§ 43 Abs. 7 GemHVO NRW). Durch diese Bilanzgliederung wird der Ausweis eines negativen Kapitalbetrages auf der Passivseite der gemeindlichen Bilanz vermieden. Diese Position stellt einen Korrekturposten dar, der auf die bilanzielle Überschuldung der Gemeinde hinweist.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2017 schließt mit einem Überschuss von 15,015 Mio. EUR ab und verringert somit das negative Eigenkapital.

Das negative Eigenkapital stellt sich zum 31.12.2017 wie folgt dar:

| | |
|--|---------------------------|
| Allgemeine Rücklage (nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag) | 424.331.646,65 EUR |
| Unmittelbare Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage | -3.816.578,84 EUR |
| Jahresüberschuss | -15.015.427,37 EUR |
| Gesamt | 405.499.640,44 EUR |

Nach § 43 Abs. 3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen sowie Wertveränderungen von Finanzanlagen erfolgsneutral mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Aufgrund aufgezehrter Rücklage werden diese Sachverhalte im Bilanzposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ abgebildet. Die konkreten Verrechnungen sind im Anhang (Seite 43) aufgeführt. Die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt vorbehaltlich des Beschlusses durch den Rat der Stadt in Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses.

PASSIVA

1 Eigenkapital

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 54.475.103,67 EUR | 55.242.041,49 EUR |

Nach den Gliederungsvorschriften des § 41 GemHVO NRW ist das Eigenkapital der Gemeinde auf der Passivseite der Bilanz unter Ziffer 1 auszuweisen. Es wird aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktivseite) und den Schulden (Passivseite) errechnet. Das Eigenkapital wird in die Bilanzposten „Allgemeine Rücklage“, „Sonderrücklagen“, „Ausgleichsrücklage“ und „Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag“ unterteilt.

Zum 31.12.2017 stellte sich das Eigenkapital wie folgt dar:

| | |
|---|--------------------------|
| Allgemeine Rücklage (siehe Ziffer 4 der Aktivseite) | 0,00 EUR |
| Sonderrücklagen | 54.475.103,67 EUR |
| Ausgleichsrücklage | 0,00 EUR |
| Jahresüberschuss (siehe Ziffer 4 der Aktivseite) | (15.015.427,37 EUR) |
| Gesamt | 54.475.103,67 EUR |

1.1 Allgemeine Rücklage

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------|----------|
| Bilanzansatz | 0,00 EUR | 0,00 EUR |

Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Jahresabschluss zum 31.12.2010 vollständig aufgebraucht. Zum 31.12.2017 hat sich ein Jahresüberschuss von 15,015 Mio. EUR ergeben, der auf der Aktivseite bei der Position 4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ berücksichtigt wurde. Zum 31.12.2017 ergibt sich ein negatives Eigenkapital von insgesamt 405,500 Mio. EUR.

1.2 Sonderrücklagen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 54.475.103,67 EUR | 55.242.041,49 EUR |

Sonderrücklagen können als Zuwendungsrücklage oder für bestimmte gesetzlich vorgesehene Zwecke gebildet werden. Hierzu gehören auch die Vermögensteile von rechtsfähigen Stiftungen.

Die hier ausgewiesene Sonderrücklage von 54,475 Mio. EUR bezieht sich ausschließlich auf die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum. Mit diesem Wert wurde die Stiftung auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen aktiviert.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz erstmalig seit der Eröffnungsbilanz um 0,767 Mio. EUR verringert. Grund hierfür ist die Herabsetzung des Stiftungskapitals in der Bilanz der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum durch die Restitution eines bei der Stiftung bilanzierten Kunstwerkes.

1.3 Ausgleichsrücklage

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------|----------|
| Bilanzansatz | 0,00 EUR | 0,00 EUR |

Die Ausgleichsrücklage ist Bestandteil des Eigenkapitals und ist in der Bilanz als gesonderter Posten anzusetzen (§ 75 Abs. 3 GO NRW). Mit dem Jahresfehlbetrag 2008 wurde die Ausgleichsrücklage seinerzeit vollständig aufgezehrt.

1.4 Jahresüberschuss

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|------------|---------|
| Bilanzansatz | - | - |

Die Abwicklung des Jahresüberschusses wird auf der Aktivseite der Bilanz dargestellt.

2 Sonderposten

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 1.561.666.693,47 EUR | 1.631.205.389,34 EUR |

Nach § 43 Abs. 5 GemHVO NRW sind erhaltene Zuwendungen und Beiträge für Investitionen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind, als Sonderposten auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen anzusetzen. Gebildete Sonderposten sind regelmäßig über die Nutzungsdauer der zuwendungsfinanzierten, abnutzbaren Vermögensgegenstände ertragswirksam aufzulösen.

2.1 Sonderposten für Zuweisungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 1.384.735.475,79 EUR | 1.447.405.094,81 EUR |

Die Sonderposten für Zuweisungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 62,670 Mio. EUR verringert. Wesentlicher Grund war die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten im Zuge der planmäßigen Abschreibungen. Daneben kam es im Bereich der Festwerte für Grünanlagen zu ertragswirksamen Auflösungen von 29,216 Mio. EUR aufgrund außerplanmäßiger Abschreibungen sowie im Rahmen der Folgeinventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen von 2,975 Mio. EUR. Demgegenüber stehen in 2017 größere Zugänge u. a. bei den Projekten Deichsanierung Mündelheim (1,209 Mio. EUR), Dammbalkenverschluss Marientor (1,592 Mio. EUR) sowie Stadtbahnbahnhof „Neuer Friedhof“ (1,814 Mio. EUR).

2.2 Sonderposten für Beiträge

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 150.104.301,83 EUR | 156.513.543,60 EUR |

Die Sonderposten für Beiträge haben sich im Vorjahresvergleich um 6,409 Mio. EUR verringert. Dies ergibt sich überwiegend aus der planmäßigen Auflösung dieser Sonderposten. Im Berichtsjahr erfolgte zusätzlich eine ertragswirksame Auflösung in Höhe von 1,088 Mio. EUR aufgrund außerplan-

mäßiger Abschreibungen im Rahmen der Folgeinventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen.

2.3 Sonstige Sonderposten

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 26.826.915,85 EUR | 27.286.750,93 EUR |

Sonstige Sonderposten werden u. a. für Ausgleichszahlungen bei Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung, dem Landschaftsgesetz oder des Öko-Kontos gebildet. Weiterhin gehören alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen dazu, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind. Dazu zählen Spenden und Schenkungen in Form von Geld- und Sachleistungen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird.

Die sonstigen Sonderposten haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,460 Mio. EUR verringert. Der Rückgang ist auf eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen zurückzuführen.

Neben einem Finanzierungsanteil für den Grunderwerb Grüngürtel Duisburg-Nord (4,600 Mio. EUR) und der Erschließung der Osttangente - Logport - (4,500 Mio. EUR) besteht ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,171 Mio. EUR von der LEG für die Umgestaltung des Opernplatzes.

Bei der im Jahr 2016 erhaltenen Erbschaft für die Waisenhausstiftung in Höhe von 2,640 Mio. EUR ist im Berichtsjahr durch zwei Barübertragungen ein Zugang von 0,325 Mio. EUR zu verzeichnen.

3 Rückstellungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 1.290.684.100,66 EUR | 1.237.056.620,84 EUR |

Rückstellungen sind für Verpflichtungen zu bilden, die zum Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewiss und daher keine Verbindlichkeiten sind. Rückstellungen sind neben den Verbindlichkeiten dem Fremdkapital zuzuordnen.

Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits im Jahr der rechtlichen Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden. Sie dienen also dazu, die bestehenden Verpflichtungen vollständig auszuweisen. Die Rückstellungsbildung ist aufwandswirksam. Die Bildung

einer Rückstellung führt zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses. Tritt die Verpflichtung zukünftig ein, wird dies durch die Rückstellung gedeckt und ist bei ausreichender Rückstellungsbildung per Saldo (zum nächsten Abschlussstichtag) nicht mehr ergebnisverschlechternd.

§ 36 GemHVO NRW sieht Rückstellungen vor für:

- Pensionsverpflichtungen,
- Rekultivierung und Nachsorge von Deponien,
- unterlassene Instandhaltung,
- wesentliche Verpflichtungen, die dem Grunde und/oder der Höhe nach zum Bilanzstichtag noch nicht genau bekannt sind,
- drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und
- sonstige Rückstellungen, soweit sie durch Gesetz oder Verordnung zugelassen sind.

Dem Anhang wurde ein Rückstellungsspiegel (Anlage 2.4 dieses Berichtes) beige-fügt. Dieser enthält sämtliche Rückstellungen, die der Finanzbuchhaltung bekannt gegeben wurden. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage eines Rückstellungsspiegels besteht nicht. Form und Aufbau unterliegen ebenso keinerlei Bestimmungen.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 53,627 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf höhere Rückstellungen für Steuerrisiken zurückzuführen ist (siehe Ziffer 3.4 dieses Berichtes).

3.1 Pensionsrückstellungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 1.088.399.150,86 EUR | 1.064.146.886,00 EUR |

Der Bilanzposten beinhaltet Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

Pensionsrückstellungen sind aufgrund der Versorgungsansprüche von Bediensteten gegenüber der Stadt Duisburg zu bilden. Dies bedeutet, dass alle entstandenen Verpflichtungen gegenüber aktiv Beschäftigten, allen Pensionären und allen Hinterbliebenen in der Bilanz abzubilden sind.

Eine Pensionsrückstellung ist ratierlich so anzusammeln, dass bei Eintritt des Versorgungsfalls der Barwert der Pensionszahlungen (abgezinster Wert der zukünftigen Versorgungsleistungen) in die Rückstellung eingestellt worden ist. Die Pensionsrückstellungen (ohne Beihilferückstellungen) zum Bilanzstichtag betragen 884,877 Mio. EUR.

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW auch andere Ansprüche außerhalb des Beamtenversorgungsgesetzes, wie z. B. Beihilfen, einzubeziehen. Aus Vereinfachungsgründen können diese Ansprüche als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Versorgungsbezüge ermittelt werden. Der Prozentsatz ist aus dem Verhältnis der Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger zu den gezahlten Versorgungsbezügen zu errechnen. Grundlage für die Berechnung ist der Durchschnitt der Leistungen in den drei vorangegangenen Haushaltsjahren. Der Prozentsatz ist zum Jahresabschluss 2016 neu berechnet worden (mindestens alle fünf Jahre ist dieser neu zu ermitteln) und liegt weiterhin bei 23 %. Die Beihilferückstellungen zum Bilanzstichtag betragen 203,522 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Pensionsrückstellungen (inkl. der Beihilferückstellungen) insgesamt um 24,252 Mio. EUR erhöht.

3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------|----------|
| Bilanzansatz | 0,00 EUR | 0,00 EUR |

Bei den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Deponien sowie für Altlasten handelt es sich um ungewisse Verbindlichkeiten. Bei Deponien sind gemäß § 36 Abs. 2 GemHVO NRW die zu erwartenden Gesamtkosten für die Rekultivierung und Nachsorge, bezogen auf den Zeitpunkt der Durchführung der Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen, zu ermitteln. Das gilt entsprechend für die Sanierung von Altlasten.

Kommunale Deponien sind in Duisburg nicht vorhanden. Bei Flächen mit Altlastenverdacht wurden für die Grundstücksbewertung zur Eröffnungsbilanz pauschale Wertminderungen mit einem Abschlag von 20 % des Bodenwertes bei Grünflächen und 50 % bei sonstigen unbebauten Grundstücken berücksichtigt. In 2014 wurde aufgrund einer Überprüfung der städtischen Flächen bei weiteren Grundstücken eine Wertberichtigung vorgenommen. Hinweise auf aktuelle Altlastenverdachtsfälle liegen nicht vor. Insofern sind keine Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten zu bilden.

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-------------------------|------------------|
| Bilanzansatz | 7.407.144,98 EUR | 5.318.978,38 EUR |

Für die unterlassene Instandhaltung für Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn gemäß § 36 Abs. 3 GemHVO NRW die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss. Die vorgesehenen Maßnahmen müssen am Abschlussstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Mit der Rückstellungsbildung soll dem Verfall von instandhaltungspflichtigen Sachanlagen entgegengewirkt werden, um die stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde zu sichern. Bestehende Instandhaltungsrückstände, für die keine ausreichende Sicherheit für ihre Aufbereitung besteht, dürfen dabei nicht in die Rückstellungsbildung einbezogen werden.

Nach der Handreichung des MIK soll der gesamte Instandhaltungsrückstau ermittelt und der Wert im Anhang zum Jahresabschluss genannt werden. Die konkrete Umsetzung der notwendigen Instandhaltung ist in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung jahresbezogen zu veranschlagen. Aus dem Anhang im Jahresabschluss muss jeweils hervorgehen, welche Posten des Anlagevermögens mit welchen Rückstellungen „belastet“ sind, damit die Nachvollziehbarkeit gewährleistet bleibt.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,088 Mio. EUR erhöht.

Die im Haushaltsjahr 2015 gebildete Rückstellung in Höhe von 3,000 Mio. EUR für die Instandhaltung der Stahlrampe Marienort besteht zum Bilanzstichtag unverändert fort. Mit den vorgesehenen Instandsetzungsmaßnahmen konnte aus technischen / planerischen Gründen noch nicht begonnen werden.

Im Jahr 2016 wurde eine weitere Instandhaltungsrückstellung für das Ingenieurbauwerk „Spundwand Segment 5 im Innenhafen Duisburg“ in Höhe von 2,056 Mio. EUR gebildet, da die Spundwand erhebliche Mängel aufweist. Dringend notwendige Arbeiten wurden in 2017 beauftragt und abgerechnet, wodurch bereits ein Teil der Rückstellung in Höhe von 0,075 Mio. EUR in Anspruch genommen wurde. Ein neues Konzept, welches aufgrund einer aufgehobenen Ausschreibung in 2017 notwendig wurde, sieht einen größeren Baumaschinen- sowie erhöhten Materialaufwand vor, sodass die Rückstellung um 1,100 Mio. EUR erhöht wurde.

Die im „OB-Karl-Lehr-Brückenzug“ befindlichen Brückenbauwerke weisen nachhaltige Mängel auf, die einen Instandhaltungsbedarf aufzeigen. Für die notwendigen Instandhaltungsarbeiten wurden Rückstellungen in Höhe von 1,326 Mio. EUR gebildet.

Die Entwicklung der Einzelmaßnahmen ist unabhängig vom Rückstellungsspiegel entsprechend § 44 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO NRW einer separaten Aufstellung im Anhang (Anlage D) zum Jahresabschluss zu entnehmen.

3.4 Sonstige Rückstellungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 194.877.804,82 EUR | 167.590.756,46 EUR |

Unter diesem Bilanzposten sind die Rückstellungen für andere als die zuvor benannten ungewissen Verpflichtungen anzusetzen, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Dabei muss es hinreichend wahrscheinlich sein, dass eine Verbindlichkeit zukünftig tatsächlich entsteht und die zukünftige Inanspruchnahme voraussichtlich tatsächlich erfolgen wird. Die wirtschaftliche Ursache der Verpflichtung muss vor dem Abschlussstichtag liegen.

Im Vergleich zum vorangegangenen Haushaltsjahr haben sich die sonstigen Rückstellungen um 27,287 Mio. EUR erhöht.

Die wesentlichen Änderungen bei den sonstigen Rückstellungen begründen sich durch die Erhöhung der Rückstellungen für Steuerrisiken (45,098 Mio. EUR) und die Inanspruchnahme verschiedener Rückstellungen, wie z. B. für die Mercatorhalle im CityPalais (7,370 Mio. EUR), für die Altersteilzeit (6,136 Mio. EUR), gegenüber der WBD-AöR (3,726 Mio. EUR) sowie für die Verrechnung aufgrund der Neuregelung der Wohngeldersparnisverteilung des Landes NRW (3,123 Mio. EUR).

Rückstellungen für Steuerrisiken bestehen in Höhe von 100,940 Mio. EUR. Sie wurden u. a. gebildet, weil im Wesentlichen Gewerbesteuerpflichtige gegen die Grundlagenbescheide des Finanzamtes hinsichtlich der Gewerbesteuer für die Jahre 2007 bis 2016 Einspruch eingelegt hatten. Mit Steuererstattungsansprüchen ist zu rechnen, da seitens der Stadt Duisburg bereits Gewerbesteuerbescheide erlassen und Gewerbesteuern vereinnahmt wurden. Für das bestehende Risiko eines möglichen Erstattungsanspruchs wurden im Haushaltsjahr 2017 zusätzlich Rückstellungen von 37,593 Mio. EUR zuzüglich Nachzahlungszinsen (6,150 Mio. EUR) und Erstattungszinsen (4,185 Mio. EUR) gebildet.

Aufgrund brandschutztechnischer Mängel wurde das Veranstaltungs- und Kongresszentrum im CityPalais (Mercatorhalle) im Jahr 2012 geschlossen. Die mit der Sanierung verbundenen Verluste belasten das Eigenkapital des IMD, was dazu geführt hätte, dass die Werthaltigkeit des Beteiligungswertes gefährdet gewesen wäre. Um die Werthaltigkeit des Unternehmens zu gewährleisten, werden die entstandenen bzw. noch entstehenden Sanierungskosten von der Stadt ausgeglichen. Für diesen Zweck wurde eine Rückstellung in 2015 von 25,100 Mio. EUR gebildet. Im Haushaltsjahr 2016 wurden 17,730 Mio. EUR in Anspruch genommen, so dass der Restwert der Rückstellungen zum 31.12.2016 noch 7,370 Mio. EUR betrug. Die verbliebene Rückstellung wurde im Jahr 2017 mit

laufenden Forderungen gegenüber dem Immobilien-Management Duisburg verrechnet.

Die WBD-AöR hat einen Entsorgungsvertrag mit der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) geschlossen. Im Jahr 2002 hat die GMVA ihre Gebührenforderungen gegenüber der Stadt Duisburg als auch der Stadt Oberhausen bis zum Jahr 2020 an die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG in München verkauft. Sollte die GMVA zahlungsunfähig werden und die Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht mehr leisten können, haben sich die Städte durch eine Verzichtserklärung dazu verpflichtet, anstelle der GMVA die Zahlungen an die Bank zu übernehmen. Bei einer Preisüberprüfung der Bezirksregierung hat sich herausgestellt, dass die von der GMVA erhobenen Verbrennungsentgelte den preisrechtlich zulässigen Höchstpreis übersteigen. Die GMVA muss den Entsorgern die zu viel gezahlten Verbrennungspreise erstatten. Dies führt dazu, dass die GMVA nicht in der Lage ist, sowohl die Verpflichtungen gegenüber der Bank als auch die Rückforderungen der Kommune zu erfüllen. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass die Kommunen den Betrag aufgrund ihrer Verzichtserklärung zu tragen haben, der aus der Differenz zwischen den abgesenkten Verbrennungsentgelten und dem an die Bank abzuführenden Betrag entsteht. Die Höhe dieses Risikos wurde für die Stadt mit 27,400 Mio. EUR bewertet und infolgedessen im Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung gebildet. Durch die Inanspruchnahme von 1,700 Mio. EUR im Jahr 2016 und 3,726 Mio. EUR im Berichtsjahr beträgt die Rückstellung zum Abschlussstichtag 21,974 Mio. EUR.

4 Verbindlichkeiten

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 2.258.603.167,51 EUR | 2.322.602.795,46 EUR |

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde und der Höhe nach feststehenden Schulden. Sie sind in der Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen (§ 91 Abs. 2 GO NRW).

Die Verbindlichkeiten sind entsprechend § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO NRW zu gliedern. Der Bilanzausweis orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten, z. B. aus Krediten für Investitionen und zur Liquiditätssicherung, aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Transferleistungen. Bei den Krediten für Investitionen ist zusätzlich eine Gliederung nach Gläubigern vorgeschrieben.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Verbindlichkeitspiegel beizufügen, welcher der Mindestgliederung des § 47 GemHVO NRW entspricht. Darin sind die Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten aufzuführen.

Der vorgelegte Verbindlichkeitspiegel (Anlage 2.3 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium empfohlenen Muster. Die im Verbindlichkeitspiegel enthaltenen Werte stimmen mit den Werten der Bilanz zum 31.12.2017 überein.

4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 469.692.748,56 EUR | 455.322.505,51 EUR |

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind die der Gemeinde von einem Dritten für Investitionen zur Verfügung gestellten Finanzmittel, die zurückgezahlt werden müssen und für welche die Kommune Zinsen zu leisten hat.

Kredite dürfen nach § 86 Abs. 1 GO NRW nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen wird jährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt (2017: 141,063 Mio. EUR).

Mit Beschlussfassung zur DS 15-0505 ist mit Blick auf die perspektivisch erforderlichen Investitionsbedarfe der Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) ein Kapitalerhöhungsbeschluss über 203,7 Mio. EUR für die übergeordnete Management-Holding Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) herbeigeführt worden. Die Kapitalerhöhung sollte durch Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der DVV unter Berücksichtigung der Investitions- und Mittelbedarfe des Unternehmens in Tranchen erfolgen. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat unter Auflagen die Zuzahlung in die Kapitalrücklage genehmigt und gleichzeitig die Zuzahlung auf 176,2 Mio. EUR beschränkt. In 2017 wurden weitere 35,826 Mio. EUR für neue Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Kapitalerhöhung verwendet.

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Restkapital in der Bilanz ausgewiesen. Es liegen entsprechende Saldenbestätigungen der Sparkasse und der Banken vor.

Durch die Kreditaufnahmen und unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen von 21,456 Mio. EUR haben sich zum Bilanzstichtag die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 14,370 Mio. EUR erhöht. In Höhe von 21,900 Mio. EUR wurden Kreditmarktmittel umgeschuldet.

4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|-----------------------------|----------------------|
| Bilanzansatz | 1.502.200.054,47 EUR | 1.609.900.057,32 EUR |

Durch eine angemessene Liquiditätsplanung hat die Gemeinde ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen (§ 89 Abs. 1 GO NRW). Sie kann zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde in der Haushaltssatzung 2017 auf 2.200.000 Mio. EUR festgesetzt. Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung (§ 89 Abs. 2 GO NRW).

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag in der Bilanz ausgewiesen. Anhand der Saldenbestätigungen der Kreditgeber konnte die Übereinstimmung der Werte festgestellt werden.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung zum Stichtag um 107,700 Mio. EUR verringert.

4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 26.178.086,46 EUR | 31.140.127,58 EUR |

Es sind in diesem Bilanzposten Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften anzusetzen, aus denen eine Zahlungsverpflichtung der Gemeinde begründet wurde, die einer Kreditaufnahme wirtschaftlich entspricht. Dabei sind nur die gemeindlichen Rechtsgeschäfte als kreditähnlich einzuordnen, die mit der Investitionstätigkeit der Gemeinde in Verbindung stehen. Zu den kreditähnlichen Rechtsgeschäften der Gemeinde zählen z. B. Leibrentenverträge, Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz und die Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus den in 1995 an die Stadtparkasse Duisburg und die WestLB verkauften Wohnungsbaudarlehen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 22,186 Mio. EUR. Anhand der Saldenbestätigung der Sparkasse konnte die korrekte Ausweisung der Verbindlichkeit in der Bilanz festgestellt werden.

Zudem sind u. a. die vom IMD verwalteten Leibrenten/Grundstücksrenten in Höhe von 1,964 Mio. EUR ausgewiesen.

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|---------------------------|--------------------|
| Bilanzansatz | 118.275.105,36 EUR | 117.924.607,96 EUR |

Dieser Bilanzposten umfasst noch zu leistende Zahlungen an Dritte aufgrund von erbrachten Lieferungen und Leistungen. Die jeweilige Lieferantenverbindlichkeit ist mit dem Rechnungsbetrag anzusetzen.

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Fremden in Höhe von 0,824 Mio. EUR, gegenüber verbundenen Unternehmen von 75,716 Mio. EUR, gegenüber Beteiligungen von 4,776 Mio. EUR und gegenüber Sondervermögen von 36,959 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen geringfügig um 0,350 Mio. EUR gestiegen.

4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|------------------|
| Bilanzansatz | 15.673.699,79 EUR | 8.711.320,12 EUR |

Unter diesen Bilanzposten fallen Verpflichtungen der Gemeinde, die aus der Übertragung von Finanzmitteln entstanden sind, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht. Sie beruhen nicht auf einem Leistungsaustausch, sondern auf einseitigen Verwaltungsvorfällen und werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft sowohl als Transfererträge als auch als Transferaufwendungen erfasst, z. B. aus der Gewährung von Sozialhilfeleistungen.

Der Bilanzansatz bezieht sich mit 15,397 Mio. EUR im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus Transferleistungen des Jugendamtes (Amt 51), die erst in 2018 zahlungswirksam werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 6,962 Mio. EUR erhöht. Aufgrund von gestiegenen Fallzahlen und erheblichen krankheitsbedingten Personalausfällen im Sachgebiet 51-21 -Zentrale Rechenstelle- zum Jahresende 2017 konnten nicht alle vorliegenden Rechnungen für Jugendhilfeleistungen zeitnah bearbeitet werden. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden diese Rechnungen durch das Amt 21 abgegrenzt und die Auszahlungen nach erfolgter Bearbeitung Anfang 2018 veranlasst.

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 40.166.370,27 EUR | 35.452.251,37 EUR |

Unter Sonstige Verbindlichkeiten werden alle Verbindlichkeiten erfasst, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen z. B. Steuerverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf die Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord (8,918 Mio. EUR) und Abgrenzungsbuchungen (15,096 Mio. EUR). Die Steuerverbindlichkeiten betragen 2,649 Mio. EUR. Außerdem besteht eine Vielzahl von Sachkonten, über die z. B. die Einzahlungen auf Gebührenkonten abgewickelt werden.

4.7 Erhaltene Anzahlungen

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 86.417.102,60 EUR | 64.151.925,60 EUR |

Erhaltene Anzahlungen sind Finanzmittel, die die Gemeinde von Dritten erhalten hat, diese aber noch nicht zweckbezogen verwendet wurden und deswegen eine grundsätzliche Rückzahlungspflicht bis zur zweckentsprechenden Verwendung besteht.

Zu diesem Bilanzposten gehören insbesondere erhaltene investive Finanzmittel, solange mit diesen noch keine aktivierungsfähigen Vermögensgegenstände ganz oder teilweise angeschafft worden sind. Erst wenn zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend der Zweckvorgabe Vermögensgegenstände angeschafft oder hergestellt wurden, sind die entsprechenden Sonderposten in der Bilanz durch Umschichtung aus diesem Bilanzposten zu bilden.

Der Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf Zuwendungen in Höhe von 57,664 Mio. EUR für investive Maßnahmen wie z. B. Fahrzeuge Berufsfeuerwehr (4,058 Mio. EUR) sowie Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (10,399 Mio. EUR). Signifikante Zunahmen werden z. B. für die Herstellung des Bahnhofsvorplatzes (um 3,044 Mio. EUR auf 5,680 Mio. EUR) oder der erstmalig abgebildeten Zuwendung für den Abriss der „Weißen Riesen“ (3,220 Mio. EUR) dargestellt.

Die Erhöhung des Bilanzansatzes um 22,265 Mio. EUR ist insbesondere auf die Zuwendungen aus der Schulpauschale zurückzuführen, die um 14,129 Mio. EUR

auf 16,715 Mio. EUR zugenommen haben. Die Mittel werden zur Schulraum-erweiterung an das IMD weitergeleitet.

Bis zur endgültigen Umbuchung ins Sachanlagevermögen werden die Baumaßnahmen des Projektes „Kommunale Investitionen Duisburg (KIDU)“ als Anlagen im Bau (AiB) aktiviert und die Zuwendungen der Bezirksregierung als erhaltene Anzahlungen passiviert. Die Begleitung und abschließende Testierung der Baumaßnahmen stellte den diesjährigen Prüfungsschwerpunkt „Durchführung von Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW)“ dar. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 03.09.2018 die Mitteilungsvorlage über die begleitende Prüfung der Umsetzung des Projektes „KIDU“ zur Kenntnis genommen (DS 18-0243/1 vom 21.08.2018).

Zum Bilanzstichtag sind erhaltene Anzahlungen für das Projekt „KIDU“ in Höhe von 4,966 Mio. EUR bilanziert.

5 Passive Rechnungsabgrenzung

| | 31.12.2017 | Vorjahr |
|---------------------|--------------------------|-------------------|
| Bilanzansatz | 81.772.993,48 EUR | 82.461.348,25 EUR |

Passive Rechnungsabgrenzungsposten bilden Einnahmen ab, die vor dem Bilanzstichtag eingehen, aber erst nach diesem Stichtag Erträge darstellen (§ 42 Abs. 3 GemHVO NRW).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 0,688 Mio. EUR verringert. Bei der Erstattung für Betriebskosten der Kindertagesstätten war im Berichtsjahr keine Abgrenzung erforderlich, im Vorjahr wurden hier noch 3,376 Mio. EUR ausgewiesen. Zuwendungen des Landes zum Erhalt der Trägervielfalt werden erstmalig mit 4,525 Mio. EUR abgebildet. Die Verringerung des Bilanzpostens ergibt sich aus niedrigeren Vorauszahlungen bei verschiedenen Einzelposten, u. a. bei den Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau um 0,675 Mio. EUR auf 13,595 Mio. EUR sowie bei den Vorauszahlungen für die Nutzung von Reihen- oder Wahlgräbern um 0,824 Mio. EUR auf 54,469 Mio. EUR.

Weitere bedeutende Einzelposten stellen investive Zuwendungen an Dritte für den städtischen Kostenanteil des Mercatortunnels der A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,846 Mio. EUR sowie für zwei Fußgänger- bzw. Radwegebrücken über die A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,732 Mio. EUR dar.

3 Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen

Die Gesamtergebnisrechnung, die die Jahressummen aller Ertrags- und Aufwandsarten des abgelaufenen Haushaltsjahres enthält, ist in Anlage 3 dargestellt. Das Ergebnis aller Produktbereiche (01 - 17) sowie die Summe aller Teilergebnisrechnungen der Geschäftsbereiche entsprechen dem Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung.

Für die Entwicklung der Gesamtergebnisrechnung 2017 sind nachfolgend wichtige Ergebnisdaten aufgeführt.

in Mio. EUR

Ordentliche Erträge (Anlage 3, Zeile 10) 1.790,493

Mehrerträge gegenüber 2016 98,604

Ursachen für die Ertragsentwicklung sind vor allem

Verbesserung bei den Steuern und ähnlichen Abgaben 36,222

Verbesserung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen 41,468

Verbesserung bei den sonstigen ordentlichen Erträgen 19,895

Ordentliche Aufwendungen (Anlage 3, Zeile 17) 1.768,189

Mehraufwendungen gegenüber 2016 93,955

Ursachen für die Aufwandsentwicklung sind die

Erhöhung bei den Personalaufwendungen 6,738

Erhöhung bei den Versorgungsaufwendungen 6,305

Erhöhung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 10,682

Erhöhung bei den bilanziellen Abschreibungen 22,239

Erhöhung bei den Transferaufwendungen 31,065

Erhöhung bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen 16,926

Ordentliches Ergebnis (Anlage 3, Zeile 18) 22,303

Verbesserung gegenüber dem Vorjahr 4,649

Unter Berücksichtigung von Finanzerträgen sowie Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen beträgt das

Jahresergebnis 2017 (Anlage 3, Zeile 26) 15,015

Jahresergebnis 2016 (Anlage 3, Zeile 26) 5,720

Im Jahresergebnis 2017 ist die Konsolidierungshilfe von 41,883 Mio. EUR (Vorjahr 52,996 Mio. EUR) enthalten, die das Land NRW der Stadt Duisburg aufgrund des Stärkungspaktgesetzes gewährt hat.

Weitere Informationen zu den einzelnen Teilergebnisrechnungen der Organisationseinheiten sind bei den Einzeltabellen der Anlage 6 aufgeführt.

4 Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen

4.1 Hinweise zur Gesamtfinanzrechnung

Nach § 37 GemHVO NRW besteht der Jahresabschluss auch aus der Finanzrechnung. Im SAP-System wurden für eine statistische Mitbuchung der Finanzrechnung die zahlungsrelevanten Sachkonten der Ergebnisrechnung mit den Finanzpositionen der Finanzrechnung über eine Ableitungstabelle verknüpft. Nichtzahlungsrelevante Buchungen werden über gesonderte Belegarten vorgenommen. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestandes an „Liquiden Mitteln“ der Gemeinde in der Bilanz ab. Demnach ist der Finanzmittelsaldo der Finanzrechnung mit den „Liquiden Mitteln“ der Bilanz abzustimmen.

Die Stadt hat zum Jahresabschluss für ihre Investitionstätigkeiten eine Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen je Geschäftsbereich vorgelegt. Dieses entspricht den Mindestanforderungen nach §§ 3, 4, 39 und 40 GemHVO NRW. Als Bestandteile des Jahresabschlusses sind sie nach § 101 GO NRW ebenfalls zu prüfen.

Die investive Finanzrechnung wird in Stichproben auf Ebene der Organisationseinheiten (Teilfinanzrechnungen) durch das RPA geprüft. Dagegen ist die konsumtive Finanzrechnung wegen der eingangs erläuterten Vorgehensweise nur eingeschränkt prüffähig.

Zwischen dem Wert der „Liquiden Mittel“ in der Bilanz und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung bestehen Abweichungen, die in den einzelnen Jahren unterschiedlich hoch ausgefallen sind. Daher wurde 2014 die Finanzrechnung geprüft. Die Prüfung ergab, dass von der Ordnungsmäßigkeit der Datenverknüpfungen zur Finanzrechnung ausgegangen werden kann. Wesentliche Abweichungen werden auf Empfehlung des RPA jeweils im Anhang erläutert.

Die Abweichungen zwischen dem Bilanzwert der „Liquiden Mittel“ und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung werden anhand der Arbeitsanweisung zur Abstimmung der Finanzrechnung vom Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) ermittelt und abgestimmt. Die bei der Abstimmung ermittelten Abweichungen waren erklärbar und konnten verschiedenen Ursachen zugeordnet werden (u. a. den Customizing-Einstellungen des SAP-Systems).

Die Abweichung beträgt -0,984 Mio. EUR gegenüber 0,345 Mio. EUR im Vorjahr. Im Anhang (S. 44) wird die Abweichung aufgeschlüsselt und erläutert.

4.2 Investitionen

Die Gesamtfinanzzrechnung (Anlage 4) weist für den Bereich der Investitionstätigkeit folgende Werte aus:

| | Ansatz 2017 (fortgeschrieben) EUR | Ergebnis 2017 EUR |
|--|--|------------------------------|
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 90.026.300,00 | 62.184.126,22 |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 275.241.794,00 | 83.103.538,25 |
| Saldo | -185.215.494,00 | -20.919.412,03 |

In Anlage 5 des Berichtes sind die Investitionsmaßnahmen mit Auszahlungen über 500.000,00 EUR aufgeführt und teilweise erläutert.

5 Hinweise zum Anhang

Zum Jahresabschluss gehört gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW der Anhang (Anlage 2). Die Angaben und Erläuterungen des Anhangs sind in der Form vorzulegen, dass sachverständige Dritte diese beurteilen können.

Nach § 44 Abs. 1 GemHVO NRW sind zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnis- und der Finanzrechnung (Investitions- und Finanzierungstätigkeit) sind zu erläutern. Angewandte Vereinfachungsregelungen und Schätzungen sind zu beschreiben.

Weiterhin sind gemäß § 44 Abs. 2 GemHVO NRW u. a. die Entwicklung des Eigenkapitals, Instandhaltungsrückstellungen, die Aufgliederung des Postens „Sonstige Rückstellungen“, Abweichungen von der linearen Abschreibung oder der örtlichen Abschreibungstabelle, noch nicht erhobene Beiträge aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen und die Verpflichtungen aus Leasingverträgen anzugeben und zu erläutern.

Die drei Pflichtanlagen nach § 44 Abs. 3 GemHVO NRW - Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel - sind dem Anhang beigelegt. Darüber hinaus ist ein Rückstellungsspiegel enthalten. Die Anlagen folgen den auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium empfohlenen Mustern.

Über die im Verbindlichkeitspiegel gemachten Angaben hinaus sind auch die Haftungsverhältnisse und Sachverhalte ausgewiesen, aus denen sich in Zukunft erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

Die Prüfung des Anhangs ergab, dass alle vorgeschriebenen Angaben und Erläuterungen vollständig enthalten sind. Er erfüllt somit seine Funktion als ein Bestandteil des Jahresabschlusses, der insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde vermitteln soll.

6 Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände

Nach § 35 Abs. 1 GemHVO NRW sind bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu vermindern. Für die Erfassung des Werteverzehrs in Form von Abschreibungen sind gemäß § 35 Abs. 3 GemHVO NRW von der Gemeinde wirtschaftliche Nutzungsdauern für das abnutzbare Sachanlagevermögen zu bestimmen.

Die Stadt Duisburg hat unter Beachtung der Muster des Innenministeriums zur GO NRW und GemHVO NRW und der verbindlich vorgegebenen „NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauer für kommunale Vermögensgegenstände“ eine örtliche Abschreibungstabelle erstellt. Hierin sind die individuellen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände entsprechend ihrer technischen und betriebsgewöhnlichen Nutzung durch konkrete Jahresangaben festgelegt. Neben den verbindlich vorgegebenen „Vermögenskategorien“ enthält die örtliche Abschreibungstabelle der Stadt Duisburg weitere Vermögensgegenstände, die im individuellen Vermögensbestand der Fachbereiche enthalten sind. Die Abschreibungstabelle wurde vom RPA bewertet und geprüft.

7 Inventur, Inventar und Festwerte

Nach § 28 GemHVO NRW (Inventur, Inventar) sind Vermögensgegenstände mindestens alle fünf Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen. Hierzu gehört auch die Erfassung des beweglichen Anlagevermögens, zu dem vor allem die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge gehören. Diese Vermögensteile sind in den Inventarlisten entweder als Einzelvermögensgegenstände oder zusammengefasst zu Festwerten aufgeführt. Festwerte können gemäß § 34 GemHVO NRW aus Vereinfachungsgründen bei Vermögensgegenständen des beweglichen Anlagevermögens gebildet werden, wenn deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist und die Gegenstände regelmäßig ersetzt werden. Beim Festwertverfahren werden die Vermögensgegenstände in Höhe der aktuellen Anschaffungskosten abzüglich eines durchschnittlichen Wertabschlags für Abnutzung aktiviert.

Für Festwerte ist gemäß § 34 Abs. 1 GemHVO NRW in der Regel weiterhin alle drei Jahre eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen. Nach Darlegung der Anlagenbuchhaltung (Amt für Rechnungswesen und Steuern) sollen die körperlichen Bestandsaufnahmen von Einzelvermögensgegenständen und Festwertvermögen nicht entkoppelt werden. In Duisburg wird daher die Inventur nach wie vor grundsätzlich alle drei Jahre durchgeführt.

In der Inventurrichtlinie für das bewegliche Anlagevermögen hat die Anlagenbuchhaltung festgelegt, dass die bis dahin zentral in der Verwaltung durchgeführte Inventur seit 2013 durch ein rollierendes Verfahren abgelöst wurde. Danach werden die Fachbereiche in drei Inventurgruppen eingeteilt, die dann zeitversetzt jeweils alle drei Jahre eine Inventur durchführen. Der Erfassungstichtag für dieses System ist der 28.02. des betreffenden Inventurjahres. Durch das Rotationsprinzip bleiben das Verfahren der permanenten Inventur und damit die vorteilhafte Inventurabwicklung während des laufenden Haushaltsjahres bestehen.

Die Inventurgruppen sind nicht statisch festgeschrieben. Wenn betriebliche Gründe vorliegen, die eine Inventur in dem dafür vorgesehenen Jahr behindern, ist es möglich, die Inventur in Absprache mit der Anlagenbuchhaltung um ein Jahr zu verschieben. Der zwingende 5-Jahres-Rhythmus des § 28 Abs. 1 GemHVO NRW wird somit eingehalten.

Im Jahr 2017 wurde die Inventur des beweglichen Anlagevermögens bei den Fachbereichen der Inventurgruppe II durchgeführt. Zu dieser Gruppe gehören zurzeit das Dezernat für Sicherheit und Recht, das Amt für bezirkliche Angelegenheiten, der Personalrat sowie das Institut für Jugendhilfe. Letzteres verschob auf Grund von personellen Engpässen zweimal die Inventur. Durch die Durchführung in 2017, wurde der zwingende 5-Jahres-Rhythmus des § 28 Abs. 1 GemHVO NRW eingehalten.

Die Inventur beim Fachbereich Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37) wurde aufgrund von personellen Engpässen in Abstimmung mit der Anlagenbuchhaltung von 2017 in das Haushaltsjahr 2018 verschoben.

8 Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage

8.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Stadt Duisburg lässt sich anhand ihrer Bilanz erkennen: das Vermögen auf der Aktiv- und das Kapital auf der Passivseite. Erläuterungen hierzu finden sich im Anhang und im Lagebericht zum Jahresabschluss. Zur Aufbereitung der Bilanz werden ihre einzelnen Posten ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr analysiert. Diese Bilanzanalyse ist für einen interkommunalen Vergleich hilfreich, sollte aber stets unter Berücksichtigung der örtlichen Beteiligungs- bzw. Konzernstruktur vorgenommen werden.

Das Vermögen der Stadt Duisburg besteht zum 31.12.2017 zu 86,6 % aus Anlagevermögen (überwiegend Infrastrukturvermögen und Finanzanlagen). Der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ist auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Ansonsten ergeben sich keine strukturellen Auffälligkeiten.

Wesentliche Änderungen auf der Aktivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

| | Stand | | Veränderung | | Anteil an Bilanzsumme in % |
|-------------------------------------|-------------|------------|---------------------|--------------|----------------------------|
| | 31.12.2017 | 31.12.2016 | Absolut in Mio. EUR | relativ in % | |
| | in Mio. EUR | | | | |
| Anlagevermögen | 4.545,192 | 4.639,690 | -94,498 | -2,0 | 86,6 |
| davon Infrastrukturvermögen | 2.156,857 | 2.208,770 | -51,913 | -2,4 | 41,1 |
| davon Geleistete Anzahlungen, AiB | 64,053 | 45,329 | +18,724 | +41,3 | 1,2 |
| davon Finanzanlagen | 1.794,810 | 1.804,800 | -9,990 | -0,6 | 34,2 |
| Umlaufvermögen | 225,191 | 191,515 | +33,676 | +17,6 | 4,3 |
| Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag | 405,500 | 424,332 | -18,832 | -4,4 | 7,7 |

Diese Änderungen tragen zu einer Verminderung der Bilanzsumme um 81,366 Mio. EUR (1,5 %) bei.

Das Kapital der Stadt Duisburg besteht zu 1,0 % aus Eigenkapital, das allerdings als Sonderrücklage für Stiftungsvermögen gebunden ist. Seit Jahren sind Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage aufgezehrt. Knapp ein Drittel der Bilanzsumme besteht aus Krediten zur Liquiditätssicherung - hier ergibt sich eine Verringerung von 107,700 Mio. EUR (6,7 %).

Wesentliche Änderungen auf der Passivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

| | Stand | | Veränderung | | Anteil an Bilanzsumme in % |
|---|-------------|------------|---------------------|--------------|----------------------------|
| | 31.12.2017 | 31.12.2016 | Absolut in Mio. EUR | relativ in % | |
| | in Mio. EUR | | | | |
| Sonderposten | 1.561,667 | 1.631,205 | -69,538 | -4,3 | 29,8 |
| Rückstellungen | 1.290,684 | 1.237,057 | +53,627 | +4,3 | 24,6 |
| Verbindlichkeiten | 2.258,603 | 2.322,603 | -64,000 | -2,8 | 43,0 |
| davon aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 1.502,200 | 1.609,900 | -107,700 | -6,7 | 28,6 |
| davon aus Lieferungen und Leistungen | 118,275 | 117,925 | +0,350 | +0,3 | 2,3 |

Eine ausführliche Analyse der Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg ist dem Kapitel 4 des Lageberichtes zu entnehmen.

8.2 Kennzahlen

Die Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation, der Ertrags- und Finanzlage sowie der Vermögens- und Schuldenlage sind ebenfalls im Lagebericht dargestellt. Das zugrunde gelegte NKF-Kennzahlenset ist durch einen Erlass des Innenministeriums NRW für alle Kommunen in NRW vorgeschrieben. Kennzahlen können entweder mit Vorjahren oder interkommunal verglichen werden. Letzteres ist derzeit nur mit eingeschränkter Aussagekraft möglich, weil sich branchenabhängige Erfahrungswerte noch entwickeln müssen. Im Folgenden wird eine Zeitreihenanalyse für ausgewählte Kennzahlen vorgenommen, bei denen wesentliche Änderungen oder ein Trend zu erkennen sind. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation der Stadt Duisburg zulässt. Einzelne Kennzahlen waren für die Eröffnungsbilanz wegen ihrer ausschließlichen Stichtagsbezogenheit noch nicht vorhanden (gekennzeichnet mit n. b. = „nicht berechenbar“).

| | Eigenkapitalquote 1 | Eigenkapitalquote 2 | Infrastrukturquote | Investitionsquote | Anlagendeckungsgrad 2 | Liquidität 2. Grades | Zinslastquote | Netto-Steuerquote | Zuwendungsquote |
|--------|---------------------|---------------------|--------------------|-------------------|-----------------------|----------------------|---------------|-------------------|-----------------|
| EB2008 | 7,95 | 41,99 | 48,82 | n. b. | 71,97 | 1,37 | n. b. | n. b. | n. b. |
| JA2008 | 4,81 | 38,25 | 47,68 | 57,77 | 68,77 | 12,93 | 6,15 | 39,15 | 39,40 |
| JA2009 | 1,44 | 35,45 | 47,60 | 115,50 | 65,70 | 12,99 | 3,40 | 34,58 | 42,22 |
| JA2010 | 1,05 | 34,55 | 46,99 | 79,70 | 62,85 | 9,72 | 2,40 | 31,05 | 45,39 |
| JA2011 | 1,05 | 33,88 | 45,96 | 46,85 | 65,26 | 9,01 | 2,88 | 33,30 | 44,18 |
| JA2012 | 1,04 | 32,85 | 44,54 | 30,41 | 65,61 | 10,76 | 2,19 | 34,61 | 45,12 |
| JA2013 | 1,05 | 32,23 | 43,81 | 37,53 | 65,43 | 8,62 | 2,02 | 34,91 | 44,01 |
| JA2014 | 1,05 | 31,39 | 42,70 | 39,30 | 66,05 | 8,70 | 2,05 | 33,01 | 43,57 |
| JA2015 | 1,02 | 31,05 | 41,57 | 169,11 | 68,13 | 9,81 | 3,47 | 35,41 | 41,21 |
| JA2016 | 1,04 | 31,14 | 41,45 | 37,84 | 71,09 | 11,25 | 1,22 | 33,73 | 40,77 |
| JA2017 | 1,04 | 30,29 | 41,10 | 32,57 | 71,69 | 16,90 | 1,02 | 33,82* | 40,84 |

alle Angaben in %

* Angabe im Lagebericht nicht korrekt

Eigenkapitalquote 1

Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt Duisburg wird u. a. anhand der Eigenkapitalquote 1, die den Anteil des Eigenkapitals zum Gesamtkapital misst, dargestellt. Sie wird sich in den Folgejahren erst ändern, wenn durch Überschüsse das negative Eigenkapital abgebaut worden ist.

Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 gleicht der Eigenkapitalquote 1, schließt aber zusätzlich noch die Sonderposten Zuwendungen/Beiträge, die ebenfalls Eigenkapitalcharakter

haben, mit in die Betrachtung ein. Der negative Trend der Vorjahre bei der Eigenkapitalquote 2 hat sich geringfügig verbessert.

Infrastrukturquote

Zur Analyse der Vermögenslage wird u. a. die Infrastrukturquote herangezogen, die das Infrastrukturvermögen ins Verhältnis zum Gesamtvermögen setzt. Der Wert für 2017 zeigt, dass der Anteil des Infrastrukturvermögens am Vermögen der Stadt weiterhin sinkt.

Investitionsquote

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. In 2017 ist die Investitionsquote auf dem Niveau des Vorjahres.

Anlagendeckungsgrad 2

Zur Verdeutlichung der Finanzlage dient u. a. der Anlagendeckungsgrad 2, der die langfristige Finanzierung des Anlagevermögens misst. Die in den Vorjahren eingetretene Niveaustabilisierung setzt sich fort.

Liquidität 2. Grades

Diese Kennzahl zeigt, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Nachdem sich die Liquidität 2. Grades im Haushaltsjahr 2013 deutlich verschlechterte, ist bis zum Bilanzstichtag 31.12.2017 weiterhin ein Aufwärtstrend erkennbar.

Zinslastquote

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht. Sie belegt, dass trotz der hohen Verbindlichkeiten günstige Kreditmarktzinsen genutzt werden konnten. Die Quote hatte nach drei stabilen Jahren (rd. 2 %) zum Bilanzstichtag 31.12.2015 eine steigende Tendenz (3,47 %) aufgewiesen. Dies war bedingt durch einen Einzelfall. Die Zinslastquote zum Stichtag 31.12.2017 hat mit 1,02 % den niedrigsten Stand seit Einführung des NKF.

Netto-Steuerquote

Diese Kennzahl zur Ertragslage gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z. B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, werden die Aufwendungen für die von der

Gemeinde zu leistenden Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungs-
beteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug gebracht.
Die Steuerertragslage hat sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um
36,221 Mio. EUR verbessert.

Zuwendungsquote

Als Gegenstück zur Netto-Steuerquote gibt die Zuwendungsquote an, zu welchem
Teil die Gemeinde von z. B. staatlichen Zuwendungen und Leistungen Dritter ab-
hängig ist. Sie setzt die Erträge aus Zuwendungen ins Verhältnis zu den ordent-
lichen Erträgen. Die Zuwendungsquote sinkt seit 2012 kontinuierlich. In 2017 ist die
Quote geringfügig um 0,07 % gestiegen. Im direkten Vergleich ist sie höher als die
Netto-Steuerquote und somit ist erkennbar, dass sich die Stadt Duisburg viel mehr
durch Dritte als durch sich „selbst“ finanziert.

Weitere Kennzahlen enthält Kapitel 7 des Lageberichts. Insgesamt geben die
Auswertungen der Bilanz und der Kennzahlen einen Einblick in die wirtschaftliche
Situation der Stadt Duisburg und entsprechen den Aussagen im Lagebericht.

V Bestätigungsvermerk

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz, Anhang und den Lagebericht nach § 101 GO NRW geprüft. Die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurden in die Prüfung einbezogen.

Zur Durchführung der Prüfung hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg des Rechnungsprüfungsamtes bedient.

Die Prüfung wurde vom RPA nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, Gemeindehaushaltsverordnung NRW, der Handreichung des MIK und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Die gesetzlichen Vorschriften, die ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und die sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen wurden beachtet.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Der Bestätigungsvermerk wird ohne Einschränkungen erteilt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Rat entgegenstehen.

Duisburg, den 20.11.2018



Frank Heidenreich
Vorsitzender des
Rechnungsprüfungsausschusses

Duisburg, den 25.10.2018



Dirk Tabel
Leiter des
Rechnungsprüfungsamtes

Anlagen

| | |
|-------------------|---|
| Anlage 1 | Bilanz |
| Anlage 2 | Anhang |
| Anlage 2.1 | Anlagenspiegel |
| Anlage 2.2 | Forderungsspiegel |
| Anlage 2.3 | Verbindlichkeitspiegel |
| Anlage 2.4 | Rückstellungsspiegel |
| Anlage 2.5 | Ermächtigungsübertragungen |
| Anlage 3 | Gesamtergebnisrechnung |
| Anlage 4 | Gesamtfinanzrechnung |
| Anlage 5 | Investitionsmaßnahmen 2017 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR |
| Anlage 6 | Ergebnisse je Organisationseinheit |

Anlage 1 Bilanz

| Stadt Duisburg | | | | Bilanz | | Passiva | |
|----------------|--|----------------------------|----------------------------|--------|--|-------------------|-------------------|
| Aktiva | | | | | | | |
| | | Stand 31.12.2017 EUR | Stand 31.12.2016 EUR | | | Stand | |
| | | | | | | 31.12.2017 EUR | 31.12.2016 EUR |
| 1 | Anlagevermögen | | | | | | |
| 1.1 | Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | | | |
| 1.1.1 | Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 921.030,25 | 993.853,17 | 1 | Eigenkapital | | |
| 1.2 | Sachanlagevermögen | | | 1.1 | Allgemeine Rücklage | | 0,00 |
| 1.2.1 | Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | 1.2 | Sonderrücklagen | 54.475.103,67 | 55.242.041,49 |
| 1.2.2 | Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 411.470.854,44 | | 1.3 | Ausgleichsrücklage | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.3 | Infrastrukturvermögen | 18.597.990,84 | | 1.4 | Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 54.475.103,67 | 0,00 |
| 1.2.4 | Bauten auf fremdem Grund und Boden | 2.156.857.422,72 | 460.028.691,89 | 2 | Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | | |
| 1.2.5 | Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 0,00 | 20.906.800,26 | 2.1 | Sonderposten für Zuweisungen | | 1.447.405.094,81 |
| 1.2.6 | Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge | 17.818.589,80 | 2.208.769.667,53 | 2.2 | Sonderposten für Beiträge | 1.384.735.475,79 | 156.513.543,60 |
| 1.2.7 | Betriebs- und Geschäftsausstattung | 14.346.908,44 | 17.818.119,80 | 2.3 | Sonstige Sonderposten | 150.104.301,83 | 27.286.750,93 |
| 1.2.8 | Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 66.315.966,48 | 14.700.060,93 | 3 | Rückstellungen | 1.561.666.693,47 | |
| 1.3 | Finanzanlagen | 64.053.251,18 | 66.343.169,54 | 3.1 | Pensionen | | 1.064.146.886,00 |
| 1.3.1 | Anteile an verbundenen Unternehmen | | 45.329.314,48 | 3.2 | Rückstellungen für Deponien und Altlasten | 1.088.399.150,86 | 0,00 |
| 1.3.2 | Beteiligungen | 1.086.051.456,67 | 1.086.818.394,49 | 3.3 | Instandhaltungsrückstellungen | 7.407.144,98 | 5.318.978,38 |
| 1.3.3 | Sondervermögen | 295.771.588,41 | 295.900.393,40 | 3.4 | Sonstige Rückstellungen | 194.877.904,82 | 167.590.756,46 |
| 1.3.4 | Wertpapiere des Anlagevermögens | 337.720.824,42 | 337.391.981,62 | 4 | Verbindlichkeiten | | |
| 1.3.5 | Ausleihungen | 31.350.113,46 | 30.833.029,92 | 4.1 | Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 469.692.748,56 | 455.322.505,51 |
| | | 43.915.550,72 | 53.856.047,60 | 4.2 | Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 1.502.200.054,47 | 1.609.900.057,32 |
| 2 | Umlaufvermögen | | | 4.3 | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 26.178.086,46 | 31.140.127,58 |
| 2.1 | Vorräte | | | 4.4 | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 118.275.105,36 | 117.924.607,96 |
| 2.1.1 | Roh- Hilfs-Betriebsstoffe, Waren | 4.238.595,42 | 492.070,79 | 4.5 | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 15.673.699,79 | 8.711.320,12 |
| 2.1.2 | Geleistete Anzahlungen | 67.339,03 | 164.838,28 | 4.6 | Sonstige Verbindlichkeiten | 40.166.370,27 | 35.452.251,37 |
| 2.2 | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | 4.7 | Erhaltene Anzahlungen | 86.417.102,60 | 64.151.925,60 |
| 2.2.1 | Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 103.895.265,95 | 83.365.504,69 | 5. | Passive Rechnungsabgrenzung | 81.772.993,48 | 82.461.348,25 |
| 2.2.2 | Privatrechtliche Forderungen | 82.835.765,23 | 254.330,10 | | | | |
| 2.2.3 | Sonstige Vermögensgegenstände | 3.155.384,57 | 82.038.474,18 | | | | |
| 2.3 | Wertpapiere des Umlaufvermögens | | 4.352.825,16 | | | | |
| 2.4 | Liquide Mittel | | 254.330,10 | | | | |
| 3 | Aktive Rechnungsabgrenzung | | 30.744.174,10 | | | | |
| 4 | Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | | 73.032.234,22 | | | | |
| 4.1 | Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | 420.515.067,81 | 430.052.017,33 | | | | |
| 4.2 | Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | -15.015.427,37 | -5.720.370,68 | | | | |
| | | 5.247.202.058,79 | 5.328.568.195,38 | | | 5.247.202.058,79 | 5.328.568.195,38 |

Anlage 2 Anhang

Jahresabschluss

für das Haushaltsjahr

vom 01.01.2017 – 31.12.2017

Anhang



Inhaltsverzeichnis

- A. Allgemeine Angaben**
- B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**
- C. Erläuterungen zur Bilanz**
- D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung**
- E. Erläuterungen zur Finanzrechnung**
 - 1. konsumtive Finanzrechnung**
 - 2. investive Finanzrechnung**
- F. Sonstige Angaben**

Anlagen zum Jahresabschluss 31.12.2017

- A. Anlagenspiegel**
- B. Forderungsspiegel**
- C. Rückstellungsspiegel**
- D. Rückstellungen WBD**
- E. Verbindlichkeitspiegel**
- F. Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen**

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017 wurde nach den Vorschriften der Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung NRW erstellt.

Soweit in diesen Vorschriften auf weitere Gesetze verwiesen wird, werden auch diese angewandt.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Die **immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 GO).
2. Die Ermittlung der Wertansätze für das **Sachanlagevermögen** in der Eröffnungsbilanz ist gemäß § 54 Abs. 1 GemHVO i.V.m. § 92 Abs. 3 GO stichtagsbezogen auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen worden. Bei der Ermittlung der Wertansätze der Vermögensgegenstände wurde hierbei grundsätzlich der Wiederbeschaffungszeitwert herangezogen. Grundlage für die Berechnung sind die (ursprünglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes. Diese wurden mit Hilfe von Preisindizes auf den Bilanzstichtag hochgerechnet. Entsprechend den Bestimmungen des § 35 GemHVO ist der Wertansatz für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, im Rahmen der Zeitwertermittlung um planmäßige lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der festgesetzten Restnutzungsdauern vermindert worden. Diese Werte gelten als fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Zugänge des Sachanlagevermögens ab dem 01.01.2008, sowie Anschaffungen der vor diesem Stichtag auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umgestellten Ämter ab dem 01.01.2006, sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände bemessen. Seit dem 01.01.2013 beginnt die Abschreibung im Monat der Anschaffung von Vermögensgegenständen. Bis 31.12.2012 erfolgten die Abschreibungen mit Beginn des Folgemonats des Zugangs der Vermögensgegenstände.

Grundsätzlich wird die Einzelbewertung angewandt. Teilbereiche der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grünanlagen sind aus Vereinfachungsgründen nach dem Festwertverfahren gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO bewertet. Es handelt sich im Wesentlichen um

- Aufwuchs und Ausstattung von Forst- und Parkanlagen
- Einrichtungen in Schulen
- Einrichtungen in Kindertagesstätten
- Fahrzeugbeladungen der Feuerwehr
- Büromobiliar
- Medienbestände der Stadtbibliothek

Nach § 55 Abs. 3 GemHVO werden für die Kulturpflege bedeutsame Vermögensgegenstände mit ihrem Versicherungswert, ansonsten mit dem einer dauerhaften Versicherung zu Grunde zu legenden Wert angesetzt. Sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte werden mit einem Erinnerungswert (1,00 EUR) angesetzt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten oder Herstellkosten wertmäßig den Betrag von 410,00 EUR ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, werden ab dem Haushaltsjahr 2013 nach § 35 Abs. 2 GemHVO unmittelbar als Aufwand verbucht.

3. Die Bewertung der **verbundenen Unternehmen, Beteiligungen** und **Sondervermögen** erfolgt, mit Ausnahme von Einzelfällen, in denen die Ertragswertmethode anzuwenden ist, nach der Substanzwertmethode. Beteiligungen von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sind nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Sofern Beteiligungen ein negatives Eigenkapital ausweisen, wurde ein Erinnerungswert angesetzt.

4. Die Erstbewertung der **Wertpapiere des Anlagevermögens** erfolgte in Höhe des anteiligen Stammkapitals, die der börsennotierten Aktien in Höhe des Tiefstkurses der vergangenen 12 Wochen, ausgehend vom Bilanzstichtag. Außerplanmäßige Abschreibungen werden unter Beachtung des § 95 Abs. 1 Satz 2 GO durchgeführt, sofern es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt.
5. Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Der Wert der Vorräte wird am Jahresende über die Inventur ermittelt. Bestandsveränderungen werden aufwandserhöhend bzw. aufwandsmindernd gebucht.
6. Die **Forderungen** und die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert unter Abzug gebotener Wertberichtigungen angesetzt. Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind in der „Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen“ geregelt.
7. Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert ausgewiesen.
8. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind.
9. Die **Sonderposten** beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertiggestellte Vermögensgegenstände. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände über die festgelegte Restnutzungsdauer. Ab dem Haushaltsjahr 2008 sowie für die ab 2006 umgestellten Ämter erfolgt eine direkte Zuordnung der Sonderposten auf die Vermögensgegenstände zum Nennbetrag.
10. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, bezogen auf den Bilanzstichtag bewertet, mit Ausnahme der seit dem 01.07.2008 wirksamen Erhöhung der Versorgungsbezüge. Dieser Versorgungsaufwand, der nicht über die Rückstellung gedeckt ist, wird zukünftig über eine jährliche ratierliche Bereitstellung des Erhöhungsbetrages die Jahresergebnisse belasten. Der Rechnungszins für die Pensionsrückstellungen beträgt 5%. Die Beihilfen nach § 75 des Landesbeamtengesetzes sind pauschal mit 23%, bezogen auf die Rückstellungen von Versorgungsbezügen, ermittelt.
11. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.
12. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden.

C. Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

1. Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen, zu deren Erlangung bei der Gemeinde Aufwendungen entstanden und die einer Bewertung fähig sind. Nach § 43 Abs. 1 GemHVO NRW dürfen immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nur aktiviert werden, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Software-Lizenzen, EDV-Software sowie um ein Nutzungsrecht.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|------------------------------|-------------------|-------------------|
| | EUR | EUR |
| Konzessionen, Nutzungsrechte | 0,00 | 0,00 |
| Lizenzen | 486.373,23 | 626.702,88 |
| Software | 434.657,02 | 367.150,29 |
| | 921.030,25 | 993.853,17 |

1.2 Sachanlagen

Entsprechend § 33 GemHVO NRW wurden sämtliche Vermögensgegenstände per 31.12.2017 in die Bilanz aufgenommen, sofern die Gemeinde wirtschaftlicher Eigentümer war und diese selbstständig verwertbar sind. Anlagenzugänge werden gemäß § 33 GemHVO NRW mit den Anschaffungskosten und Herstellungskosten aktiviert.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|-------------------------|-------------------------|
| | EUR | EUR |
| Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 411.470.854,44 | 460.028.691,89 |
| Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 18.597.990,84 | 20.906.800,26 |
| Infrastrukturvermögen | 2.156.857.422,72 | 2.208.769.667,53 |
| Bauten auf fremdem Grund und Boden | 0,00 | 0,00 |
| Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 17.818.589,80 | 17.818.119,80 |
| Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 14.346.908,44 | 14.700.060,93 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 66.315.966,48 | 66.343.169,54 |
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 64.053.251,18 | 45.329.314,48 |
| | 2.749.460.983,90 | 2.833.895.824,43 |

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der unbebauten Grundstücke wurde eine Differenzierung vorgenommen in:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| | EUR | EUR |
| Grünflächen | 186.507.056,12 | 229.047.847,71 |
| Ackerland | 31.317.534,05 | 31.280.513,73 |
| Wald und Forsten | 18.701.563,70 | 19.308.109,55 |
| Sonstige unbebaute Grundstücke | 174.944.700,57 | 180.392.220,90 |
| | 411.470.854,44 | 460.028.691,89 |

Unter der Position Grünflächen sind folgende Nutzungsformen bilanziert:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---------------------------|-----------------------|-----------------------|
| | EUR | EUR |
| Park- und Grünanlagen | 109.398.787,14 | 151.803.264,86 |
| Kleingärten | 29.558.044,34 | 29.632.367,10 |
| Friedhöfe | 6.506.552,58 | 6.414.808,67 |
| Sportflächen, Spielplätze | 29.888.319,98 | 30.234.631,92 |
| Wasserflächen | 364.673,17 | 364.892,67 |
| Naturschutzflächen | 10.790.678,91 | 10.597.882,49 |
| | 186.507.056,12 | 229.047.847,71 |

Die Verringerung des Bilanzansatzes um 42,5 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen im Bereich der Festwerte Park- und Grünanlagen i.H. von 40,9 Mio. EUR und planmäßigen Abschreibungen von 2,1 Mio. EUR, denen Netto-Zugänge aus An- und Verkäufen von 0,5 Mio. EUR gegenüber stehen. Hinsichtlich der außerplanmäßigen Abschreibungen vergleiche Abschnitt F Ziffer 6 des Anhangs.

Ackerland

Unter der Position Ackerland werden sowohl der Grund und Boden des begünstigten Agrarlandes (besondere Flächen der Land- oder Forstwirtschaft) als auch die rein landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgewiesen.

Wald und Forsten

Es handelt sich hierbei um die Grundstücksbewertung von Wald- und Forstflächen.

Sonstige unbebaute Grundstücke

Unter den sonstigen unbebauten Grundstücken werden insbesondere das Bauland, Rohbau- und Bauerwartungsland sowie Grundstücke, für die Erbbaurechte vergeben worden sind, ausgewiesen. Aufgrund von Grundstücksverkäufen von 3,6 Mio. EUR, Grundstücksankäufen von 2,6 Mio. EUR sowie einer Umgliederung eines Grundstücks ins Umlaufvermögen von 4,4 Mio. EUR (siehe Ziffer. 2.1.1) verringerte sich der Bilanzwert um 5,4 Mio. EUR.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der bebauten Grundstücke wird grundsätzlich unterschieden zwischen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Kinder- und Jugendeinrichtungen | 0,00 | 0,00 |
| Schulen | 0,00 | 0,00 |
| Wohnbauten | 4.332.644,21 | 5.307.612,57 |
| Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude | 14.265.346,63 | 15.599.187,69 |
| | 18.597.990,84 | 20.906.800,26 |

Im Zuge der Betriebsgründungen IMD und WBD wurden wesentliche Teile des bebauten Grundbesitzes – insbesondere Schulen, Kindergärten und Feuerwachen – auf die Betriebe verlagert. Im Eigentum der Kernverwaltung befinden sich die nicht dem Sport-Eigenbetrieb übertragenen Sportanlagen (z.B. Eissporthalle) sowie die Friedhofsgebäude (Kapellen, Leichenhallen). Ferner wurden im Rahmen des Projekts Grüngürtel-Nord Wohngebäude zum Zwecke der Arrondierung erworben.

Der Bilanzwert verminderte sich aufgrund von Abschreibungen i.H. von 1,4 Mio. EUR und Abgängen von 0,9 Mio. EUR um insgesamt 2,3 Mio. EUR.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen der Stadt Duisburg umfasst im Wesentlichen Verkehrseinrichtungen und ist wie folgt strukturiert:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|-------------------------|-------------------------|
| | EUR | EUR |
| Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 364.684.829,13 | 364.802.222,90 |
| Brücken und Tunnel | 152.128.657,98 | 155.640.443,03 |
| Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen | 15.687.522,73 | 16.266.199,98 |
| Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen | 0,00 | 0,00 |
| Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen | 731.721.003,46 | 759.963.526,63 |
| Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens | 892.635.409,42 | 912.097.274,99 |
| | 2.156.857.422,72 | 2.208.769.667,53 |

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Es handelt sich hierbei um einen Sammelposten, der sämtlichen Grund und Boden des gemeindlichen Infrastrukturvermögens enthält. Eine genaue Zuordnung auf die einzelnen Bilanzposten des Infrastrukturvermögens ist nicht erforderlich.

Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören Brücken, Tunnel, Durchlässe und sonstige Ingenieurbauwerke, unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Straßen- oder Schienenverkehr. Der Rückgang des Bilanzansatzes um 3,5 Mio. EUR ist auf Abschreibungen von 3,6 Mio. EUR sowie eine nachträgliche Aktivierung bei der Vincke-Brücke von 0,1 Mio. EUR zurückzuführen.

Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen

Dieser Bilanzposten beinhaltet das Vermögen der Stadtbahn. Hierzu zählen sämtliche dem Betrieb des Streckennetzes unmittelbar dienenden Anlagen wie z.B. Gleisunterbau, Schienen, Oberleitungen, Signal- und Funkanlagen, Zugsicherungs- und Zuglenkungsanlagen. Die Wertansätze setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--------------------------------------|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Gleisanlagen | 3.951.722,77 | 4.453.604,12 |
| Leitstelle | 0,00 | 0,00 |
| Unterwerke | 2.392.060,49 | 2.256.019,05 |
| Netzleittechnik | 76.698,34 | 93.254,94 |
| Ausbau Haltestellen | 4.583,92 | 4.860,34 |
| Kabelanlagen | 20.969,53 | 31.454,29 |
| Energietechnik | 341.472,42 | 417.125,04 |
| Fahrleitung | 538.440,82 | 728.769,76 |
| Zugsicherung / Fernsteuerung | 3.623.669,23 | 4.512.674,84 |
| Zuglenkung | 327.516,15 | 363.906,83 |
| Nachrichten- und Informationstechnik | 1.665.782,39 | 1.563.097,09 |
| Fahrscheinautomaten | 598.697,79 | 665.841,39 |
| Fahrtreppen / Aufzüge | 2.145.908,88 | 1.175.592,29 |
| | 15.687.522,73 | 16.266.199,98 |

Abschreibungen von 2,6 Mio. EUR und Zugänge von 2,0 Mio. EUR führen zu einer Verringerung des Bilanzwertes von 0,6 Mio. EUR.

Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Die Aufgaben wurden den Wirtschaftsbetrieben Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts übertragen.

Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Die Stadt Duisburg verfügt über ca. 1.300 km Straße. Bilanziert werden jeweils Straßenabschnitte zwischen zwei Knotenpunkten mit folgenden Einzelkomponenten:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|-----------------------------|-----------------------|-----------------------|
| | EUR | EUR |
| Straßenkörper | 438.730.144,52 | 458.986.129,36 |
| Gehweg | 178.626.111,27 | 184.285.040,68 |
| Radweg, Parken, Begleitgrün | 91.728.025,87 | 94.055.634,79 |
| Straßenbäume | 22.636.721,80 | 22.636.721,80 |
| | 731.721.003,46 | 759.963.526,63 |

Die Verringerung des Bilanzwertes von 28,2 Mio. EUR resultiert aus Abschreibungen von 36,3 Mio. EUR (davon außerplanmäßig 5,0 Mio. EUR – vergl. Abschnitt F Ziffer 6) und Abgängen im Zuge von Neubau-maßnahmen von 2,4 Mio. EUR, denen entsprechende Zugänge von 10,5 Mio. EUR gegenüber stehen.

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind in erster Linie die Bauwerke der Stadtbahn, wie z.B. Bahnhöfe, Haltestellen, Rampen, Tunnel- und Brückenbauwerke erfasst.

Darüber hinaus wurden wassertechnische Anlagen wie z.B. Hochwasserschutzanlagen, Deiche, Durchlässe und Verrohrungen angesetzt.

Die Zusammensetzung der Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens im Einzelnen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|-----------------------|-----------------------|
| | EUR | EUR |
| Stadtbahn / Bahnhöfe | 219.487.876,33 | 228.441.332,76 |
| Stadtbahn / Tunnelstrecken | 592.670.933,89 | 604.203.774,88 |
| Stadtbahn / Hochlagen (Brückenbauwerke) | 35.854.521,06 | 36.750.884,08 |
| Stadtbahn / Außenanlagen und Rampen | 486.896,39 | 481.237,46 |
| Gewässertechnische Anlagen | 17.023.167,67 | 14.366.715,97 |
| Sonstige Ingenieurbauwerke | 27.112.014,08 | 27.853.329,84 |
| | 892.635.409,42 | 912.097.274,99 |

Bedingt durch Abschreibungen von 22,7 Mio. EUR und Zugänge von 3,2 Mio. EUR reduziert sich der Wert der Bilanzposition um 19,5 Mio. EUR. Bei den Zugängen sind die Fertigstellung des Dammbalkenverschlusses Marienort (1,7 Mio. EUR) sowie nachträgliche Aktivierungsaufwendungen bei der Deichrückverlegung Mündelheim (1,3 Mio. EUR) zu nennen.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bilanzposition entfällt.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Diese Bilanzposition beinhaltet insbesondere Vermögensgegenstände, deren Erhaltung aufgrund ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt. Hierzu gehören Kunstgegenstände des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt sowie Plastiken im Freien.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Mercator-Sammlung | 5.112.919,00 | 5.112.919,00 |
| Plastiken im Freien | 2.021.169,58 | 2.021.169,58 |
| Sammlung Königsberg | 450.258,00 | 450.258,00 |
| Sammlungsstücke Kultur- und Stadthistorisches Museum | 1.866.975,00 | 1.866.975,00 |
| Sammlungsstücke Museum der Deutschen Binnenschifffahrt | 1.540.023,02 | 1.539.853,02 |
| Ankauf Nachlass Wilhelm Lehmbruck | 5.009.000,00 | 5.009.000,00 |
| Sonstige Kunstgegenstände | 470.528,20 | 470.528,20 |
| Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek | 1.347.541,00 | 1.347.241,00 |
| Baudenkmale | 50,00 | 50,00 |
| Bodendenkmale | 126,00 | 126,00 |
| | 17.818.589,80 | 17.818.119,80 |

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen die Nachrichtentechnik, die Kabelnetze und die Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Nachrichtentechnik, Kabelnetze | 1.231.801,22 | 243.738,61 |
| Fahrzeuge | 9.235.928,92 | 10.351.342,73 |
| Sonstige technische Anlagen und Maschinen | 3.879.178,30 | 4.104.979,59 |
| | 14.346.908,44 | 14.700.060,93 |

Die Abnahme von 0,4 Mio. EUR resultiert aus Abschreibungen von 2,6 Mio. EUR sowie aus Zugängen i.H. von 2,2 Mio. EUR.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich insbesondere um die Büroeinrichtung der Kernverwaltung, die Einrichtung und Ausstattung von Schulen und Kindergärten, die Einrichtung und Ausstattung der Feuerwehr sowie den Medienbestand der Stadtbibliothek.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Einrichtung in Schulen | 35.496.533,69 | 35.515.281,81 |
| Einrichtung in Kindertageseinrichtungen | 6.306.236,98 | 6.297.500,00 |
| Fahrzeugausstattung der Feuerwehr und Einrichtung der Feuerwachen | 5.577.344,41 | 5.569.105,38 |
| Medienbestand der Stadtbibliothek | 4.583.378,66 | 4.583.378,66 |
| Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung | 14.352.472,74 | 14.377.903,69 |
| | 66.315.966,48 | 66.343.169,54 |

Die Vermögensgegenstände dieser Bilanzposition sind im Wesentlichen zu Festwerten zusammengefasst. Ersatzbeschaffungen werden unmittelbar als Aufwand gebucht, planmäßige Abschreibungen werden nicht vorgenommen.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Diese Position beinhaltet den Wert sämtlicher Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertiggestellt waren. Die Maßnahmen wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Vorauszahlungen aktiviert.

Die Baumaßnahmen beinhalten folgende Sachverhalte:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Erneuerung Zugsicherung Stadtbahn | 10.048.095,87 | 2.589.113,42 |
| Sonstige Maßnahmen Stadtbahn | 4.366.651,73 | 5.352.507,65 |
| Erneuerung Sportanlagen | 2.717.650,33 | 4.351.463,61 |
| Umbau Wanheimer Straße | 3.228.930,40 | 2.787.653,85 |
| Gestaltung Bahnhofsvorplatte | 5.211.301,37 | 2.400.598,45 |
| Deichverlegung Mündelheim, Sonstiger Hochwasserschutz | 1.894.585,97 | 2.047.941,02 |
| Anschluss A 59 DU-Zentrum | 1.440.000,00 | 1.440.000,00 |
| Stadterneuerungsmaßnahmen | 1.113.326,61 | 1.113.326,61 |
| Abriss Hochhäuser Hochheide | 3.245.245,76 | 70.073,48 |
| Beschleunigung Linie 901 zweiter Bauabschnitt | 1.884.906,76 | 201.557,33 |
| Umbau Mercatorstraße | 1.441.031,42 | 754.060,87 |
| Neubau Fernbusbahnhof | 1.022.626,77 | 112.444,41 |
| Sonstige Infrastrukturmaßnahmen | 19.041.518,32 | 16.059.221,96 |
| Anzahlungen Grunderwerb | 1.255.593,35 | 1.261.075,25 |
| Anzahlungen bewegliches Anlagevermögen | 6.141.786,52 | 4.788.276,57 |
| | 64.053.251,18 | 45.329.314,48 |

Die Bilanzposition nahm insgesamt um 18,7 Mio. EUR zu. Dies ist in erster Linie auf Zugänge aufgrund des weiteren Fortschritts von Baumaßnahmen i.H. von 33,9 Mio. EUR zurückzuführen. Dem stehen Abgänge/Umbuchungen aufgrund von Aktivierungen fertiggestellter Baumaßnahmen in Höhe von 15,2 Mio. EUR gegenüber.

1.3 Finanzanlagen

Unter Finanzanlagen sind solche Geld- und Kapitalanlagen ausgewiesen, welche auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Unternehmensverbindungen dienen. Dazu gehören in erster Linie Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und das Sondervermögen, insbesondere die organisatorisch verselbstständigten Einrichtungen.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|------------------------------------|-------------------------|-------------------------|
| | EUR | EUR |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.086.051.456,67 | 1.086.818.394,49 |
| Beteiligungen | 295.771.588,41 | 295.900.393,40 |
| Sondervermögen | 337.720.824,42 | 337.391.981,62 |
| Wertpapiere des Anlagevermögens | 31.350.113,46 | 30.833.029,92 |
| Ausleihungen | 43.915.550,72 | 53.856.047,60 |
| | 1.794.809.533,68 | 1.804.799.847,03 |

Unter den vorgenannten Posten werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Zum Anteilsvermögen der verbundenen Unternehmen zählen:

DVV - Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
Duisburger Verkehrsgesellschaft AG
Gebag - Duisburger Baugesellschaft mbH
Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR)
Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort
Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH
Duisburg Kontor GmbH
Zoo Duisburg AG
filmforum GmbH - Kommunales Kino und filmhistorische Sammlung der Stadt Duisburg
Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV KG)
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum - Zentrum internationaler Skulptur -
Immobilien Service Duisburg GmbH (inaktiv)
Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

1.3.2 Beteiligungen

Das Anteilsvermögen der Beteiligungen umfasst die Anteile an den nachstehend aufgeführten Gesellschaften:

Duisburger Hafen AG - duisport
Sana Kliniken Duisburg GmbH (zuvor Klinikum Duisburg GmbH)
Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)
Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH - GFW Duisburg

1.3.3 Sondervermögen

Zum Anteilsvermögen des Sondervermögens zählen:

Immobilien-Management Duisburg (IMD)
DuisburgSport
Unselbstständige Stiftungen

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
START NRW GmbH
Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG NIAG
ekz.bibliotheksservice GmbH
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
GVZ DUNI (inaktiv)
RWE AG, Stammaktien
Stadtbahn-Fonds
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR
Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister

Die Finanzanlagen verringerten sich um 10,0 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf planmäßige Rückführungen von Ausleihungen in Höhe von 9,9 Mio. EUR zurückzuführen. Ferner ergaben sich Veränderungen aufgrund von außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 49 Tsd. EUR, Abgängen im Wert von 846 Tsd. EUR und Zugängen von 846 Tsd. EUR.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen betreffen die Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM) / Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR) mit 41 Tsd. EUR und die Sana Kliniken Duisburg mit 9 Tsd. EUR.

Das Vermögen der RPM wurde im Ganzen gemäß §§ 2 Nr. 1, 4 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) auf die FMR als übernehmende Gesellschaft (Verschmelzung durch Aufnahme) übertragen. Die Verschmelzung erfolgte laut Vertrag vom 30.06.2017 im Innenverhältnis mit Wirkung zum 01.01.2017. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Erhöhung des Stammkapitals der FMR mit Gewährung dieser an die Stadt Duisburg als neue Geschäftsanteile, während die RPM mit Wirksamwerden der Verschmelzung erloschen ist. Die Bewertungsmethode wurde nach der Verschmelzung für die neue Beteiligung an der FMR beibehalten. Der Beteiligungsansatz für die „Rechtsnachfolgerin“ FMR wurde anhand einer Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2017 durch die FMR gegenüber dem Wertansatz der „Rechtsvorgängerin“ RPM zum 31.12.2016 um 41 Tsd. EUR gemindert.

Die in dem Entwurf des Wirtschaftsplans 2018 / der Mehrjahresplanung 2018 - 2020 der Sana Kliniken Duisburg AG ausgewiesenen Überschüsse fallen gegenüber der bisherigen Planung geringer aus. Insoweit lagen Anhaltspunkte für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vor, sodass der Beteiligungsansatz um 9 Tsd. EUR abgeschrieben werden musste.

Die Abgänge betreffen die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum mit 767 Tsd. EUR und die EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH mit 79 Tsd. EUR.

Im Rahmen der Restitution eines bei der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum bilanzierten Kunstwerkes von Emil Nolde wurde das Stiftungskapital in der Stiftungsbilanz herabgesetzt. Somit musste der Stiftungswert um 767 Tsd. EUR reduziert werden. Die Sonderrücklage verringerte sich entsprechend auf der Passivseite.

Gemäß Ratsbeschluss wurden die Geschäftsanteile der Stadt Duisburg an der EG DU an die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH veräußert. Der Buchwert von 79 Tsd. EUR wurde in Abgang gebracht.

Zugänge ergaben sich aufgrund einer Thesaurierung von Zinsen und Dividenden beim Stadtbahn-Fonds i.H. von 517 Tsd. EUR sowie eines Wertzuwachses im Bereich Sondervermögen von 329 Tsd. EUR. Letzteres betrifft die unselbstständigen Stiftungen und ist auf eine Erbschaft zurückzuführen, die durch die Stadt Duisburg zweckgerichtet zu verwalten ist. Als Gegenposition zu dem Vermögenswert ist ein gesonderter Sonderposten gebildet worden.

1.3.5 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen sind langfristige Darlehen der Stadt Duisburg, die diese im Rahmen ihrer Aufgabenerzielung vergibt, bilanziert.

Der Rückgang in Höhe von 9,9 Mio. EUR ist vorwiegend auf planmäßige Rückzahlungen zurückzuführen.

2. Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Der Bilanzposten Vorräte setzt sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|---------------------|-------------------|
| | EUR | EUR |
| 2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren Vorräte | 529.595,42 | 492.070,79 |
| Zu veräußernde Bau- und Gewerbegrundstücke | 3.709.000,00 | 0,00 |
| 2.1.2 Geleistete Anzahlungen | 67.339,03 | 164.838,28 |
| | 4.305.934,45 | 656.909,07 |

Der Vermögenswert der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfasst die Vorräte im Bereich der Feuerwehr, der Verwaltung sowie der kulturellen Einrichtungen.

Im Rahmen der Entwicklung des Grundstücks „The Curve“ am Innenhafen wurde mit einer Investorengruppe ein Vorvertrag hinsichtlich eines Grundstücks abgeschlossen. Der Verkauf ist für 2018 vorgesehen. Entsprechend erfolgte eine Umgliederung des Vermögensgegenstandes in das Umlaufvermögen. Der Wertansatz entspricht dem bereits vereinbarten Kaufpreis.

Bei den geleisteten Anzahlungen handelt es sich im Wesentlichen um Vorleistungen gegenüber dem IMD, die im Rahmen der Mietereinbauten im Stadtfenster vorgenommen wurden. In diesen Fällen steht die Lieferung bzw. Leistung noch aus.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Forderungsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|-----------------------|-----------------------|
| | EUR | EUR |
| 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen | | |
| Gebühren | 17.316.598,80 | 13.001.540,13 |
| Beiträge | 10.528.046,75 | 9.666.172,44 |
| Steuern | 45.052.504,57 | 47.761.519,14 |
| Transferleistungen | 20.416.568,88 | 16.347.541,60 |
| Kostenerstattungen | 24.619.109,39 | 22.453.616,31 |
| Sonstige öffentliche Forderungen | 33.033.661,98 | 24.375.717,35 |
| Wertberichtigungen | -47.071.224,42 | -50.240.602,28 |
| | 103.895.265,95 | 83.365.504,69 |
| 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen | | |
| gegen Fremde | 33.241.573,60 | 37.930.109,13 |
| gegen den öffentlichen Bereich | 13.990.808,38 | 14.213.492,77 |
| gegen verbundene Unternehmen | 46.883.176,77 | 44.449.637,65 |
| gegen Beteiligungen | 5.758.752,95 | 5.877.711,20 |
| gegen Sondervermögen | 3.967.502,67 | 3.127.800,82 |
| Wertberichtigungen | -21.006.049,14 | -23.560.277,39 |
| | 82.835.765,23 | 82.038.474,18 |
| | 186.731.031,18 | 165.403.978,87 |

Die Gebührenforderungen mit einer Gesamthöhe von 17.316.598,80 EUR betreffen im Wesentlichen Ansprüche für Feuerwehr- und Rettungsdienstesätze in Höhe von 10,4 Mio. EUR (VJ 6,6 Mio. EUR). Dieser Betrag setzt sich aus abgerechneten Leistungen in Höhe von 3,1 Mio. EUR (VJ 4,1 Mio. EUR) und nicht abgerechneten, aber erbrachten Leistungen in Höhe von 7,3 Mio. EUR (VJ 2,5 Mio. EUR) zusammen. Weitere rückständige Gebührenforderungen entfallen auf das Ordnungsamt mit 1,8 Mio. EUR, Sondernutzungs-, Baugenehmigungs- und Bauabnahmegebühren in Höhe von 0,678 Mio. EUR sowie auf Friedhofsgebühren in einer Größenordnung von 1,3 Mio. EUR welche durch die WBD im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg berechnet werden.

Bei den Forderungen aus Beiträgen in Höhe von 10.528.046,75 EUR handelt es sich hauptsächlich um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Zahlungen für Kindergartenbeiträge in Höhe von 9,7 Mio. EUR (VJ 9,1 Mio. EUR). Ferner entfallen auf Forderungen aus Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch und den Kommunalabgabengesetzen 0,594 Mio. EUR.

Die Steuerforderungen in Höhe von 45.052.504,57 EUR setzen sich stichtagsbezogen überwiegend aus der Gewerbesteuer i.H. von 35,8 Mio. EUR (VJ 38,5 Mio. EUR) und der Grundsteuer B mit 3,9 Mio. EUR (VJ 4,4 Mio. EUR) zusammen.

Die Transferleistungen in Höhe von 20.416.568,88 EUR bestehen im Wesentlichen aus kommunalen Forderungen gegenüber dem Land aus der Grundsicherung IV. Quartal 2017 in Höhe von 10,6 Mio. EUR (VJ 10,5 Mio. EUR), die im Februar 2018 vollständig ausgeglichen wurden. Hinzu kommen weitere Landeszuweisungen von rd. 4,1 Mio. EUR, die aus der Betreuungspauschale und der Abrechnung der Kosten nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz nach § 4 FlüAG resultieren. Die Erstattung dieser Leistungen erfolgte im Vorjahr bereits in Teilen im vierten Quartal. Darüber hinaus bestehen Ansprüche der Stadt Duisburg aus dem Ersatz sozialer Leistungen gegenüber Hilfeempfängern in Höhe von 2,7 Mio. EUR sowie Investitionszuwendungen und Zuweisungen in Höhe von 1,0 Mio. EUR.

Die ausgewiesenen Kostenerstattungen in Höhe von 24.619.109,39 EUR bestehen vorwiegend aus Forderungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz § 7 Abs. 1 UVG in Höhe von 14,9 Mio. EUR (VJ 14,8 Mio. EUR), Landeszuweisungen aus Kosten der Unterkunft (KDU) 5,6 Mio. EUR (VJ 4,6 Mio. EUR) sowie aus Erstattungsansprüchen aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach § 89d SGB VIII von 2,4 Mio. EUR (VJ 1,1 Mio. EUR). Ferner bestehen Rückzahlungsansprüche aus der Gewährung von Sozialhilfe nach § 91 SGB XII i. H. von 0,9 Mio. EUR (VJ 1,0 Mio. EUR).

Die sonstigen öffentlichen Forderungen in Höhe von 33.033.661,98 EUR setzen sich vorwiegend aus Bußgeldern (7,5 Mio. EUR), öffentlich-rechtlichen Nebenforderungen (7,8 Mio. EUR) und Kostenerstattungen von Gemeinden und anderen Trägern (17,4 Mio. EUR) zusammen. Insbesondere die offen stehenden Betriebskosten 12/2017 gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Höhe von 3,9 Mio. EUR und die Aktivierung von Erstattungsansprüchen aus noch nicht abgerechneten Leistungen aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Höhe 8,4 Mio. EUR (VJ 6,8 Mio. EUR) begründen vorwiegend den Anstieg der Forderungen. Der seit 2016 bestehende Bearbeitungsrückstau im Bereich der Unterbringung und Betreuung unbegleiteter Minderjährige nach § 89d Abs. 2 SGB VIII hält im Berichtsjahr unverändert an. Eine Ursache ist das langwierige Abrechnungsverfahren zwischen dem örtlichen und überörtlichen Träger.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen von 47.071.224,42 EUR sind um 3,2 Mio. EUR zurückgegangen. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf eine Forderungsberichtigung aus dem Bereich der Gewerbesteuer aus dem Haushaltsjahr 2013. Insgesamt entfallen Wertberichtigungen in Höhe von 26,7 Mio. EUR auf Steuern und unverändert 13,5 Mio. EUR auf Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (§ 7 Abs. 1 UVG). Die Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen nach dem UVG werden mit 86% auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand pauschalwertberichtigt. Der Ausfall basiert auf Erfahrungswerten des Jugendamtes.

In den Forderungen gegenüber Fremden von 33.241.573,60 EUR ist die Übernahme der Altdaten aus HKR und der Forderungsinventuren enthalten. Die Übernahme der Gewerbesteuer mit 8,6 Mio. EUR (VJ 9,7 Mio. EUR) und der Grundsteuer B in Höhe von 0,5 Mio. EUR (VJ 0,5 Mio. EUR) bilden den wesentlichen Anteil der Altforderungen. Ferner werden in dieser Bilanzposition die Forderungen aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen der Klinikum Duisburg GmbH an die Sana Kliniken AG in Höhe von 8,5 Mio. EUR ausgewiesen (VJ 10,7 Mio. EUR). Der Kaufpreisanspruch wird in Tranchen fällig, die letzte Tranche erfolgt mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

Die Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Bereichen über 13.990.808,38 EUR enthalten unter anderem Forderungen nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine

Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 i.H. von 8,6 Mio. EUR sowie Forderungen nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz i.H. von 5,1 Mio. EUR. Die Änderungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sind in der Versorgungslastenverteilung berücksichtigt.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 46.883.176,77 EUR weisen verschiedene offene Arten von privatrechtlichen Forderungen aus. In den Forderungen sind unter anderem Ansprüche aus Zuwendungen, Abrechnungen von Verwaltungskosten, Konzessionsabgaben sowie Friedhofsgebühren aus der Erstattung der Bürger gegenüber den WBD enthalten. Den größten Anteil der Forderungen bilden ein Betriebsmittelkredit gegenüber den WBD mit 26,2 Mio. EUR (VJ 24,3 Mio. EUR) und ein Liquiditätskredit der Gebag in unveränderter Höhe von 11,5 Mio. EUR. Ferner besteht weiterhin eine Rückgriffsforderung gegen die Gebag Duisburger Baugesellschaft mbH von 3,8 Mio. EUR. Die Forderung bezieht sich auf die Rückzahlung der Stadt Duisburg an die NRW Bank aus dem Förderprojekt Atlantis, zu der die Stadt Duisburg am 01.12.2014 vom Landgericht Duisburg verurteilt wurde. Der Betrag wurde im Januar 2018 von der Gesellschaft ausgeglichen.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber Beteiligungen in Höhe von 5.758.752,95 EUR bilden im Wesentlichen die Ansprüche der Stadt aus der Spielzeit 2017/2018 gegenüber der DOR ab. Diese stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verpflichtung gegenüber der DOR (vergl. hierzu die analoge Bilanzposition in den Verbindlichkeiten).

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem Sondervermögen in Höhe von 3.967.502,67 EUR enthalten offene Forderungen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD aus Miet- und Pachterträgen, Ansprüche aus dem Verkauf von Grundstücken, Verwaltungsgebühren, Erstattungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen, Ansprüche aus der Gestellung von Personal sowie Forderungen im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft in Höhe von insgesamt 3,5 Mio. EUR (VJ 2,2 Mio. EUR). Offene Forderungen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung DU Sport entfallen fast ausschließlich auf Erstattungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Forderungen betragen in Gänze 0,439 Mio. EUR (VJ 0,946 Mio. EUR).

Der Ansatz der Wertberichtigungen in Höhe von 21.006.049,14 EUR setzt sich aus Forderungen gegenüber Dritten zusammen. Der Wertberichtigungsansatz enthält unter anderem zweifelhaft gestellte Forderungen aus dem Forderungsbestand der Altdaten aus HKR und den Forderungsinventuren. Forderungen gegenüber städtischen Gesellschaften werden zu 100% als einbringlich angesehen.

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|-------------------------------|---------------------|---------------------|
| | EUR | EUR |
| Steuern | 445.549,25 | 690.913,33 |
| Forderungen gegen Mitarbeiter | 52.191,25 | 52.160,74 |
| Sonstiges | 2.657.644,07 | 3.609.751,09 |
| | 3.155.384,57 | 4.352.825,16 |

Bei den Steuern handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen des Finanzamtes aus der Umsatzsteuer für den Monat Dezember 2017. Die Position Sonstiges enthält im Wesentlichen periodische Abgrenzungen. Der Rückgang der Bilanzposition hängt mit der Thesaurierung der Zinsen und Dividende aus dem Stadtbahn-Fonds in Höhe von 0,517 Mio. EUR zusammen. Eine Zuführung zu den Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgte im Haushaltsjahr 2017. Überdies wurden aus dem Nachlass einer Duisburger Bürgerin Immobilien veräußert, die wertmäßig mit 0,409 Mio. EUR in der Bilanz ausgewiesen wurden. Nach dem Willen der Erblasserin darf das Vermögen nicht in den städtischen Haushalt fließen, sondern muss für das städtische Tierheim verwendet werden. Zum Bilanzstichtag verfügt die Stadt Duisburg aus dieser Erbschaft über Wertpapiere und liquide Mittel. Geplant ist es, das Vermögen für einen Um- bzw. Neubau des Tierheim-Gebäudes zu verwenden.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---------------------------------|-------------------|-------------------|
| | EUR | EUR |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 254.330,10 | 254.330,10 |

Die Wertpapiere sind ein Teilvermögen einer Erbschaft. Weitere Ausführungen zum Sachverhalt sind der Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ zu entnehmen.

2.4 Liquide Mittel

Als liquide Mittel werden Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestände sowie Handvorschüsse bilanziert.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|----------------------------|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Deutsche Bundesbank | 75.395,02 | 126.116,24 |
| Kreditinstitute | 30.583.257,26 | 20.635.430,44 |
| Kassen, Handvorschusskasse | 85.521,82 | 85.200,00 |
| | 30.744.174,10 | 20.846.746,68 |

Während der Betriebsferien der Kernverwaltung vom 27.12. bis 30.12.2017 erfolgte keine Liquiditätssteuerung der Finanzmittel. Dies führt zum Bilanzstichtag zu einem höheren Bestand der liquiden Mittel. Zum Bilanzstichtag weisen die liquiden Mittel Erbschaften der Stadt Duisburg in Höhe von 1.986.547,28 EUR aus. Neben der zweckgebundenen Erbschaft für das städtische Tierheim (vergleiche hierzu die Ausführungen im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände) besteht eine weitere Erbschaft mit Auflagen zur Verbesserung der Lebenssituation alter Menschen.

3. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition geleistete Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind. Bei den ausgewiesenen Kostenanteilen „Obermaschinerie IMD“, „Alarmierungsanlage Theater IMD“, „Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59“, „Neubau von zwei Brücken im Zuge des Umbaus der A 59 Anschlussstelle Duisburg-Zentrum“ und der „Notarztstation im Evangelischen Krankenhaus DU-Nord“ handelt es sich um Zuwendungsgewährungen der Stadt Duisburg mit Gegenleistungsverpflichtungen der Zuwendungsempfänger. Darüber hinaus werden die von der Stadt Duisburg als Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährten Investitionszuschüsse nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) sowie die Mittel nach dem Investitionsprogramm U3-Ausbau in diesem Bilanzposten abgebildet. Die Auflösungen erfolgen ratierlich und richten sich nach den vertraglichen Nutzungsvereinbarungen bzw. nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Kostenanteil Obermaschinerie IMD | 733.922,67 | 773.239,95 |
| Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD | 679.999,97 | 716.351,84 |
| Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59 | 3.130.949,22 | 3.173.259,35 |
| Städtischer Kostenanteil Neubau von 2 Brücken | 3.435.064,28 | 3.478.172,87 |
| Pacht Personentunnel Bahnhof Rheinhausen | 26.398,00 | 28.006,00 |
| Neubau Notarztstation Evangelisches Krankenhaus DU-Nord | 598.297,00 | 598.297,00 |
| Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau | 13.833.582,85 | 14.539.328,86 |
| Feuerwehr Mietvorauszahlung IMD | 8.198.929,00 | 8.413.902,00 |
| Sozialhilfezahlung Januar 2018 | 10.402.130,83 | 11.065.066,95 |
| Beamtenbesoldung Januar 2018 | 9.276.813,13 | 8.984.562,25 |
| Betriebskosten und Pflegegeld Jugendamt Januar 2018 | 5.455.476,94 | 5.023.945,53 |
| UVG-Zahlung Januar 2018 | 1.040.324,36 | 640.902,67 |
| Wirtschaftliche Jugendhilfe | 0,00 | 617.879,64 |
| Kosten der Unterkunft Januar 2018 | 12.930.093,13 | 12.623.766,14 |
| Finanzierung Mietereinbauten Stadtfenster | 1.281.492,50 | 1.223.946,98 |
| Umlage Regionalverband Ruhr | 0,00 | 480.561,14 |
| Gastspielverträge 2018 | 50.550,00 | 120.756,50 |
| Sonstiges | 245.992,24 | 530.288,55 |
| | 71.320.016,12 | 73.032.234,22 |

4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Seit dem Haushaltsjahr 2010 ist das gemeindliche Eigenkapital aufgezehrt. Es ergibt sich ein Überschuss der Passivposten zu den Aktivposten.

Darstellung des negativen Eigenkapitals zum 31.12.2017:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|-----------------------|-----------------------|
| | EUR | EUR |
| Allgemeine Rücklage (Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag) | 424.331.646,65 | 427.498.683,33 |
| Unmittelbare Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage | | |
| 2017 vergl. Abschnitt F Ziffer 8 (negatives Eigenkapital) | -3.816.578,84 | 2.553.334,00 |
| Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | -15.015.427,37 | -5.720.370,68 |
| Negatives Eigenkapital | 405.499.640,44 | 424.331.646,65 |

Die Darstellung der Entwicklung des Eigenkapitals wird im Lagebericht abgebildet. Insofern wird auf eine Abbildung im Anhang verzichtet.

PASSIVA

1. Eigenkapital

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---------------------|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Allgemeine Rücklage | 0,00 | 0,00 |
| Sonderrücklagen | 54.475.103,67 | 55.242.041,49 |
| | 54.475.103,67 | 55.242.041,49 |

1.1. Allgemeine Rücklage

Als Allgemeine Rücklage wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen der Stadt Duisburg und der Sonderrücklage, der Ausgleichsrücklage, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten sowie den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Haushaltsjahr 2010 aufgezehrt (siehe Ziffer 4 der Aktivseite: Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag).

1.2 Sonderrücklagen

Unter dem Bilanzposten Sonderrücklagen wird die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum mit 54.475.103,67 EUR ausgewiesen. Dieser Wert wird auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Ausführungen zur Wertveränderung befinden sich unter Ziffer 1.3 der Aktivseite.

1.3 Ausgleichsrücklage

Nach Artikel 8 des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes ist die in der Bilanz angesetzte Ausgleichsrücklage nach den gesetzlichen Haushaltsvorschriften in ihrem Bestand zu überführen. Nach den Berechnungen hätte der Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2008 maximal 82.339.796,96 EUR betragen dürfen. Da der Jahresfehlbetrag 2008 bereits die Ausgleichsrücklage aufgezehrt hat, ergeben sich für die fortfolgenden Jahre keine Ausgleichsberechnungen.

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Für erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind und für die Anschaffung von Vermögensgegenständen verwendet wurden, sind entsprechende Sonderposten anzusetzen. Die Auflösung der Sonderposten wird entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes vorgenommen.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|-------------------------|-------------------------|
| | EUR | EUR |
| Grünanlagen | 65.417.970,32 | 95.481.926,48 |
| Sonstiger unbebauter Grundbesitz | 26.653.143,97 | 26.717.940,19 |
| Sportanlagen | 17.659.135,42 | 17.890.231,13 |
| Gewässerschutz | 16.773.181,06 | 14.203.626,77 |
| Straßen und Brücken | 430.997.072,12 | 446.564.769,46 |
| Stadtbahn | 768.265.719,72 | 787.204.662,04 |
| Sonstige Bauten Infrastruktur | 17.025.979,73 | 17.489.873,82 |
| Schenkungen Kunstgegenstände, Kulturgüter | 9.369.695,31 | 9.369.395,31 |
| Technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 32.573.578,14 | 32.482.669,61 |
| | 1.384.735.475,79 | 1.447.405.094,81 |

Die Verringerung der Sonderposten für Zuwendungen um 62,7 Mio. EUR ist darin begründet, dass den Zugängen der Sonderposten in Höhe von 15,9 Mio. EUR ertragswirksame Auflösungen in Höhe von 76,3 Mio. EUR gegenüberstehen. Die Auflösungen umfassen mithin außerplanmäßige Abschreibungen im Bereich der Festwerte Grünanlagen in Höhe von 29,2 Mio. EUR sowie 3,0 Mio. EUR auf das Straßenvermögen. Hinsichtlich der außerplanmäßigen Abschreibungen vergleiche die Ausführungen zu Abschnitt F Ziffer 6. Überdies verringern Abgänge zuwendungsfinanzierter Vermögensgegenstände die Sonderposten um 2,3 Mio. EUR.

2.2 Sonderposten für Beiträge

Die Sonderposten für Beiträge beinhalten die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Erschließungsbeiträge sowie Straßenbaubeiträge resultierend aus dem Baugesetzbuch und dem Kommunalabgabengesetz.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---------------------------|----------------|----------------|
| | EUR | EUR |
| Sonderposten für Beiträge | 150.104.301,83 | 156.513.543,60 |

Der Rückgang der Sonderposten für Beiträge um 6,4 Mio. EUR resultiert aus den ertragswirksamen Auflösungen in Höhe von 7,9 Mio. EUR sowie Abgängen beitragsfinanzierter Vermögensgegenstände von 0,6 Mio. EUR, denen Zugänge der Sonderposten von 2,1 Mio. EUR gegenüberstehen. Die ertragswirksamen Auflösungen enthalten unter anderem außerplanmäßige Abschreibungen im Bereich des Straßenvermögens von 1,1 Mio. EUR (vergleiche Abschnitt F Ziffer 6).

2.3 Sonstige Sonderposten

Für rechtlich unselbstständige Stiftungen, bei denen durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Gemeinde übertragen wurden, sind in Höhe der Vermögenswerte Sonderposten in der Bilanz gebildet. Darüber hinaus beinhaltet dieser Bilanzposten Ausgleichszahlungen für Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung und dem Landschaftsgesetz, soweit sie noch nicht verwendet wurden, sowie Ausgleichsmaßnahmen des Ökokontos.

Ferner sind unter dem Bilanzposten „Sonstige Sonderposten“ alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind, angesetzt, soweit dabei die Voraussetzungen für die Bildung eines Sonderpostens vorliegen. Dazu sind z.B. Schenkungen und Spenden in Form von Geld- oder Sachleistungen zu zählen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird. Der Sonstige Sonderposten weist einen Zuwendungsanteil der Thyssen-Krupp Stahl AG in Höhe von 4,6 Mio. EUR im Rahmen der Aktivierung des Grunderwerbs Grüngürtel aus. Darüber hinaus werden Privatinvestitionen Dritter im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen ausgewiesen, wobei die Anlagen nach Fertigstellung der Stadt übergeben werden. Hier ist insbesondere ein Finanzierungsanteil in Höhe von 4,5 Mio. EUR von Logport bei der Erschließung der Osttangente sowie ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,2 Mio. EUR der LEG bei der Umgestaltung des Opernplatzes zu nennen.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Sonderposten für unselbstständige Stiftungen und Sonstige | 4.670.812,20 | 4.341.969,40 |
| Sonderposten für Pflanzverpflichtg. n.d. Baumschutzsatzung | 1.399.888,18 | 1.399.888,18 |
| Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach der Verordnung über die Führung eines Ökokontos | 1.171.097,24 | 1.171.097,24 |
| Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach dem Landschaftsschutzgesetz | 1.143.150,03 | 1.143.150,03 |
| Sonderposten für diverse Ablösekosten | 245.740,82 | 245.740,82 |
| Sonstige Sonderposten | 18.196.227,38 | 18.984.905,26 |
| | 26.826.915,85 | 27.286.750,93 |

Die Abnahme der Sonstigen Sonderposten um 0,5 Mio. EUR resultiert aus ertragswirksamen Auflösungen i.H. von 0,3 Mio. EUR sowie aus Zugängen und Abgängen i.H. von jeweils 0,8 Mio. EUR.

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|-------------------------------|-------------------------|-------------------------|
| | EUR | EUR |
| Pensionsrückstellungen | 1.088.399.150,86 | 1.064.146.886,00 |
| Instandhaltungsrückstellungen | 7.407.144,98 | 5.318.978,38 |
| Sonstige Rückstellungen | 194.877.804,82 | 167.590.756,46 |
| | 1.290.684.100,66 | 1.237.056.620,84 |

Für die Rückstellungen wurde ein Rückstellungsspiegel erstellt, der dem Anhang als Anlage beigelegt ist.

3.1 Pensionsrückstellungen

Für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird das Programm „HAESSLER Pensionsrückstellung - Kommunal“ in der jeweils aktuellen Version eingesetzt. Die Berechnung erfolgt nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines Rechnungszinses von 5% gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW.

Bei der Berechnung der Pensionen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Der Beginn der Dienstzeit für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes wird nach Vollendung des 19. Lebensjahres, für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes nach Vollendung des 25. Lebensjahres festgesetzt. Diese Berechnungsansätze entsprechen der Grundlage des RdErl. d. Innenministeriums vom 04.01.2006, verlängert mit Runderlass vom 16.07.2010 und 17.02.2016.

Weiterhin enthält die Berechnung folgende Annahmen:

- Besoldung: höchste Stufe der jeweiligen Gruppe
- Finanzierungsbeginn: bei Eintritt
- Teilzeitkürzungen: bisheriger durchschnittlicher Beschäftigungsgrad

Aus Vereinfachungsgründen wird die Rückstellung für Beihilfe als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Pensionen ermittelt. Zurzeit wird die Rückstellung mit einem Prozentsatz von 23% gebildet.

In der Pensionsrückstellung ist nicht die Verteilung der Versorgungslasten nach der gesetzlichen Rückwirkungsklausel enthalten. Eine allgemeine Zahlungsverpflichtung zu einem früheren Zeitpunkt (beispielsweise Dienstherrnwechsel vor Inkrafttreten des Gesetzes, Eintritt in den Ruhestand erfolgt nach Inkrafttreten) wäre praktisch nicht umzusetzen, da die sogenannten „Schwebefälle“ aufwändig ermittelt werden müssten. Jeder Dienstherrnwechsel müsste über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten nachvollzogen werden. In einer Vielzahl von Fällen ist dies aufgrund fehlender Akten äußerst aufwendig, wenn nicht unmöglich. Ferner bestehen Forderungen der Stadt Duisburg gegenüber Dienstherrn in unbekannter Höhe.

In den Pensions- und Beihilferückstellungen sind die Versorgungsverpflichtungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen IMD und DuisburgSport enthalten. Die Stadt Duisburg hat die Eigenbetriebe nach § 22 Absatz 3 EigVO NRW von künftigen Versorgungsleistungen gegen entsprechende Zahlungen freigestellt.

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

Aufgrund von festgestellten Mängeln an Bau- und Brückenbauwerken wurden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen gebildet. Die Rückstellungen umfassen die Spundwand am Nordufer im Marina Hafen in Höhe von 3,1 Mio. EUR, die im OB-Karl-Lehr-Brückenzug befindlichen Brückenbauwerke über die Ruhr und den Hafenkanal mit 1,3 Mio. EUR und die „Stahlrampe Marientor“ in Höhe von 3,0 Mio. EUR.

Die Entwicklungen der einzelnen Maßnahmen sind unabhängig vom Rückstellungsspiegel separat als Anlage dem Anhang beigelegt.

3.4 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Personalrückstellungen der Kernverwaltung für nicht genommenen Urlaub, Gleitzeitguthaben (einschließlich Lang- und Lebensarbeitszeitkonten), Altersteilzeit und Leistungs-entgelt in Höhe von 29,7 Mio. EUR (VJ 32,3 Mio.) EUR. Weitere wesentliche Rückstellungen im Personalbereich entfallen auf etwaige Nachforderungen sozialversicherungspflichtiger Honorarverträge der Deutschen Rentenversicherung i.H. von 3,0 Mio. EUR, mögliche Nachversicherungen von Beamten/innen von 1,1 Mio. EUR und eine Rückstellung i.H. von 3,8 Mio. EUR für den Fall, dass eine weitere Besoldungsanpassung aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes festgestellt wird, gegen das derzeit Musterklagen geführt werden. Weitere maßgebliche Personalrückstellungen betreffen die altersdiskriminierungsfreie Besoldung von Beamten in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie Versorgungsansprüche gegenüber Tarifbeschäftigten i.H. von 1,4 Mio. EUR.

Aufgrund der in § 101 Abs. 3 S. 2 LBeamtVG eingeräumten Möglichkeit, die Versorgungslastenteilung mittels Abfindungszahlung bereits vor Eintritt des Versorgungsfalles abzugelten, wurde eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen der Stadt Duisburg und den Wirtschaftsbetrieben Duisburg (AöR) getroffen. Aufgrund dessen reduzierte sich die Rückstellung von 4,5 Mio. EUR auf 2,1 Mio. EUR.

Die Änderungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sind in der Rückstellung für Versorgungslastenteilung (5,8 Mio. EUR) berücksichtigt.

Aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung der Stadt Duisburg zum Ausgleich von Verlusten an das Johanner-Krankenhaus Duisburg-Rheinhausen für die Jahre 2004, 2005 und 2007 wurde eine Rückstellung in Höhe von 1.876.431,16 EUR gebildet. Die Inanspruchnahme erfolgt in zehn gleichen Jahresraten. Zum Bilanzstichtag beträgt der Restbuchwert 375.286,00 EUR.

Die im Haushaltsjahr 2015 gebildete Rückstellung in Höhe von 27,4 Mio. EUR mit einem Restbuchwert zum 31.12.2016 von 25,7 Mio. EUR steht im Zusammenhang mit einer Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung der Stadt Duisburg im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der GMVA mit der finanzierenden Bank. Maßgebend war die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW, wonach die GMVA verpflichtet wurde, die überhöhten Verbrennungsentgelte der Vergangenheit an die Entsorger zu erstatten und die künftigen Verbrennungsentgelte zu senken. Dies hat zur Folge, dass die Ansprüche der finanzierenden Bank für den Zeitraum 2016-2020 nicht allein von der GMVA getragen werden können. Die Belastungen aus der Forfaitierung sind gemäß abgeschlossener Sanierungsvereinbarung von den Gesellschaftern mitzutragen. Eine dementsprechende Inanspruchnahme in Höhe von 3,7 Mio. EUR erfolgte im Haushaltsjahr 2017, so dass sich der Restbuchwert der Rückstellung auf 22,0 Mio. EUR zum 31.12.2017 vermindert hat.

Bei den Steuerrückstellungen handelt es sich grundlegend um zehn strittige Fälle der Gewerbesteuer mit einem Volumen von 84,8 Mio. EUR. Die entsprechenden Steuern sind festgesetzt und wurden durch die Steuerpflichtigen entrichtet bzw. in einem Fall eine Stundung bewilligt. Die Passivierung trägt dem Umstand Rechnung, dass in sechs Fällen die den Gewerbesteuerfestsetzungen zu Grunde liegenden Messbescheide des Finanzamtes angefochten wurden und in drei Fällen Änderungen aufgrund des bestehenden Vorbehalts der Nachprüfung bzw. in einem weiteren Fall ein Erlass zu erwarten sind. Für die gleichen Vorgänge wurden für die jeweiligen Erhebungszeiträume bereits Nachzahlungszinsen in Höhe von 10,2 Mio. EUR erhoben und ebenfalls zurückgestellt. Hinzu kommen des Weiteren fiktive Erstattungszinsen in Höhe von 5,9 Mio. EUR.

Die aus dem Haushaltsjahr 2016 verbliebene Rückstellung aus der Verpflichtung der Stadt, die Sanierung des Veranstaltungs- und Kongresszentrums City-Palais (Mercatorhalle) in Höhe von 7,4 Mio. EUR gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu übernehmen, wurde mit laufenden Forderungen verrechnet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtung zur Rückzahlung von Fördermitteln für das Kultur- und Stadtteilzentrum „Alte Feuerwache Hochfeld e.V.“ wurde mit 2,1 Mio. EUR, nebst anteiliger Zinserstattungen, von 36 Tsd. EUR verbraucht. Die Fördermittel und Zinsen wurden im Haushaltsjahr 2017 erstattet. Aufgrund des endgültigen Zinsbescheides konnte die gebildete Rückstellung für Zinserstattungen in Höhe von 0,6 Mio. EUR aufgelöst werden.

Eine im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 24,9 Mio. EUR gebildete Rückstellung aufgrund der Neuregelung der Wohngeldersparnisverteilung des Landes für die Jahre 2007 bis 2009 weist zum 31.12.2017 einen Betrag von 3,1 Mio. EUR aus. Maßgebend für die Bildung der Rückstellung ist das geänderte Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW), welches durch das zweite Gesetz zur Änderung des AG-SGB II NRW vom 21.12.2010 um den § 7a AG-SGB II NRW ergänzt wurde. In diesem Paragraphen wurde die Anlage A zu § 7 AG-SGB II NRW neu gefasst. Auf-

grund der Änderung der Anlage A erfolgte eine Neuberechnung der Zuweisungsbeträge des Landes NRW für die Jahre 2007 bis 2009. Danach ergab sich für die Stadt Duisburg eine zu hohe Erstattung von 24.982.127,43 EUR. Der Vorteilsausgleich wird ab dem Haushaltsjahr 2011 von den zukünftigen Zuweisungsbeträgen des Landes in acht gleich bleibenden Tranchen abgezogen. Die Auflösung der Rückstellung erfolgt in Analogie der gekürzten Zuweisungen des Landes bis 2018.

Im Rahmen der Übertragung der Buchwerte der IDE wurde eine Rückstellung für Drohverluste aus dem Geschäftsführer-Anstellungsvertrag für Gehaltsansprüche nach dem Abschlussstichtag bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags (Ende Juli 2017) in Höhe von 538.200,00 EUR übernommen. Maßgeblich für die gebildete Rückstellung ist, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt der ehemalige Geschäftsführer keine adäquate Tätigkeit ausübt, so dass eine gleichwertige Leistungsbeziehung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht besteht. Die Rückstellung wurde 2017 vollständig in Anspruch genommen. Der Schuldbeitritt der Stadt Duisburg in die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für den hauptamtlichen Geschäftsführer in Höhe von 397.025,00 EUR wurden den sonstigen Personalarückstellungen zugeführt.

Den Zahlungsverpflichtungen aus einem dem städtischen Tierheim zugutegekommenen Vermächtnis in Höhe von 0,2 Mio. EUR ist die Stadt Duisburg nachgekommen.

Die Stadt Duisburg hat das besondere Vorkaufsrecht an Grundstücken im Ortsteil Duisburg Homberg-Hochheide nach §§ 24 ff. Baugesetzbuch (BauGB) ausgeübt und als Kaufpreis das vom Gutachterausschuss für Grundstückswerte festgelegte Verkehrswertgutachten von 1,1 Mio. EUR zu Grunde gelegt. Der Verwaltungsakt wurde vom Landgericht Düsseldorf mit Urteil vom 12.04.2017 aufgehoben. Gegen dieses Urteil hat die Stadt Duisburg Berufung eingelegt. Das Berufungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Bilanzuell wurde dieser Vorgang bis zur Aufhebung des Verwaltungsaktes als Verbindlichkeit dargestellt.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|-------------------------|-------------------------|
| | EUR | EUR |
| Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 469.692.748,56 | 455.322.505,51 |
| Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 1.502.200.054,47 | 1.609.900.057,32 |
| Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 26.178.086,46 | 31.140.127,58 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 118.275.105,36 | 117.924.607,96 |
| Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 15.673.699,79 | 8.711.320,12 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 40.166.370,27 | 35.452.251,37 |
| Erhaltene Anzahlungen | 86.417.102,60 | 64.151.925,60 |
| | 2.258.603.167,51 | 2.322.602.795,46 |

Die Restlaufzeiten sind dem in der Anlage beigefügten Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen bestehen zum Stichtag ausschließlich gegenüber Kreditinstituten.

4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung bestehen in voller Höhe bei Kreditinstituten.

In den Verbindlichkeiten sind Kontokorrentkredite aus dem Bereich der Treuhandkonten der EG DU in Höhe von 54,47 EUR) enthalten.

4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, bestehen gegenüber Fremden i.H. von 24.200.509,98 EUR (VJ 29.106.923,99 EUR) und gegenüber verbundenen Unternehmen i.H. von 1.977.576,48 EUR (VJ 2.033.203,59 EUR).

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 118.275.105,36 EUR (VJ 117.924.607,96 EUR) belaufen sich gegenüber Fremden auf 824.291,31 EUR (VJ 738.188,92 EUR), gegenüber verbundenen Unternehmen auf 75.716.106,09 EUR (VJ 111.264.610,12 EUR), gegenüber Beteiligungen auf 4.775.559,55 EUR (VJ 4.844.610,15 EUR) sowie gegenüber Sondervermögen auf 36.959.148,41 EUR (VJ 1.077.198,77 EUR).

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist insgesamt ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen hauptsächlich aus der bedarfsorientierten Auszahlung der Kapitaleinlage zur Stärkung der Eigenkapitalquote der DVV. Von der ursprünglichen Zahlungsverpflichtung in Höhe von 176,2 Mio. EUR wurden im Vorjahr 80,2 Mio. EUR und im laufenden Haushaltsjahr 35,8 Mio. EUR von der DVV abgerufen. Zum Bilanzstichtag sind somit 60,2 Mio. EUR noch nicht verwendet worden. Weitere Verbindlichkeiten entfallen schwerpunktmäßig auf Forderungen der Stadtwerke Duisburg AG aus dem Straßenbeleuchtungsvertrag zwischen der Stadt Duisburg und der Gesellschaft in einer Größenordnung von 1,7 Mio. EUR. Diese betreffen die Jahre 2011-2016. Überdies bestehen Verbindlichkeiten gegenüber den Wirtschaftsbetrieben in Höhe von 5,9 Mio. EUR (VJ 3,7 Mio. EUR). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Neuregelung der Versorgungslastenverteilung sowie der Versorgungsrückstellungen zwischen der Stadt Duisburg und den Wirtschaftsbetrieben im laufenden Haushaltsjahr zurückzuführen (vergleiche hierzu auch die Ausführungen unter Passiva 3.4 Sonstige Rückstellungen). Die zum Bilanzstichtag gebuchte Abfindung in Höhe von 3,6 Mio. EUR wurde im Januar 2018 ausgezahlt.

Der starke Anstieg bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen in Höhe von 35,9 Mio. EUR resultiert im Großen und Ganzen aus der Anlage flüssiger Finanzmittel der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD bei der Stadt Duisburg. Zum Bilanzstichtag sind der Stadt Duisburg 34,6 Mio. EUR kurzfristig zur Verfügung gestellt worden.

4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen beinhalten Aufwendungen aus Sozialleistungen des Jahres 2017, die erst in 2018 in Höhe von 15.397.065,34 EUR (VJ 8.514.037,81 EUR) zahlungswirksam werden. Der erhöhte Ausweis betrifft im Wesentlichen Bearbeitungsrückstände der Jugendhilfeleistungen, die unter anderem aufgrund erhöhter Fallzahlen entstanden sind. Maßnahmen zum Abbau der Rückstände sind getroffen. Die restlichen Verbindlichkeiten bestehen gegenüber dem Land nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich unter anderem aus Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 2.649.281,90 Mio. EUR (VJ 2,7 Mio. EUR), Sicherheitseinbehalten i. H. von 552.696,14 EUR (VJ 0,9 Mio. EUR), einer Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord i.H. von 8.917.739,90 EUR (VJ 10,2 Mio. EUR) sowie periodischen Abgrenzungen von 15.096.441,89 EUR (VJ 8,5 Mio. EUR) zusammen. Die Periodenabgrenzung enthält Aufwand des Haushaltsjahres 2017, der nach dem Bilanzstichtag ausgezahlt wird. Enthalten ist unter anderem eine Verbindlichkeit in Höhe von 5,4 Mio. EUR gegenüber fremden Trägern von Kindertageseinrichtungen aus dem einmalig erhaltenen Landeszuschuss zum Erhalt der Trägervielfalt gemäß § 21f KiBiz (Bewilligungsbescheid LVR vom 01.12.2017; Zahlungseingang 07.12.2017).

4.7 Erhaltene Anzahlungen

Ein wesentlicher Teil der erhaltenen Anzahlungen sind Zuwendungen oder Beiträge, die an die Kommune ausgezahlt, aber noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden (sogenannte Transferverbindlichkeiten). Als nicht zweckentsprechend verwendete Mittel werden in dieser Bilanzposition auch die Zuwendungen ausgewiesen, denen bereits geleistete Anzahlungen im Bau gegenüberstehen. Bis zur endgültigen Fertigstellung der investiven Maßnahme besteht eine Verpflichtung der Kommune. Erst mit Inbetriebnahme des Vermögensgegenstandes darf eine Umbuchung in den Sonderposten erfolgen.

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Zuwendungen für AiB Stadtbahnbau | 5.284.770,29 | 3.190.868,40 |
| Zuwendungen für AiB Deichrückverlegung Mündelheim B288 | 2.316.306,56 | 359.338,52 |
| Zuwendungen für AiB Wanheimer Str. | 3.454.535,32 | 3.341.922,49 |
| Zuwendungen für AiB Fahrzeuge Berufsfeuerwehr | 4.058.095,92 | 4.235.876,95 |
| Zuwendungen für AiB Mercatorstr. | 1.563.211,70 | 844.974,40 |
| Zuwendungen für AiB Sonstiger Hochwasserschutz | 207.175,76 | 1.982.939,64 |
| Zuwendungen für AiB Modernisierung Sportanlagen | 2.694.373,77 | 4.182.775,21 |
| Zuwendungen für AiB Bahnhofsvorplatz | 5.679.935,00 | 2.635.891,62 |
| Zuwendungen für AiB Hochhäuser Hochheide | 3.219.634,46 | 0,00 |
| Zuwendungen für AiB OB-Karl-Lehr-Brückenzug BA 2 | 458.234,04 | 1.063,15 |
| Zuwendungen für AiB Fernbusbahnhof | 254.551,58 | 0,00 |
| Stadterneuerung STEPP Beeck | 58.038,93 | 58.038,93 |
| Stadterneuerung STEPP Hochfeld | 334.665,80 | 334.665,80 |
| Stadterneuerung STEPP Laar | 607.888,27 | 607.888,27 |
| Zuwendungen aus der Schulpauschale | 16.715.060,15 | 2.585.899,63 |
| Zuwendungen für sonstige Infrastrukturmaßnahmen | 4.789.291,31 | 4.701.790,68 |
| Zuwendungen für KIDU-Maßnahmen nach dem KInvFG | 4.966.473,20 | 1.842.613,20 |
| Beitragsvorauszahlungen BauGB Straßenbaumaßnahmen | 1.002.111,84 | 1.127.971,23 |
| | 57.664.353,90 | 32.034.518,12 |

Die Zunahme der Zuwendungen um 25,6 Mio. EUR korrespondiert mit den auf der Aktivseite unter Ziffer 1.2.8 aufgeführten Baumaßnahmen. Die Schulpauschale des laufenden Haushaltsjahres wird in einer Größenordnung von 14,1 Mio. EUR angespart, um Schulraumerweiterungen damit zu finanzieren. Die Mittel werden an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung IMD weitergeleitet, da die Schulen Eigentum des IMD sind.

Ferner enthält diese Bilanzposition nicht verwendete Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket i.H. von 10,4 Mio. EUR (VJ 11,4 Mio. EUR). Davon entfallen 6,3 Mio. EUR (VJ 6,5 Mio. EUR) auf das Sozialamt und 4,1 Mio. EUR (VJ 4,9 Mio. EUR) auf das Jugendamt. Darüber hinaus werden die Anzahlungen von Geschäftspartnern i.H. von 16,1 Mio. EUR (VJ 18,8 Mio. EUR) unter dieser Position abgebildet. Ein Teil hiervon sind freiwillige Zahlungen von Gewerbesteuerpflichtigen, um den Anspruch des Steuergläubigers auf Nachzahlungszinsen nach der Verzinsungsregelung der AO zu begrenzen. Außerdem werden hier die Mittel der noch nicht zweckentsprechend verwendeten Erbschaften in Höhe von 2,2 Mio. EUR ausgewiesen (vergleiche hierzu die Ausführungen zu der Bilanzposition „Liquide Mittel“ und „Sonstige Vermögensgegenstände“).

5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist Einnahmen vor dem Bilanzstichtag aus, die Erträge nach dem Stichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden (hinsichtlich der Sachverhalte vergleiche Ziffer 3 der Aktivseite: Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten). Abgegrenzt wurde im laufenden Haushaltsjahr unter anderem ein einmaliger Landeszuschuss nach § 21f Kibiz zum Erhalt der Trägervielfalt von 4,5 Mio. EUR. Die Landesmittel sind wirtschaftlich den Kindergartenjahren 2017/2018 und 2018/2019 zuzuordnen.

Im Rahmen der Bewertung von Forderungen erfolgte eine Abzinsung einer unverzinslichen Forderung nach dem strengen Niederstwertprinzip des Umlaufvermögens zum Bilanzstichtag. Für die Differenz zwischen Nominalwert und Barwert der Forderung wurde ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der in den Folgejahren wieder erfolgswirksam aufgelöst wird (vergl. hierzu unter anderem nähere Ausführungen zu Ziffer 2.2.2 der Aktivseite: Privatrechtliche Forderungen gegenüber Fremden).

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|---|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Friedhöfe | 54.469.421,01 | 55.293.175,23 |
| Investive Zuwendungen Obermaschinerie | 649.179,98 | 683.957,54 |
| Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD | 679.999,97 | 711.999,97 |
| Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil | | |
| Neubau des Mercatortunnels A 59 | 2.846.317,50 | 2.884.781,25 |
| Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil | | |
| Neubau von 2 Brücken | 2.731.508,28 | 2.774.660,87 |
| Zuwendungen nach dem Gesetz über Tages- einrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau | 13.594.828,04 | 14.270.292,96 |
| Zuwendungen des Landes zum Erhalt der Trägervielfalt | 4.524.675,23 | 0,00 |
| Abgrenzung Konzert- und Theaterabonnements | 270.583,00 | 253.009,08 |
| Erstattung Betriebskosten Kindertagesstätten Januar | 0,00 | 3.376.255,00 |
| Erstattung Unterhaltsvorschuss Januar 2018 | 695.815,91 | 264.713,76 |
| Abzinsung einer unverzinslichen Forderung | 1.078.625,60 | 1.634.360,20 |
| Sonstiges | 232.038,96 | 314.142,39 |
| | 81.772.993,48 | 82.461.348,25 |

D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

1. Darstellung und Analyse der ordentlichen Erträge

1.1. Erträge der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Erträgen, Finanzerträgen und außerordentlichen Erträgen unterschieden. Die ordentlichen Erträge ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Ertragsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio.-EUR-Beträgen dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

| Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung | | Ansatz 2017 | | Ergebnis | Abweichung |
|--|---|------------------|------------------|------------------|----------------|
| | | Original | fortgeschrieben | | |
| 01 | Steuern und ähnliche Abgaben | 626,309 | 626,309 | 628,881 | +2,572 |
| 02 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 718,182 | 718,182 | 731,286 | +13,104 |
| 03 | Sonstige Transfererträge | 17,043 | 17,043 | 19,531 | +2,488 |
| 04 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 72,184 | 72,184 | 78,573 | +6,390 |
| 05 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 21,579 | 21,579 | 21,882 | +0,303 |
| 06 | Kostenerstattungen und -umlagen | 237,592 | 237,592 | 211,385 | -26,207 |
| 07 | Sonstige ordentliche Erträge | 69,696 | 69,696 | 98,955 | +29,259 |
| 08 | Aktiviert Eigenleistungen | 0,000 | 0,000 | 0,000 | +0,000 |
| 09 | Bestandsveränderungen | 0,000 | 0,000 | 0,000 | +0,000 |
| 10 | Ordentliche Erträge | 1.762,585 | 1.762,585 | 1.790,493 | +27,909 |

1.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Ertragszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Mehrerträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben in Höhe von insgesamt 2,572 Mio. EUR ergeben sich hauptsächlich durch eine Verbesserung von 8,319 Mio. EUR im Produkt 050203 „**Leistungen für Arbeitssuchende**“, die aus der Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben gem. Festsetzungsbescheid 2017 resultiert. Daneben ist aufgrund der landesweit guten Steuerentwicklung eine Verbesserung bei dem **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** und der **Umsatzsteuer** zu verzeichnen (3,582 Mio. EUR). Dem gegenüber stehen Mindererträge von 9,670 Mio. EUR bei der **Gewerbesteuer**, die sich aus Rückstellungsnotwendigkeiten in Folge risikobehafteter Steuersachverhalte ergeben.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Insgesamt belaufen sich die Ertragsverbesserungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen auf 13,104 Mio. EUR.

Im Bereich des **Amtes für Umwelt und Grün** wurden Mehrerträge aus der Auflösung von Sonderposten (saldiert 26,348 Mio.EUR) verbucht, die mit einem Anteil von 29,216 Mio. EUR auf einer Neubewertung der Festwerte für Park- und Grünanlagen beruhen. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei den Festwertaufwendungen (siehe auch Kapitel D 2.2. „Bilanzielle Abschreibungen“).

Beim Jugendamt sind Mehrerträge bei den **Landeszuweisungen** in Höhe von 11,618 Mio. EUR zu verzeichnen, die in der Hauptsache im Produkt 060106 „**Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen**“ aufgrund einer zusätzlichen Förderung des Landes im Rahmen des Gesetzes zur Rettung der Trägervielfalt entstanden sind. Ebenfalls in diesem Produkt sind Mehrerträge im

Zusammenhang mit der Kinderbetreuung in besonderen Fällen sowie dem Ausbauprogramm von Kindertageseinrichtungen zu verzeichnen. **Zuweisungen des Bundes** (u.a. für den Ausbau von Kindertageseinrichtungen) führen beim Jugendamt zu Mehrerträgen von 1,837 Mio. EUR.

Bei den **Landeszuweisungen aus KIDU** ergeben sich Mindererträge (15,082 Mio. EUR), da diverse KIDU-Maßnahmen nicht wie geplant in 2017 abgewickelt werden konnten. Infolge einer Umstellung der ursprünglich im konsumtiven Haushalt geplanten **Schulpauschale** in den investiven Haushalt kommt es beim Amt für schulische Bildung zu Mindererträgen von 12,944 Mio. EUR.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfermehrerträge betragen insgesamt 2,488 Mio. EUR. In der Hauptsache sind diese Mehrerträge im **Jugendamt** (1,628 Mio. EUR), u.a. bei der „Hilfe zur Erziehung in Einrichtungen für Minderjährige“ (Produkt 060306) durch Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz von anderen Trägern bzw. beitragspflichtigen Eltern entstanden. Hinzu kommen weitere geringfügigere Verbesserungen in verschiedenen Bereichen.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Verbesserungen in diesem Bereich betragen insgesamt 6,390 Mio. EUR. In der Hauptsache sind die Mehrerträge durch eine Anpassung bei den **Rettungsdienstgebühren** i.V.m. einem Anstieg der Rettungseinsätze entstanden (2,200 Mio. EUR). Weitere Verbesserungen (1,997 Mio. EUR) ergeben sich im Rahmen der **Unterbringung von Asylbewerbern** aufgrund von Erstattungsansprüchen beim Übergang in andere Rechtskreise (z.B. Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II). Daneben ist eine Ertragssteigerung von 1,309 Mio. EUR im **Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement** aufgrund der Auflösung von Sonderposten wegen einer Sonderabschreibung im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen zu verzeichnen. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei den Abschreibungen auf Straßen, Wege und Plätze (siehe auch Kapitel D 2.2. „Bilanzielle Abschreibungen“). Weitere Mehrerträge resultieren aus höheren **Verwaltungsgebühren** im Bereich des **Einwohnermeldewesens** (0,862 Mio. EUR).

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

In der Gruppe der Kostenerstattungen und –umlagen sind Mindererträge in Höhe von insgesamt 26,207 Mio. EUR zu verzeichnen.

Mit einem Anteil von 22,053 Mio. EUR ist diese Verschlechterung auf die geänderten Abrechnungsmodalitäten im Rahmen **Erstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG)** sowie rückläufige Zuweisungen erstattungsfähiger Personen zurückzuführen. Ein weiterer Ertragsrückgang beim Amt für Soziales und Wohnen in Höhe von 3,573 Mio. EUR ist bei der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** zu verzeichnen. Diesem Minderertrag stehen entsprechende Minderaufwendungen gegenüber. Ebenfalls in Zusammenhang mit korrespondierenden Minderaufwendungen stehen die rückläufigen Erträge (7,159 Mio. EUR) im Rahmen der **Erstattungen des Landes für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)**. Dem gegenüber sind Mehrerträge von 6,886 Mio. EUR zu verzeichnen, die auf der **Zinserstattung des IMD** beruhen.

Sonstige ordentliche Erträge

Insgesamt konnte bei den sonstigen Erträgen eine Haushaltsverbesserung von 29,259 Mio. EUR erzielt werden.

Eine **Sonderauskehrung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)** zur Entlastung der Mitgliedskörperschaften in Zusammenhang mit der Klärung der Zuständigkeiten für Integrationshilfen an Schulen und in Kindertagesstätten führt zu Mehrerträgen von 15,841 Mio. EUR. Eine weitere Verbesserung (4,001 Mio. EUR) ist auf Auflösungen/Herabsetzungen von **Wertberichtigungen auf Forderungen** im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft (PO2190) zurückzuführen. In verschiedenen Bereichen wirken Erträge aus der **Auflösung von Rückstellungen** (u.a. in Zusammenhang mit dem Straßenbeleuchtungsvertrag sowie der Zinsrückstellung für die „Alte Feuerwache“) in Höhe von insgesamt 2,897 Mio. EUR ergebnisverbessernd. In Höhe von 2,879 Mio. EUR wirken sich Mehrerträge aus der Vereinnahmung der **Investitionsförderung für Festwerte** (insbesondere bei der Feuerwehr, dem Amt für schulische Bildung und der Stadtbibliothek) ergebnisverbessernd aus. Beim Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement führt der **Verkauf von Grundstücken** über dem Bilanzwert zu Mehrerträgen von 1,103 Mio. EUR. Bei den **ordnungsrechtlichen Erträgen** ist eine Verbesserung von 1,003 Mio. EUR zu verzeichnen (u.a. im Bereich der Ver-

kehrsüberwachung). **Periodenfremde Erträge** aufgrund von verschiedenen Sachverhalten in unterschiedlichen Bereichen führen letztlich zu Mehrerträgen von 1,160 Mio. EUR.

2. Darstellung und Analyse der ordentlichen Aufwendungen

2.1. Aufwendungen der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Aufwendungen der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Aufwendungen, Zinsen, sonstigen Finanzaufwendungen und außerordentlichen Aufwendungen unterschieden. Die ordentlichen Aufwendungen ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Aufwandsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio.-EUR-Beträgen dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

| | Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung | Ansatz 2017 Original fortgeschrieben | | Ergebnis | Abweichung |
|----|--|---|------------------|------------------|---------------|
| 11 | Personalaufwendungen | 360,607 | 360,607 | 356,040 | -4,567 |
| 12 | Versorgungsaufwendungen | 44,619 | 44,619 | 48,520 | +3,901 |
| 13 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 310,611 | 310,611 | 300,046 | -10,564 |
| 14 | Bilanzielle Abschreibungen | 72,518 | 72,518 | 115,470 | +42,952 |
| 15 | Transferaufwendungen | 679,039 | 679,039 | 679,265 | +0,226 |
| 16 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | 268,557 | 268,557 | 268,848 | +0,291 |
| 17 | Ordentliche Aufwendungen | 1.735,951 | 1.735,951 | 1.768,189 | 32,238 |

2.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Aufwandszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind bei den **Personalaufwendungen** Minderaufwendungen in Höhe von 4,481 Mio. EUR in zentraler und 0,086 Mio. EUR in dezentraler Bewirtschaftung entstanden, sodass das Jahresergebnis insgesamt mit 4,567 Mio. EUR unter dem Planwert liegt. Die Unterschreitung der Personalaufwendungen in zentraler Bewirtschaftung steht in Zusammenhang mit der Überschreitung bei den Versorgungsaufwendungen. Diese Verschiebung basiert u. a. auf neuen Gesetzgebungen (z. B. Abwicklungen im Rahmen von Dienstherrnwechsel).

Bei den **Versorgungsaufwendungen** sind Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 3,901 Mio. EUR entstanden. Aufgrund der o. a. neuen Gesetzgebung sind hier Ansatzverschiebungen erforderlich, die im Haushalt 2018 ff. vollzogen wurden. Insgesamt liegt das Ergebnis im Personaletat (Zeilen 11 und 12) um 0,666 Mio. EUR unter dem Planansatz.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die dargestellte Verbesserung gegenüber dem Ansatz in Höhe von 10,564 Mio. EUR begründet sich im Wesentlichen mit den nachstehenden Sachverhalten.

Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit: Für die Erhaltung der Entsorgungs-Infrastruktur wurden in Sachen WBD-AöR/Gemeinschaftsmüllverbrennungsanlage (GMVA) im

Haushalt 4,856 Mio. EUR etatisiert, die in 2017 aufgrund der wirtschaftlichen Situation der WBD-AöR nicht in Anspruch genommen werden mussten.

Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen: Beim Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement ist es durch Verschiebungen der Maßnahme „Modernisierung Straßenbeleuchtung“ in das Jahr 2018 zu Minderaufwendungen in Höhe von 2,792 Mio. EUR gekommen.

Die **Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen** liegen um 3,879 Mio. EUR unter den etatisierten Plan-
daten. Nachfolgend werden die größten Veränderungen dargestellt: Hier sind Aufwendungen für das Projekt
„Grüngürtel Duisburg-Nord“ wegen Zweckbindungsveränderungen nach 2018 ff. umgestellt worden, sodass
sich Minderaufwendungen in Höhe von 1,285 Mio. EUR ergeben haben. Beim Amt für Soziales und Wohnen
kam es bei gegenläufigen Effekten zu Minderaufwendungen in Höhe von 0,941 Mio. EUR (u.a. im Bereich
der Unterbringung von Asylbewerbern zu Minderaufwendungen, während im Bereich der Leistungen für Ar-
beitssuchende Mehraufwendungen entstanden sind). Das Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement
verzeichnet im Bereich der externen Vergaben Minderaufwendungen in Höhe von 0,889 Mio. EUR.

Bilanzielle Abschreibungen

Bei den bilanziellen Abschreibungen sind Mehraufwendungen in Höhe von 42,952 Mio. EUR entstanden.

Im Bereich des Amtes für Umwelt und Grün hat die **Neubewertung der Festwerte für Park- und
Grünanlagen** zu einem Mehraufwand von 40,903 Mio. EUR geführt. Dem gegenüber stehen Mehrerträge
aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 29,216 Mio. EUR, so dass sich die Netto-Belastung aus
diesem Sachverhalt auf 11,687 Mio. EUR beläuft (siehe auch Kapitel D 1.2. „Zuwendungen und allgemeine
Umlagen“).

Ferner hat eine im Rahmen der Inventurvorschriften notwendig gewordene Straßenzustandsprüfung beim
Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement zu Sonderabschreibungen mit einem Mehraufwand in
Höhe von 4,859 Mio. EUR geführt. Hier stehen Mehrerträge in Höhe von 1,309 Mio. EUR gegenüber (siehe
auch Kapitel D 1.2 „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“).

Darüber hinaus kam es in einigen Bereichen aus unterschiedlichen Gründen zu Verringerungen bei den
bilanziellen Abschreibungen.

3. Darstellung und Analyse des Finanzergebnisses

3.1 Finanzerträge und -aufwendungen

In der folgenden Übersicht ist das Finanzergebnis dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung er-
geben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio. EUR Beträgen*):

| | Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung | Ansatz 2017 | | Ergebnis | Abweichung |
|----|--|-------------|-----------------|----------|------------|
| | | Original | fortgeschrieben | | |
| 19 | Finanzerträge | 15,197 | 15,197 | 10,786 | -4,410 |
| 20 | Finanzaufwendungen | 40,623 | 40,623 | 18,074 | -22,548 |
| | Finanzergebnis | -25,426 | -25,426 | -7,288 | +18,138 |

3.2 Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Zeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut we-
sentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Diffe-
renzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Finanzerträge

In diesem Bereich sind im Saldo Mindererträge in Höhe von insgesamt 4,410 Mio. EUR zu verzeichnen.

Mindererträge sind hauptsächlich dadurch entstanden, dass Erträge aus **Gewinnanteilen aus verbundenen
Unternehmen und Beteiligungen** in Höhe von saldiert 3,990 Mio. EUR nicht realisiert werden konnten. Da-

runter fallen u.a. auch die HSP-Maßnahmen „Konzernweiter Einkauf“ und „Gutachten wirtschaftliche Tätigkeit“, die noch nicht vollständig umgesetzt werden konnten. Die Dividendenausschüttungen von der Duisburg Hafen AG sowie der Sparkasse sind niedriger ausgefallen, als planmäßig vorgesehen. Die Dividendenzahlung der Duisburg Kontor GmbH ist komplett entfallen. Die Ausschüttung der Gewinnanteile durch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD AöR) konnte die vorgenannten Ertragsrückgänge teilweise kompensieren.

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Im Saldo liegt das Ergebnis für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen mit 22,548 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz.

Bei den **Zinsaufwendungen für Investitionsdarlehen** konnten aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der zurückhaltenden Inanspruchnahme des Kreditrahmens 2017 Einsparungen in Höhe von 8,818 Mio. EUR erreicht werden. In Folge der weiter andauernden expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und den daraus resultierenden günstigen Kreditkonditionen auf dem Geldmarkt konnten bei den Kreditgebern weitere Zinsersparnisse generiert werden, sodass das Ergebnis bei den **Zinsaufwendungen für Kassenkredite** um 13,383 Mio. EUR unter dem Planansatz geblieben ist.

E. Erläuterungen zur Finanzrechnung

1. Konsumtive Finanzrechnung

1.1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

| Gesamtfinanzrechnung | Ansatz 2017 | | Ergebnis | Abweichung |
|--|----------------------|-----------------------------|------------------|----------------|
| | Original Mio. EUR | fortgeschrieben Mio. EUR | | |
| 01 Steuern und ähnliche Abgaben | 629,432 | 629,432 | 662,064 | +32,633 |
| 02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 672,565 | 672,565 | 654,195 | -18,370 |
| 03 Sonstige Transfereinzahlungen | 17,043 | 17,043 | 18,215 | +1,171 |
| 04 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte | 65,529 | 65,529 | 65,756 | +0,226 |
| 05 Privatrechtliche Leistungsentgelte | 21,579 | 21,579 | 25,732 | +4,153 |
| 06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 237,585 | 237,585 | 192,001 | -45,585 |
| 07 Sonstige Einzahlungen | 55,406 | 55,406 | 60,858 | +5,452 |
| 08 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | 15,197 | 15,197 | 8,733 | -6,464 |
| 09 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 1.714.336 | 1.714.336 | 1.687,553 | -26,783 |

Im Folgenden werden die Einzahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

Steuern und ähnliche Abgaben

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben ergeben sich Mehreinzahlungen in Höhe von 32,633 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 629,432 Mio. EUR. Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf höhere Einzahlungen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen weisen Mindereinzahlungen in Höhe von 18,370 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 672,565 Mio. EUR aus. Diese Mindereinzahlungen sind im Wesentlichen auf die investive Vereinnahmung von Landeszuweisungen im Schulbereich zurückzuführen.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 45,585 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 237,585 Mio. EUR. Die Mindereinzahlungen sind größtenteils auf geringere Kostenerstattungen für die Unterbringung von Asylbewerbern beim Amt für Soziales und Wohnen zurückzuführen.

Sonstige Einzahlungen

Im Bereich der sonstigen Einzahlungen ergeben sich Mehreinzahlungen in Höhe von 5,452 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 55,406 Mio. EUR. Diese sind hauptsächlich auf eine Sonderauskehrung des Landschaftsverbandes zurückzuführen.

Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen weisen Mindereinzahlungen in Höhe von 6,464 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 15,197 Mio. EUR aus. Diese Mindereinzahlungen sind im Wesentlichen auf geringere Gewinnausschüttungen bei den übrigen Beteiligungen zurückzuführen.

1.2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

| Gesamtfinanzrechnung | Ansatz 2017 | | Ergebnis | Abweichung |
|--|----------------------|-----------------------------|------------------|----------------|
| | Original Mio. EUR | fortgeschrieben Mio. EUR | | |
| 10 Personalauszahlungen | 324,686 | 324,686 | 313,676 | -11,009 |
| 11 Versorgungsauszahlungen | 60,636 | 60,636 | 65,009 | +4,372 |
| 12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | 300,674 | 304,113 | 290,068 | -14,045 |
| 13 Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen | 40,623 | 41,282 | 18,363 | -22,919 |
| 14 Transferauszahlungen | 679,039 | 687,943 | 659,223 | -28,720 |
| 15 Sonstige Auszahlungen | 260,242 | 260,429 | 258,889 | -1,541 |
| 16 Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 1.665,899 | 1.679,090 | 1.605.228 | -73,862 |

Im Folgenden werden die Auszahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

Personalauszahlungen

Im Bereich der Personalauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 324,686 Mio. EUR mit 313,676 Mio. EUR Minderauszahlungen in Höhe von 11,009 Mio. EUR zu verzeichnen. Neben der Verschiebung zwischen den Zeilen 10 und 11 (s. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung) ist die Abweichung im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Zahlungen für 2017 teilweise erst in 2018 abgeflossen sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen liegen mit 290,068 Mio. EUR um 14,045 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Planwert in Höhe von 304,113 Mio. EUR. Die Abweichungen sind hauptsächlich auf den Bereich der Beteiligungen und den Bereich des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement zurückzuführen.

Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen sind gegenüber der fortgeschriebenen Planung in Höhe von 41,282 Mio. EUR mit 18,363 Mio. EUR um 22,919 Mio. EUR niedriger ausgefallen. Größtenteils ist diese Abweichung durch verminderte Zinsauszahlungen entstanden.

Transferauszahlungen

Im Bereich der Transferauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 687,943 Mio. EUR mit 659,223 Mio. EUR Minderauszahlungen in Höhe von 28,720 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese resultieren hauptsächlich aus der Abwicklung der Investitionsoffensive.

1.3. Ermächtigungsübertragungen

Es sind folgende **Ermächtigungsübertragungen** gebildet worden (siehe auch Anlage F „Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen“ zum Anhang):

- Bei den **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen und im Bereich des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement in Höhe von 2,935 Mio. EUR,
- bei den **Transferauszahlungen** im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen, im Bereich des Jugendamtes, im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums und im Bereich der Stadtkämmerei in Höhe von 10,285 Mio. EUR sowie
- bei den **sonstigen Auszahlungen** im Bereich des Jugendamtes und im Bereich des Referates für Politik, Verwaltung und Repräsentation in Höhe von 0,051 Mio. EUR.

Da die Ermächtigungsübertragungen die bereits vom Rat der Stadt beschlossenen ursprünglichen Ansätze des laufenden Jahres erhöhen, wird der Rat mit der Jahresabschlussvorlage nach § 22 Abs. 4 GemHVO NRW über die Einzelmaßnahmen unterrichtet.

1.4. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

| Gesamtfinanzrechnung | Ansatz 2017 | | Ergebnis | Abweichung |
|--|----------------------|-----------------------------|---------------|----------------|
| | Original Mio. EUR | fortgeschrieben Mio. EUR | Mio. EUR | Mio. EUR |
| 17 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit | 48,437 | 35,245 | 82,325 | +47,080 |

Das Ergebnis beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit liegt mit 82,325 Mio. EUR um +47,080 Mio. EUR über dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 35,245 Mio. EUR. Diese Verbesserung des geplanten positiven Saldos um 47,080 Mio. EUR beruht auf Mindereinzahlungen und Minderauszahlungen. Hier bestehen wertmäßige Abweichungen gegenüber der Gesamtergebnisrechnung, die aus der Buchungssystematik im NKF resultieren.

2. Investive Finanzrechnung

2.1 Investitionstätigkeit

Wie sich im Bereich der städtischen Investitionen die Einzahlungen und Auszahlungen im Ergebnis gegenüber der Planung entwickelt haben, zeigt die nachstehende Gesamtübersicht:

| Gesamtübersicht Investitionstätigkeit | Ansatz | | Ergebnis | Abweichung |
|--|----------------|-----------------|---------------|-----------------|
| | original | fortgeschrieben | | |
| | - Mio. € - | | | |
| Einzahlungen | | | | |
| Zuwendungen für Investitionen | 78,655 | 78,655 | 49,023 | -29,632 |
| Veräußerung von Sachanlagen | 4,500 | 4,500 | 9,688 | 5,188 |
| Veräußerung von Finanzanlagen | 2,150 | 2,150 | 2,274 | 0,124 |
| Beiträge und Entgelte | 4,721 | 4,721 | 1,199 | -3,522 |
| Sonstige Investitionseinzahlungen | 0,000 | 0,000 | -0,005 | -0,000 |
| Summe Einzahlungen | 90,026 | 90,026 | 62,184 | -27,842 |
| Auszahlungen | | | | |
| Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | 9,979 | 10,146 | 0,394 | -9,752 |
| Baumaßnahmen | 74,449 | 109,221 | 35,466 | -73,755 |
| Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | 16,381 | 25,588 | 11,122 | -14,466 |
| Erwerb von Finanzanlagen | 127,274 | 127,274 | 35,826 | -91,448 |
| Aktivierbare Zuwendungen | 2,960 | 2,967 | 0,115 | -2,852 |
| Sonstige Investitionsauszahlungen | 0,046 | 0,046 | 0,181 | 0,135 |
| Summe Auszahlungen | 231,089 | 275,242 | 83,104 | -192,138 |

Bei einer Vielzahl von Ein- und Auszahlungen sind erhebliche Unterschreitungen der fortgeschriebenen Ansätze zu verzeichnen. Ursache hierfür sind planungsbedingte, vertragliche, zuwendungsrechtliche und/oder technische Probleme zu Verzögerungen bei der Umsetzung geplanter Investitionsmaßnahmen. In diesen Fällen wurden vielfach Ermächtigungen gemäß § 22 GemHVO in das kommende Haushaltsjahr übertragen. Wie auch unter Ziffer 2.1.3 erläutert, werden Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 98,891 Mio. EUR nach 2018 übertragen. Damit relativiert sich die Abweichung des Ist-Ergebnisses vom fortgeschriebenen Ansatz.

Auf die Ursachen gravierender Abweichungen bei den verschiedenen Ein- und Auszahlungsarten wird nachfolgend besonders eingegangen.

2.1.1 Einzahlungen

Als **Zuwendungen für Investitionen** werden die Mittel vereinnahmt, die von dritter Seite zur Mitfinanzierung der städtischen Investitionen gewährt werden. Hierzu gehören:

- die pauschalen Zuweisungen des Landes (allgemeine Investitionspauschale, Schul-/ Bildungspauschale, Feuerschutzpauschale)
- die objektbezogenen Zuweisungen des Landes
- sonstige Zuweisungen Dritter

Die Abweichungen der Ergebnisse vom fortgeschriebenen Ansatz resultieren aus der Abhängigkeit der gewährten Zuweisungen vom Bauablauf und den hieraus resultierenden kassenwirksamen Auszahlungen. Die folgende Übersicht zeigt, bei welchen Investitionsmaßnahmen es zu erheblichen Unterschieden zwischen der geplanten Einzahlungserwartung und der tatsächlichen kassenwirksamen Realisierung gekommen ist:

| | Ansatz | Ergebnis | Abweichung |
|--|--------|----------|------------|
| | | -Mio. €- | |
| Zuwendungen für Investitionen | 78,655 | 49,023 | -29,632 |
| davon <u>wesentliche</u> Abweichungen bei: | | | |
| Schulpauschale | 2,847 | 16,782 | 13,935 |
| Deichrückverlegung Mündelheim | 14,25 | 2,096 | -12,154 |
| Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik | 5,872 | 0,000 | -5,872 |
| Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh. | 5,339 | 2,589 | -2,750 |
| Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79 | 2,480 | 0,067 | -2,413 |
| Stadterneuerung Laar | 2,334 | 0,000 | -2,334 |
| Ausbau Rheinpark 2.BA | 2,000 | 0,000 | -2,000 |
| Anschlussstelle DU-Zentr.A59/Südtangente | 1,907 | 0,000 | -1,907 |
| ISEK Hochfeld | 1,040 | 0,000 | -1,040 |

Entgegen der ursprünglichen Planung wurde die Schulpauschale 2017 in voller Höhe im Investitionshaushalt eingenommen und nicht zwischen Ergebnis- und Investitionshaushalt aufgeteilt.

Für die Deichrückverlegung Mündelheim, die Bestandteil des Deichfahrplans 2025 ist, musste erneut der Durchführungszeitraum verschoben werden. Eine Auftragsvergabe mit einem Volumen von rd. 6 Mio. EUR musste wegen eines Problems im Ausschreibungsverfahren auf das Jahr 2018 verschoben werden. Daher konnten auch die Fördermittel nicht abgerufen werden.

Da der Zuwendungsbescheid für die Erneuerung der Stadtbahn Zugsicherungstechnik für das Jahr 2017 noch nicht auszahlungswirksam war, konnten die Zuwendungen nicht wie geplant abgerufen werden.

Durch Bauzeitverzögerungen beim Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide sowie einem erhöhten Zeitbedarf für die Vergabe von Abbrucharbeiten kam es bei dieser Maßnahme zu Minderauszahlungen. Die Mindereinzahlungen entsprechen anteilig den Minderauszahlungen.

Da die Zuwendungsbescheide für die Maßnahmen Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79, Ausbau Rheinpark 2.BA und ISEK Hochfeld erst Ende 2017 erteilt wurden und daher mit der Umsetzung noch nicht begonnen wurde, konnten dementsprechend die Zuwendungen nicht abgerufen werden.

Für verschiedene Teilmaßnahmen der Stadterneuerung Laar wurden die für 2017 geplanten Zuwendungen nicht bewilligt, sodass mit der Umsetzung nicht begonnen und dementsprechend die darauf entfallenden Zuwendungen nicht abgerufen werden konnten.

Der Einzahlungsansatz bei der Maßnahme Anschlussstelle DU-Zentr.A59/Südtangente beinhaltet die Rest-Zuwendung nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises. Der Schlussverwendungsnachweis konnte aber noch nicht erstellt werden, da die Abrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW nicht vorlagen.

Bei den **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen** handelt es sich überwiegend um Erlöse aus Grundstücksverkäufen.

Der geplante Ansatz beim allgemeinen Grundstücksverkehr wurde um 4,714 Mio. EUR überschritten, da Anzahl und Volumen der Grundstücksverkäufe im Haushaltsjahr 2017 die in dem Rahmenansatz vorsichtig geplanten Erwartungen erheblich übertrafen.

Auch im Bereich Wald und Landschaft überstieg das Ergebnis aufgrund höherer Nachfrage den Ansatz um 0,231 Mio. EUR, da die Nachfrage und das konkrete Kaufinteresse nicht exakt vorhersehbar waren.

Als **Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen** war im Haushaltsjahr 2017 die Einzahlung aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen an der Klinikum Duisburg GmbH an die Sana Kliniken AG (gemäß Ratsentscheidung vom 02.03.2015 DS 15-0212) in Höhe von 2,150 Mio. EUR veranschlagt. Die tatsächliche Zahlung ist geringfügig höher ausgefallen. Darüber hinaus wurden nicht veranschlagte Einzahlungen aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen der Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EGDU) an die GEBAG Duisburger Baugesellschaft (gemäß Ratsbeschluss vom 24.11.2016 zur DS 16-0614/3) in Höhe von 0,079 Mio. EUR erzielt.

Im Bereich der **Beiträge und Entgelte** ergeben sich gegenüber den Ansätzen Mindereinzahlungen von 3,522 Mio. EUR. Die Abweichung zwischen Plan und Istdaten liegt insbesondere an den nicht beeinflussbaren zeitlichen Verzögerungen bei der Abwicklung und Abrechnung der KIDU-Maßnahmen.

2.1.2 Auszahlungen

Bei den Auszahlungen für den **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** ergeben sich im Gesamtergebnis Minderauszahlungen in Höhe von 9,752 Mio. EUR. Diese Abweichung beruht im Wesentlichen auf Minderauszahlungen bei folgenden Einzelmaßnahmen:

Bei der Investitionsmaßnahme Veräußerung und Erwerb von Grundstücken des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement handelt es sich um einen Rahmenansatz für den Erwerb von Immobilien im Rahmen der allgemeinen Grundstücksbevorratung. Da 2017 nur wenige zwingende Ankaufsnotwendigkeiten vorlagen, wurden von dem fortgeschriebenen Ansatz 2,801 Mio. EUR nicht in Anspruch genommen.

Der mit 1,805 Mio. EUR geplante Flächenankauf im Rahmen der Maßnahme Flächenentwicklung Wedau konnte nicht realisiert werden, da die rechtliche Umsetzung der Rahmenplanung noch nicht ausreichend fortgeschritten war.

Die für die Maßnahme Ausbau Rheinpark 2.BA geplanten Auszahlungen von 1,490 Mio. EUR wurden nicht verwendet, da die zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen in 2017 nicht rechtzeitig geklärt werden konnten.

Eine Minderauszahlung von 1,278 Mio. EUR resultiert aus der Verzögerung bei Verhandlungen über Grundstücksankäufe im Rahmen der Stadterneuerung Laar.

Darüber hinaus konnte ein mit 1,200 Mio. EUR geplanter Grunderwerb für den Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide in 2017 nicht getätigt werden.

Schwerpunkt der Investitionen sind die **Baumaßnahmen**. Wie aus nachfolgender Übersicht zu ersehen ist, ergibt sich bei einem fortgeschriebenen Ansatz von 109,221 Mio. EUR und einem Ergebnis von 35,466 Mio. EUR eine Ausschöpfung von 32,5%. Sie liegt damit oberhalb des Niveaus des Vorjahres (26,4%). Unter Einbeziehung gebildeter Ermächtigungsübertragungen von 53,093 Mio. EUR für diesen Bereich liegt die Ausschöpfungsquote bei 81,1 %.

Allgemeine Gründe für die geringe Ansatzausschöpfung werden bereits oben unter Ziffer 2.1. erwähnt. Daneben gibt es bei der Vielzahl von Baumaßnahmen vielschichtige Gründe. Wesentliche Abweichungen von der Planung, deren Ursachen nachstehend entsprechend erläutert werden, sind bei folgenden Maßnahmen eingetreten:

| | Ansatz original | Ansatz fortgeschrieben | Ergebnis | Abweichung |
|---|--------------------|---------------------------|---------------|----------------|
| - Mio. € - | | | | |
| Baumaßnahmen | 74,449 | 109,221 | 35,466 | -73,755 |
| davon <u>wesentliche</u> Abweichungen bei: | | | | |
| Deichrückverlegung Mündelheim | 15,000 | 17,669 | 2,457 | -15,212 |
| Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke | 2,850 | 5,556 | 1,146 | -4,410 |
| Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh. | 5,474 | 6,488 | 3,160 | -3,329 |
| Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79 | 3,100 | 3,324 | 0,000 | -3,324 |
| Neugestaltung Bahnhofsvorplatz | 3,160 | 5,109 | 2,824 | -2,286 |
| Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik | 7,715 | 9,393 | 7,459 | -1,934 |
| Sicherung Hubbrücke Schwanentor | 1,828 | 2,164 | 0,231 | -1,933 |
| Stadterneuerung Laar | 1,579 | 1,704 | 0,005 | -1,698 |
| Ausbau Felix-Dahn-Straße | 1,107 | 1,129 | 0,039 | -1,090 |
| Ausbau Friedrich-Ebert-Str. (Rheinhausen) | 1,330 | 1,430 | 0,034 | -1,087 |
| Erneuerung Deichanlage Homberg | 1,000 | 1,129 | 0,090 | -1,039 |
| ISEK Hochfeld | 1,050 | 1,109 | 0,037 | -1,072 |
| Dambalkenverschluss am Mariensperrrtor | 0,000 | 1,400 | 0,388 | -1,012 |
| Deicherneuerung Laar | 1,000 | 1,000 | 0,000 | -1,000 |
| Umbau Kantpark / Stadterneuerung Innenstadt | 1,020 | 1,070 | 0,073 | -0,997 |

Für die Deichrückverlegung Mündelheim, die Bestandteil des Deichfahrplans 2025 ist, musste erneut der Durchführungszeitraum verschoben werden. Eine Auftragsvergabe mit einem Volumen von rd. 6 Mio. EUR musste wegen eines Problems im Ausschreibungsverfahren auf das Jahr 2018 verschoben werden.

Die Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke wurden beauftragt, konnten aber nicht vollständig zahlungswirksam umgesetzt werden. Dies wird vor allem dadurch verursacht, dass die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für die durchzuführenden Maßnahmen einen unerwartet langen Zeitraum beansprucht haben und Abrechnungen bzw. Zwischenabrechnungen nicht rechtzeitig vorgelegt wurden.

Durch Bauzeitverzögerungen beim Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide sowie einem erhöhten Zeitbedarf für die Vergabe von Abbrucharbeiten kam es bei dieser Maßnahme zu Minderauszahlungen.

Der Zuwendungsbescheid für die Nachrüstung der Stadtbahnlinie U 79 wurde erst im Oktober 2017 erteilt, sodass zwar die Vergabe eingeleitet, aber keine Auszahlungen geleistet werden konnten.

Die Baumaßnahme Neugestaltung Bahnhofsvorplatz konnte 2017 nicht vollständig abgeschlossen werden, sodass die Schlussabrechnungen nicht zahlungswirksam wurden. Die für die Abrechnung noch benötigten Mittel wurden als Planfortschreibung nach 2018 übertragen.

Der Baubeginn bei der Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik hat sich verzögert, da ein Expertenteam für die ersten Umsetzungsarbeiten erst verspätet zur Verfügung stand.

In 2017 konnte der Bau der Sicherung der Hubbrücke Schwanentor nicht beginnen, da die vorbereitenden Planungsarbeiten wegen der technischen und denkmalrechtlichen Rahmenbedingungen erheblich mehr Zeit in Anspruch genommen haben als geplant. Der Baubeginn ist nun für 2018 vorgesehen.

Die Minderauszahlung bei der Stadterneuerung Laar ist darauf zurückzuführen, dass mit verschiedenen Teilmaßnahmen wegen fehlender Zuwendungsbewilligungen nicht begonnen werden konnte.

Bei den Straßenbaumaßnahmen Ausbau Felix-Dahn-Straße und Ausbau Friedrich-Ebert-Str. (Rheinhausen) haben die bauvorbereitenden Tätigkeiten (u.a. Baumfällarbeiten, Vergabeverfahren) mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant, sodass mit den Bauarbeiten erst verspätet begonnen werden konnte. Die Haushaltsmittel wurden im Wege der Planfortschreibung in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

Auch bei der Maßnahme Erneuerung Deichanlage Homberg im Rahmen des Deichfahrplans 2025 wurde der Durchführungszeitraum verschoben.

Die Zuwendungen für verschiedene Teilmaßnahmen zur Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Hochfeld wurden erst Ende des Jahres 2017 bewilligt. Die Maßnahmen konnten daher nicht wie geplant begonnen werden.

Entgegen der ursprünglichen Planungen zum Dambalkenverschluss am Mariensperrtor wird die Maßnahme baulich in bedeutend geringerem Umfang umgesetzt, was zu einer entsprechenden Kostensenkung führt. Die im Wege der Planfortschreibung bereitgestellten Mittel wurden sukzessive abgerechnet. Die Schlusszahlungen werden im Jahr 2018 erwartet.

Wie auch bei den anderen Maßnahmen des Deichfahrplans 2025 musste bei der Deicherneuerung Laar der Durchführungszeitraum verschoben werden.

Aufgrund von nicht vorhersehbaren archäologischen Untersuchungen hat sich die Baumaßnahme Umbau Kantpark / Stadterneuerung Innenstadt verzögert. Die Fertigstellung der Grünmaßnahme erfolgt im Jahr 2018.

Bei den investiven Auszahlungen für den **Erwerb von beweglichem Anlagevermögen** handelt es sich um die unterschiedlichen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Fachbereiche, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind. Erhebliche Abweichungen gab es in folgenden Bereichen:

- Der fortgeschriebene Ansatz bei der Feuerwehr in Höhe von 10,574 Mio. EUR wurde um 6,071 Mio. EUR unterschritten, da ein Teil der Beschaffungen, insbesondere von Großfahrzeugen, wegen der zum Teil langwierigen Ausschreibungsverfahren, der Planung von Sonderkonstruktionen mit mehrjähriger Bauzeit und langfristigen Lieferzeiten nicht mehr in 2017 abgewickelt werden konnte. Hinzu kommt, dass der über KIDU finanzierte Rahmenvertrag über die Lieferung von Löschfahrzeugen für die Freiwillige Feuerwehr erst Mitte 2017 geschlossen wurde, sodass die hierfür gebundenen Mittel nicht mehr in 2017 verausgabt werden konnten.
- Die Abweichung im Bereich des Amtes für Schulische Bildung beträgt insgesamt -3,993 Mio. EUR. Im Wesentlichen blieben die Beschaffungen für den Schulbereich bei den Maßnahmen „Systematische Ausstattung Fachräume“ um 1,044 Mio. EUR, „Die telematische Schule“ um 0,639 Mio. EUR, „Ergänzungsausstattung Sekundarschule Mitte“ um 0,750 Mio. EUR und „Einrichtung Erweiterung Landfermann-Gymnasium“ um 0,250 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz. Dies hat folgende Ursachen: Im Bereich der „Systematischen Ausstattung Fachräume“ konnten in 2017 nur ein Teil der Bedarfe abschließend geprüft und die Erneuerung der Ausstattung kassenwirksam abgewickelt werden. Rund 0,320 Mio. EUR sind in Bestellungen gebunden und in das Haushaltsjahr 2018 übertragen worden. Die beabsichtigte Gründung der Sekundarschule Mitte wurde aufgrund aktueller Entwicklungen zurückgestellt. Bei der Maßnahme „Die telematische Schule“ konnte eine hohe Zahl von Aufträgen durch die Lieferanten der IT- / Medienausstattung nicht im Jahr der Bestellung abgewickelt werden. Die veranschlagten Mittel sind daher nicht in voller Höhe kassenwirksam abgeflossen, sondern in Höhe von 1,207 Mio. EUR in das Haushaltsjahr 2018 übertragen worden. Die Einrichtung der Erweiterung des Landfermann-Gymnasiums wurde zurückgestellt, da die Baumaßnahme verschoben wurde.
- Vor dem Hintergrund sinkender Asylbewerberzahlen im Jahre 2017 und der daraus resultierenden Aufgabe von Übergangsheimen wurden 1,333 Mio. EUR weniger an Haushaltsmitteln für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen bei der Vermögensbeschaffung Übergangsheime Asylbewerber benötigt. Durch die Aufgabe von Übergangsheimen sind noch Lagerbestände vorhanden, aus denen ein Teil des Bedarfes gedeckt werden konnte.

- Die für die Sanierung der Bühnenlichtregie geplante Ausgabe wurde über das Immobilien Management Duisburg (IMD) abgewickelt. Zudem wurden mehrere kleine geplante Maßnahmen auf das Haushaltsjahr 2019 verschoben, was insgesamt zu einer Minderauszahlung von 0,475 Mio. EUR führte.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen** fielen geringer aus, da von dem Ansatz 2017 nur eine bedarfsorientierte Tranche von 35,826 Mio. EUR durch die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) abgerufen wurde. (Der Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV liegt der Ratsbeschluss vom 27.04.2015 zur DS 15-1505 zu Grunde.)

Der Ansatz der **Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen** wurde um 2,852 Mio. EUR unterschritten, da für die Maßnahme „Anschlussstelle Du-Zentrum/Südtangente“ die Schlussabrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW bisher nicht vorgelegt wurden, so dass der städt. Kostenanteil in 2017 nicht vollständig ausgezahlt werden konnte.

Der Ansatz für **Sonstige Investitionsauszahlungen** wurde um 0,135 Mio. EUR überschritten, der Betrag setzt sich aus verschiedenen geringfügigen Rückzahlungen erhaltener Investitionszuwendungen zusammen.

2.1.3 Ermächtigungsübertragung

Wie bereits unter Ziffer 2.1. erwähnt, wird ein Teil der nicht in Anspruch genommenen Auszahlungsansätze gemäß § 22 (2) GemHVO nach 2018 übertragen. Das Gesamtvolumen der Übertragungen beträgt 98,891 Mio. EUR und liegt damit um 54,738 Mio. EUR über dem des Vorjahres.

In dieser Größenordnung werden die vom Rat der Stadt beschlossenen Haushaltsansätze 2018 im Wege der Planfortschreibung erhöht. Der Rat wird hierüber gem. § 22 (4) GemHVO NRW in der Jahresabschlussvorlage (DS 18-0171) informiert. Alle Planfortschreibungen sind dort in der Anlage F zum Anhang aufgelistet.

2.1.4 Gesamtfinanzierung der Investitionstätigkeit

Die Investitionen sind vorrangig durch die unter Ziffer 2.1.1 genannten investiven Einzahlungen zu finanzieren. Erst wenn diese nicht ausreichen, kommt eine Kreditfinanzierung in Frage.

Im Rahmen der durch die Bezirksregierung Düsseldorf mit Verfügung vom 10.05.2017 genehmigten Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für 2017 hätten nach dem Verbrauch der zur Verfügung stehenden Eigenmittel Maßnahmen bis zu einer Höhe von 141,063 Mio. EUR aufgrund der Ermächtigung in § 2 der Haushaltssatzung 2017 kreditär finanziert werden dürfen (inkl. der rentierlichen Verschuldung für den Rettungsdienst).

Übersicht Gesamtfinanzierung der investiven Finanzrechnung 2017

| | |
|---|-----------------------|
| A. Gesamtbedarf | € |
| Investitionsauszahlungen lt. Finanzrechnung 2017 für Baumaßnahmen, Beschaffungen, Grunderwerb etc. | 83.103.538,25 |
| Ermächtigungsübertragungen (Planfortschreibungen) nach 2018 | 98.890.602,63 |
| Gesamtbedarf Investitionen 2017 | 181.994.140,88 |
| B. Gesamtfinanzierung | |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 62.184.126,22 |
| Tatsächliche Kreditaufnahme 2017 | 35.826.000,00 |
| Nicht verwendete investive Einzahlungen aus Vorjahren (aus Kreditaufnahmen und sonst. Einzahlungen) | 33.558.925,50 |
| Erwartetete Einzahlungen in Bereichen, die durch Zuweisungen, etc. finanziert werden (korrespondierend zu Ermächtigungs- übertragungen auf der Auszahlungsseite) diverse Maßnahmen der Investitionsoffensive KIDU | 14.599.089,16 |
| Gesamtsumme Finanzierungsmittel | 146.168.940,88 |
| C. Erforderliche neue Kreditaufnahme 2017 für Investitionen aus Ermächtigungsübertragungen 2017 | 35.826.0000,00 |

Die **Nettoneuverschuldung** hat sich einschließlich der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in 2017 wie folgt entwickelt:

| Gesamtstädtische Nettoverschuldung 2017 | | | | |
|--|-----------------|---------------|-------------------|-------------------------|
| | Stadt Mio. € | IMD Mio. € | DUSport Mio. € | Gesamt Mio. € |
| 1. Gesamtbetrag der geplanten Kreditneuaufnahmen | 141,063 | 42,159 | 0,000 | 183,222 |
| 2. Gesamtplan der fortgeschriebenen Kreditaufnahmen | 141,063 | 42,159 | 0,000 | 183,222 |
| 3. Hiervon wurden lt. Jahresabschluss benötigt | 35,826 | 0 | 0,000 | 0,000 |
| 4. Tatsächlich geleistete ordentliche Tilgungszahlungen lt. Jahresabschluss | 21,456 | 18,099 | 0,815 | 40,370 |
| 5. Nettoverschuldung 2017 | 14,370 | -18,099 | -0,815 | -4,544 |

Betrachtet man die reguläre Investitionstätigkeit der Stadt ohne die für die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV GmbH notwendige Kreditaufnahme von 35,826 Mio. EUR, wäre ein erheblicher Abbau der gesamtstädtischen Verbindlichkeiten (Stadt: - 21,456 Mio. EUR, Gesamt: - 40,370 Mio. EUR) zu verzeichnen. Der Stadt und ihren Betrieben ist es aber trotz dieser Kreditaufnahme auch im Haushaltsjahr/Geschäftsjahr 2017 wieder gelungen, einen Beitrag zum Abbau der gesamtstädtischen langfristigen Verbindlichkeiten zu leisten.

2.2. Finanzierungstätigkeit

Als Finanzierungstätigkeit werden abgebildet:

- die notwendige Aufnahme von Krediten zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen,
- die Tilgung der Investitionskredite,
- die Abwicklung von Umschuldungen,
- die Gewährung von Darlehen und deren Rückflüsse,
- die Aufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung.

Für 2017 ergaben sich folgende Werte (ohne die nicht bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Kredite zur Liquiditätssicherung, die unter Ziffer 6.2 des Lageberichts behandelt werden):

| Gesamtübersicht Finanzierungstätigkeit | Ansatz | | Ergebnis | Abweichung |
|--|---------------------|------------------------------|-----------------|-------------------|
| | original | fortge- schrieben | | |
| | - Mio. EUR - | | | |
| Einzahlungen | | | | |
| Aufnahme von Krediten | | | | |
| - für Investitionstätigkeit | 141,063 | 141,063 | 35,826 | -105,237 |
| - für Umschuldungen | 400,000 | 400,000 | 21,900 | -378,100 |
| Rückflüsse von Darlehen | 8,046 | 8,046 | 10,335 | 2,289 |
| Summe Einzahlungen | 549,109 | 549,109 | 68,061 | -481,048 |
| Auszahlungen | | | | |
| Tilgung von Investitionskrediten | | | | |
| - ordentliche Tilgung | 27,200 | 27,200 | 21,456 | -5,744 |
| - Umschuldungen | 400,000 | 400,000 | 21,900 | -378,100 |
| - außerordentliche Tilgung | 0,050 | 0,050 | 0,000 | -0,050 |
| - Hochwasserschutz und Altlasten- sanierung durch die WBD-AöR | 0,092 | 0,092 | 0,056 | -0,036 |
| - Tilgungsweiterleitung Wohn.bauförd. | 3,000 | 3,000 | 4,884 | 1,884 |
| Summe Auszahlungen | 430,342 | 430,342 | 48,296 | -382,046 |

Wie bereits unter Ziffer 2.1.4 erläutert, war zur Investitionsfinanzierung 2017 eine Kreditaufnahme in Höhe von 35,826 Mio. EUR erforderlich. Die Aufnahme war notwendig, um eine weitere liquiditätsmäßige Rate der Kapitalerhöhung des DVV-Konzerns zu finanzieren. Die erforderliche Kreditermächtigung lag gemäß § 2 der Haushaltssatzung 2017 vor.

Investitionskredite, deren Zinsbindung im Laufe des Haushaltsjahres ausläuft und die nicht prolongiert werden können, müssen umgeschuldet werden. In Abhängigkeit zur Marktlage kann es notwendig sein, Darlehen mehrfach zwischenzufinanzieren bzw. umzuschulden, was eine entsprechend hoch dotierte Budgetposition erforderlich macht. Im Haushaltsjahr 2017 waren keine Zwischenfinanzierungen notwendig, so dass der Ansatz nur in begrenztem Maße ausgeschöpft werden musste. Die Einzahlungsposition korrespondiert mit einer wertgleichen Auszahlungsposition, so dass Haushaltsneutralität gegeben ist.

Da die 2015 beschlossene kreditfinanzierte DVV-Kapitalerhöhung bisher erst zu einem Teil realisiert wurde, fallen die laufenden Tilgungsleistungen geringer aus, als ursprünglich geplant.

Bei den **Darlehensrückflüssen** im Bereich der Wohnungsbauförderung kam es wegen höherer Sondertilgungen der Darlehensnehmer zu Mehreinnahmen gegenüber dem Ansatz. Soweit diese von dem 1995 vorgenommenen Forderungsverkauf der Wohnungsbaudarlehen an ein Kreditinstitut betroffen waren, waren sie nach dem Abtretungsvertrag weiterzuleiten, was zu der ausgewiesenen höheren Auszahlung bei der **Tilgungsweiterleitung** führte.

F. Sonstige Angaben

1. Beteiligungen

Die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen sind in dem veröffentlichten Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg aufgeführt.

2. Haftungsverhältnisse

Bürgschaften

Im Grundbuch von Rheinhausen ist eine Grundschuld in Höhe von 500.000,00 EUR zu Gunsten der Stadt Duisburg zur Absicherung der Fortführung des Bertha-Krankenhauses gemäß Vertrag zwischen der Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA (jetzt Sana-Kliniken AG), der Klinikum Duisburg gGmbH (jetzt Sana Kliniken Duisburg GmbH) und der Stadt Duisburg vom 03.08.2007 eingetragen worden.

Darüber hinaus hat die Stadt Duisburg Ausfallbürgschaften für folgende Kreditnehmer übernommen:

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|----------------------|----------------------|
| | EUR | EUR |
| Stadtwerke Duisburg | 9.180.830,81 | 10.942.135,77 |
| Gebag | 7.394.999,50 | 8.385.451,99 |
| Wohnungsgenossenschaft Rheinpreußensiedlung eG | 523.746,74 | 547.656,80 |
| Duisburger Verkehrsgesellschaft | 22.974.607,96 | 25.446.010,82 |
| | 40.074.185,01 | 45.321.255,38 |

Sonstige Garantieerklärungen

Im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage GmbH (GMVA) hat die Stadt Duisburg eine Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Diese Verpflichtung ist auf die WBD-AöR übergegangen, wobei gleichzeitig festgelegt wurde, dass diese von der Stadt von jeglichen Zahlungsverpflichtungen bei einer Inanspruchnahme aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung freigestellt wird. Für die auf Basis neu kalkulierter Verbrennungsentgelte ermittelte Forfaitierungsunterdeckung für den Zeitraum 2016-2020 wurde im Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung (vergleiche Passiva 3.4) in Höhe von 27,4 Mio. EUR gebildet, welche sukzessive aufgelöst wird (Buchwert 2016: 25,7 Mio. EUR). Aktuell beträgt der Rückstellungsbetrag 22,0 Mio. EUR. Das Gesamtrisiko aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung beträgt zum 31.12.2017 noch rd. 27,0 Mio. EUR.

3. Finanzinstrumente

Zum 31.12.2017 bestehen keine Finanzgeschäfte mit Kreditinstituten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken.

4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Stadt Duisburg hat zum 31.12.2007 dem IMD das Vermögen und die Verträge des Veranstaltungs- und Kongresszentrums im CityPalais Duisburg übertragen. Daraus ergab sich eine Sacheinlage von 25,0 Mio. EUR. Die Stadt Duisburg hat mit dem IMD vereinbart, etwaige Verluste aus dem Betrieb des Veranstaltungs- und Kongresszentrums zu erstatten, sofern die kumulierten Verluste den Betrag der Sacheinlage überschreiten.

Im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge der WBD-AöR ist die Anstalt in alle bestehenden Rechte und Pflichten der Stadt Duisburg eingetreten. In diesem Zusammenhang sind alle Darlehen, die wirtschaftlich den WBD-AöR zuzuordnen waren, auf die Anstalt übertragen worden, mit Ausnahme von drei Darlehen der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank in Höhe von insgesamt 19.033.027,75 EUR.

Leasing

Die finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen belaufen sich auf 3.000.312,35 EUR, bezogen auf die Restlaufzeit. Die Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

- DV-Leasing 1.242.596,77 EUR
- Kfz-Leasing 123.318,02 EUR
- Funkgeräte 23.200,38 EUR
- Kopierer, Sonstiges 1.611.197,18 EUR

5. Noch nicht erhobene Beiträge

Die aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen noch nicht erhobenen Beiträge belaufen sich auf rd. 0,3 Mio. EUR. Eine genaue Berechnung ist aufgrund fehlender Endabrechnungen von Seiten des Fachbereiches nicht möglich.

6. Außerplanmäßige Abschreibungen

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden im Haushaltsjahr 2017 wie folgt vorgenommen:

- Festwerte für Park- und Grünanlagen 40.902.909,10 EUR
- Fußgängerbrücke Innenhafen 344.258,59 EUR
- Straßenfahrbahnen 4.961.173,69 EUR
- Grundstück Rheinhausen 38.921,00 EUR
- Grundstück „The Curve“ 704.379,20 EUR
- Sana Kliniken Duisburg 8.696,77 EUR
- Freizeitmetropole Ruhr 40.773,31 EUR

Eine Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Park- und Grünanlagen ergab, dass die regelmäßigen Ersatzbeschaffungen deutlich unterschritten wurden. So konnte die Wertminderung nicht im erforderlichen Umfang durch die Ersatzbeschaffungen kompensiert werden. Die erforderliche Anpassung des Bilanzwertes führte zu einer Abschreibung in Höhe von 40,9 Mio. EUR. Diesem Aufwand stehen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 29,2 Mio. EUR gegenüber. Die Netto-Ergebnisbelastung beträgt somit 11,7 Mio. EUR.

Aufgrund dauerhafter Funktionseinschränkung der Hubfunktion bei der Fußgängerbrücke am Innenhafen (Buckelbrücke) wurde eine Abschreibung von 0,344 Mio. EUR vorgenommen. Daraus resultierend wurde der Sonderposten in Höhe von 0,173 Mio. EUR aufgelöst.

Die Inventur des immobilien Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen wurde 2017 abgeschlossen. Das Abschreibungsvolumen infolge höherer Abnutzung / Verschleiß der Fahrbahnen beläuft sich auf 4,961 Mio. EUR. Dem stehen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 4,063 Mio. EUR gegenüber.

Aufgrund einer planungsrechtlichen Änderung eines Baugrundstücks in Rheinhausen verringerte sich die bebaubare Fläche, so dass der Bodenwert um 0,039 Mio. EUR gemindert werden musste.

Im Rahmen der Entwicklung des Innenhafengrundstücks „The Curve“ wurde mit einer Investorengruppe ein Vorvertrag abgeschlossen. Somit wurde eine Umgliederung des Grundstücks vom Anlagevermögen ins Umlaufvermögen vorgenommen. Aufgrund des nunmehr geltenden strengen Niederstwertprinzips musste der Bilanzwert auf den bereits vereinbarten Kaufpreis um 0,704 Mio. EUR abgeschrieben werden.

Bezüglich der Erläuterungen zu den Abschreibungen auf Finanzanlagen vergl. Ziffer 1.3 der Aktiva: „Finanzanlagen“.

7. Gesamtfinanzrechnung

Der Ausweis der liquiden Mittel in der Bilanz in Höhe von 30.744.174,10 EUR entspricht nicht dem ausgewiesenen Saldo in der Gesamtfinanzrechnung von 31.727.777,56 EUR. Die Abweichung in Höhe von 983.603,46 EUR setzt sich aus folgenden jahresübergreifenden Ein- und Auszahlungen zusammen:

| | EUR |
|---|--------------------|
| Jahresübergreifende Buchungen (RAP) | 389.674,80 |
| Umgliederung der Bankunterkonten | -987.162,11 |
| Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten | -56.803,20 |
| Jahresübergreifende Buchungen (PSCD) | -28.233,61 |
| Jahresübergreifende Buchungen (HR) | -64.731,72 |
| Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen | -236.347,62 |
| Abweichung insgesamt: | -983.603,46 |

Die Veränderung der jahresübergreifenden Buchungen aus Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus der Sozialhilfe (0,67 Mio. EUR), den Beamtengehältern (-0,29 Mio. EUR) und den Kosten der Unterkunft (0,01 Mio. EUR) zusammen.

Stichtagsbezogen werden die Bankunterkonten bilanziell aus dem Bereich der liquiden Mittel je nach ihrem ausgewiesenen Saldo in den Bereich der sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgebucht. Diese Buchungen werden ohne Fortschreibung der Finanzrechnung durchgeführt.

Bei den nicht zugeordneten Verbindlichkeiten handelt es sich um Beträge, die nicht in der Finanzrechnung ausgewiesen werden, da die Auszahlung im neuen Jahr vor dem Übertrag der Finanzrechnung vorgenommen wurde. Hierin enthalten sind Investitions- und Liquiditätskredite in Höhe von 0,02 Mio. EUR und Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung in Höhe von -0,08 Mio. EUR.

Jahresübergreifende Buchungen aus dem SAP-Modul PSCD sind in voller Höhe Zahlungseingänge im alten Jahr, die erst im Folgejahr zugeordnet worden sind.

Im Zusammenhang mit der Personalkostenabrechnung aus SAP-HR konnten Zahlungen für das alte Haushaltsjahr erst im neuen Jahr zugeordnet werden.

Die Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen ergeben sich durch nicht in die Finanzrechnung eingegliederte Finanzpositionen, die im Zusammenhang mit der Nebenrechnung WBD-Entsorgungsgebühren stehen.

8. Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage

Nach den Vorschriften des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes sind gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen, die von der Gemeinde gemäß § 90 Abs. 3 GO nicht mehr benötigt werden, erfolgsneutral mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Darüber hinaus sind Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Da das Eigenkapital der Stadt Duisburg aufgebraucht ist, werden diese Sachverhalte im negativen Eigenkapital abgebildet.

Nachfolgende Verrechnungen wurden im Haushaltsjahr 2017 vorgenommen:

| | EUR |
|--|---------------------|
| Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen | 2.761.781,54 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten bei Vermögensabgängen | 3.106.247,02 |
| Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen | 0,09 |
| Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen | 0,00 |
| Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen | -1.052.451,06 |
| Aufwendungen aus der Verschrottung von Vermögensgegenständen | -3.248.626,67 |
| Aufwendungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | 0,00 |
| Aufwendungen aus der Abschreibung von Finanzanlagen | -49.470,08 |
| Verrechnungen gem. § 43 (3) GemHVO | 1.517.480,84 |
| Erfolgsneutrale Korrekturen | 2.299.098,00 |
| Verrechnungen insgesamt: | 3.816.578,84 |

Die Erträge resultieren aus Buchgewinnen aus der Veräußerung von Grundstücken in Höhe von 2,7 Mio. EUR sowie aus der Auflösung von Sonderposten geförderter Anlagenabgänge. Zu nennen sind hier die Straßenerneuerungen von 1,7 Mio. EUR, der Verkauf von Gebäuden im Grüngürtel-Nord mit 0,9 Mio. EUR sowie Erneuerungen von Sportplätzen in Höhe von 0,3 Mio. EUR. Bei Erneuerungsmaßnahmen wird die noch vorhandene Bausubstanz ausgebucht und der in diesem Zusammenhang gebildete Sonderposten aufgelöst.

Die Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen stammen aus Mindererlösen bei Veräußerungen von Grundstücken (0,2 Mio. EUR) und Gebäuden im Grüngürtel-Nord (0,9 Mio. EUR). Die Grundstücke werden von der Gemeinde nicht mehr benötigt. Die Gebäude wurden der Gebag-Duisburger Baugesellschaft mbH zur weiteren Bewirtschaftung veräußert. Eine wohnungsmäßige oder gewerbliche Weiterentwicklung der Gemeinde ist mit den Verkäufen nicht verbunden.

Die Aufwendungen aus der Verschrottung von Vermögensgegenständen resultieren aus Anlagenabgängen in den Bereichen Straßenbau in Höhe von 2,3 Mio. EUR und Sportplatzbau von 0,5 Mio. EUR. Bei diesen Erneuerungsmaßnahmen wird der Restbuchwert der noch vorhandenen Bausubstanz ausgebucht. Darüber hinaus wurden Abgänge im Rahmen von Inventuren i.H. von 0,4 Mio. EUR gebucht.

Bezüglich der Abschreibungen auf Finanzanlagen vergl. Ziffer 6 „außerplanmäßige Abschreibungen“.

Im Zuge der einheitlichen Vermarktung des Mercator-Viertels wurde ein Grundstück mit einem Wert von 2.299.098,00 EUR aus dem Vermögen des IMD an die Kernverwaltung übertragen. Ein Kaufpreis wurde nicht vereinbart, stattdessen wurde im Wege eines Aktivtauses der Beteiligungsansatz des IMD zunächst entsprechend gemindert. Aufgrund ausreichender stiller Reserven weist der Beteiligungswert IMD einen unveränderten Wert gegenüber dem Vorjahr aus. Demzufolge ist der durch die Grundstücksübertragung geminderte Beteiligungsansatz wieder auf den ursprünglichen Wert zu erhöhen. Die Erhöhung wurde gegen die Ausgleichsrücklage gebucht.

Anlage 2.1 Anlagenspiegel

Anlagenspiegel zum 31.12.2017

| Anlagevermögen | Anschaffungs- und Herstellungskosten | | | | | Abschreibungen | | | Kumulierte Abschreibungen | Buchwert | |
|---|--------------------------------------|--------------------------|--------------------------|------------------------------|---------------------------------|-----------------------------|----------------------------|--------------------------------|---------------------------|-------------------------------|-------------------------|
| | Stand am 31.12. des Vorjahres | Zugänge im Haushaltsjahr | Abgänge im Haushaltsjahr | Umbookungen im Haushaltsjahr | Abschreibungen im Haushaltsjahr | Zuschreib. im Haushaltsjahr | Abschreibungen auf Abgänge | Abschreibungen auf Umbuchungen | | am 31.12. des Haushaltsjahres | am 31.12. des Vorjahres |
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| 1. Immaterielle Vermögensgegenstände | 4.163.683,85 | 310.138,93 | -707,33 | 8.806,00 | -391.767,85 | 0,00 | 707,33 | 0,00 | -3.560.891,00 | 921.030,25 | 993.863,17 |
| 2. Sachanlagen | | | | | | | | | | | |
| 2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | | | | | | | | | |
| 2.1.1 Grünflächen | 255.680.097,89 | 421.025,88 | -1.650.773,12 | 1.741.871,02 | -43.934.570,33 | 0,00 | 881.654,96 | 0,00 | -69.685.165,55 | 186.507.056,12 | 229.047.847,71 |
| 2.1.2 Ackerland | 31.282.081,83 | 21.487,30 | -21.530,90 | 37.063,92 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -1.568,10 | 31.317.534,05 | 31.280.513,73 |
| 2.1.3 Wald, Forsten | 21.719.335,30 | 48.906,20 | -566.962,64 | 181.110,81 | -269.600,22 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -2.680.825,97 | 18.701.563,70 | 19.308.109,55 |
| 2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke | 180.636.431,69 | 2.574.850,93 | -7.906.974,31 | -115.396,95 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -244.210,79 | 174.944.700,57 | 180.382.220,90 |
| Summe unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 489.317.946,71 | 3.066.270,31 | -10.146.240,97 | 1.844.648,80 | -44.204.170,55 | 0,00 | 881.654,96 | 0,00 | -72.611.770,41 | 411.470.854,44 | 460.028.691,89 |
| 2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | | | | | | | | | |
| 2.2.1 Kindertageseinrichtungen | | | | | | | | | | | |
| 2.2.2 Schulen | | | | | | | | | | | |
| 2.2.3 Wohnbauten | 5.628.535,32 | 0,00 | -1.175.561,32 | -0,15 | -24.905,71 | 0,00 | 225.498,82 | 0,00 | -120.329,64 | 4.332.644,21 | 5.307.612,57 |
| 2.2.4 Sonst. Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude | 27.436.266,52 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -1.333.841,06 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -13.170.919,89 | 14.265.346,63 | 15.599.187,69 |
| Summe bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 33.064.801,84 | 0,00 | -1.175.561,32 | -0,15 | -1.358.746,77 | 0,00 | 225.498,82 | 0,00 | -13.291.249,53 | 18.597.990,84 | 20.906.800,26 |
| 2.3 Infrastrukturvermögen | | | | | | | | | | | |
| 2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 365.035.223,26 | 26.317,66 | -225.077,73 | 81.366,27 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -233.000,36 | 364.684.829,13 | 364.802.222,90 |
| 2.3.2 Brücken und Tunnel | 187.684.697,73 | 128.869,23 | 0,00 | 7.316,40 | -3.647.970,68 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -35.662.225,38 | 152.128.657,98 | 155.640.443,03 |
| 2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausstattung | 60.468.056,35 | 57.094,88 | 0,00 | 1.937.623,53 | -2.573.395,66 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -48.805.252,03 | 15.687.522,73 | 16.266.199,98 |
| 2.3.4 Entwässerungs- und Abwasseranlagen | | | | | | | | | | | |
| 2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen | 1.023.158.607,25 | 2.168.780,48 | -3.483.139,25 | 8.373.685,01 | -36.338.747,12 | 0,00 | 1.036.897,71 | 0,00 | -298.496.930,03 | 731.721.003,46 | 755.963.526,63 |
| 2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens | 1.127.805.577,74 | 1.357.600,27 | 0,00 | 1.834.380,44 | -22.653.846,26 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -238.362.149,03 | 892.635.409,42 | 912.087.274,99 |
| Summe Infrastrukturvermögen | 2.764.182.162,33 | 3.738.682,55 | -3.708.216,98 | 12.234.371,65 | -65.213.959,74 | 0,00 | 1.036.897,71 | 0,00 | -619.589.556,83 | 2.156.857.422,72 | 2.208.769.667,53 |
| 2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden | | | | | | | | | | | |
| 2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 17.818.119,80 | 470,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 17.818.589,80 | 17.818.119,80 |
| 2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 34.867.871,93 | 1.201.115,48 | -209.071,19 | 1.010.743,98 | -2.562.897,22 | 0,00 | 206.956,46 | 0,00 | -22.523.751,76 | 14.346.908,44 | 14.700.060,93 |
| 2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 89.442.453,53 | 975.612,93 | -77.776,38 | 86.431,71 | -1.033.694,31 | 0,00 | 22.222,99 | 0,00 | -24.110.755,31 | 66.315.966,48 | 66.343.169,54 |
| 2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 45.329.314,48 | 33.908.938,69 | 0,00 | -15.185.001,99 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 64.053.251,18 | 45.329.314,48 |
| Summe Sachanlagen | 3.474.022.670,62 | 42.891.069,96 | -15.315.866,84 | -8.806,00 | -114.373.468,59 | 0,00 | 2.373.230,94 | 0,00 | -752.127.083,84 | 2.749.460.983,90 | 2.833.895.824,43 |
| 3. Finanzanlagen | | | | | | | | | | | |
| 3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.102.282.561,90 | 0,00 | -766.937,82 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -15.464.167,41 | 1.086.051.456,67 | 1.086.818.394,49 |
| 3.2 Beteiligungen | 297.205.506,16 | 1.058.024,97 | -2.391.114,40 | 0,00 | -49.470,08 | 0,00 | 1.253.754,52 | 0,00 | -100.828,32 | 295.771.588,41 | 295.900.393,40 |
| 3.3 Sondervermögen | 343.241.050,12 | 2.627.940,80 | -2.299.098,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -5.849.068,50 | 337.720.824,42 | 337.391.981,92 |
| 3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens | 43.152.088,69 | 517.083,54 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -12.319.058,77 | 31.350.113,46 | 30.833.029,92 |
| 3.5 Ausleihungen | | | | | | | | | | | |
| 3.5.1 an verbundene Unternehmen | 28.331.270,96 | 0,00 | -5.580.882,65 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 22.750.388,31 | 28.331.270,96 |
| 3.5.2 an Beteiligungen | 14.316,29 | 0,00 | -2.045,16 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 12.271,13 | 14.316,29 |
| 3.5.3 an Sondervermögen | 634.109,08 | 0,00 | -45.300,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 588.809,08 | 634.109,08 |
| 3.5.4 Sonstige Ausleihungen | 24.876.351,27 | 0,00 | -4.312.269,07 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 20.564.082,20 | 24.876.351,27 |
| Summe Ausleihungen | 53.856.047,60 | 0,00 | -9.940.496,88 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 43.915.550,72 | 53.856.047,60 |
| Summe Finanzanlagen | 1.839.737.254,47 | 4.203.049,31 | -15.397.647,10 | 0,00 | -49.470,08 | 0,00 | 1.253.754,52 | 0,00 | -33.733.123,00 | 1.794.809.533,68 | 1.804.799.847,03 |
| Summe Anlagevermögen | 5.317.923.608,74 | 47.404.258,20 | -30.715.221,27 | 0,00 | -114.814.706,52 | 0,00 | 3.627.692,79 | 0,00 | -789.421.097,84 | 4.545.191.547,83 | 4.638.689.524,63 |

Anlage 2.2 Forderungsspiegel

| Forderungsspiegel Jahresabschluss 2017 | | | | | |
|---|--|----------------------------|----------------------|-------------------------|--------------------------------------|
| Arten der Forderungen | Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres | Mit einer Restlaufzeit von | | | Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres |
| | EUR | bis zu 1 Jahr EUR | 1 bis 5 Jahre EUR | mehr als 5 Jahre EUR | EUR |
| 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 103.895.265,95 | 103.623.301,40 | 271.964,55 | 0,00 | 83.365.504,69 |
| 1.1 Gebühren | 16.377.608,34 | 16.366.817,59 | 10.790,75 | 0,00 | 12.102.258,83 |
| 1.2 Beiträge | 9.656.664,42 | 9.610.570,07 | 46.094,35 | 0,00 | 8.873.659,52 |
| 1.3 Steuern | 18.376.323,99 | 18.374.299,33 | 2.024,66 | 0,00 | 17.906.925,81 |
| 1.4 Forderungen aus Transferleistungen | 19.959.664,52 | 19.831.116,02 | 128.548,50 | 0,00 | 15.879.210,21 |
| 1.5 Kostenerstattungen | 10.654.727,74 | 10.615.802,45 | 38.925,29 | 0,00 | 8.590.075,31 |
| 1.6 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen | 28.870.276,94 | 28.824.695,94 | 45.581,00 | 0,00 | 20.013.375,01 |
| 2. Privatrechtliche Forderungen | 82.835.765,23 | 74.362.653,13 | 8.473.112,10 | 0,00 | 82.038.474,18 |
| 2.1 gegenüber dem privaten Bereich | 12.235.524,46 | 3.762.412,36 | 8.473.112,10 | 0,00 | 14.369.831,74 |
| 2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich | 13.990.808,38 | 13.990.808,38 | 0,00 | 0,00 | 14.213.492,77 |
| 2.3 gegen verbundene Unternehmen | 46.883.176,77 | 46.883.176,77 | 0,00 | 0,00 | 44.449.637,65 |
| 2.4 gegen Beteiligungen | 5.758.752,95 | 5.758.752,95 | 0,00 | 0,00 | 5.877.711,20 |
| 2.5 gegen Sondervermögen | 3.967.502,67 | 3.967.502,67 | 0,00 | 0,00 | 3.127.800,82 |
| Summe aller Forderungen | 186.731.031,18 | 177.985.954,53 | 8.745.076,65 | 0,00 | 165.403.978,87 |

Anlage 2.3 Verbindlichkeitspiegel

| Verbindlichkeitspiegel Jahresabschluss 2017 | | | | | |
|---|--|----------------------------|--------------------|----------------------|--------------------------------------|
| Arten der Verbindlichkeit | Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres | Mit einer Restlaufzeit von | | | Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres |
| | EUR | Bis zu 1 Jahr EUR | Bis zu 5 Jahre EUR | Mehr als 5 Jahre EUR | EUR |
| 1. Anleihen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 469.692.748,56 | 22.309.228,24 | 91.353.834,07 | 356.029.686,25 | 455.322.505,51 |
| 2.1 von verbundenen Unternehmen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.2 von Beteiligungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.3 von Sondervermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.4 vom öffentlichen Bereich | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.5 von Kreditinstituten | 469.692.748,56 | 22.309.228,24 | 91.353.834,07 | 356.029.686,25 | 455.322.505,51 |
| 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 1.502.200.054,47 | 952.200.054,47 | 350.000.000,00 | 200.000.000,00 | 1.609.900.057,32 |
| 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 26.178.086,46 | 267.841,63 | 1.413.533,30 | 24.496.711,53 | 31.140.127,58 |
| 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 118.275.105,36 | 118.275.105,36 | 0,00 | 0,00 | 117.924.607,96 |
| 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 15.673.699,79 | 15.673.699,79 | 0,00 | 0,00 | 8.711.320,12 |
| 7. Sonstige Verbindlichkeiten | 40.166.370,27 | 40.166.370,27 | 0,00 | 0,00 | 35.452.251,37 |
| 8.. Erhaltene Anzahlungen | 86.417.102,60 | 86.417.102,60 | 0,00 | 0,00 | 64.151.925,60 |
| 9. Summe aller Verbindlichkeiten | 2.258.603.167,51 | 1.235.309.402,36 | 442.767.367,37 | 580.526.397,78 | 2.322.602.795,46 |
| Nachrichtlich: | | | | | |
| Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten: | | | | | |
| Bürgschaften | 40.074.185,01 | | | | 45.321.255,38 |
| Sonstige Garantieerklärungen | 27.010.835,97 | | | | 36.014.447,97 |

Anlage 2.4 Rückstellungsspiegel

Rückstellungsspiegel zum 31.12.2017

| | Be- stands- konto | Rückstellungsgrund | Gesamtbe- trag Vorjahr € | Bewegungen im Haushaltsjahr | | | Gesamtbetrag Haushaltsjahr € |
|--------------------------------------|-------------------------|--|---------------------------------------|----------------------------------|---|---------------------|--|
| | | | | Zuführung/ Umbuchung € | Inanspruch- nahme/Umbuchung € | Auflösung € | |
| Pensions-RSt. | 251110 | Pensionsrückstellungen | 885.180.044,00 | 47.987.357,72 | 28.250.033,00 | 0,00 | 884.877.368,72 |
| | 251200 | Beihilferückstellungen | 198.986.842,00 | 11.032.468,14 | 6.497.528,00 | 0,00 | 203.521.782,14 |
| | 271110 | RSt. Instandhaltung WBD | 5.318.978,38 | 2.426.000,00 | 75.105,02 | 262.728,38 | 7.407.144,98 |
| Sonstige Rück- stellungen | 253400 | Pensionsrückstellungen WBD | 4.535.474,00 | 220.980,00 | 2.673.801,00 | 0,00 | 2.082.853,00 |
| | 255400 | Pensionsrückstellungen VLVG | 5.499.295,53 | 1.303.581,45 | 994.812,71 | 0,00 | 5.808.244,27 |
| | 281000 | Rückstellungen für Urlaub | 3.495.191,07 | 3.727.702,83 | 3.495.191,07 | 0,00 | 3.727.702,83 |
| | 282000 | Rückstellungen für Gleitzeit | 5.727.095,70 | 595.881,40 | 88.808,51 | 0,00 | 6.234.168,59 |
| | 282100 | Rückstellungen für Altersteilzeit | 19.118.823,56 | 2.344.585,07 | 6.135.560,17 | 0,00 | 15.327.848,46 |
| | 282201 | Rückstellungen für Leistungsentgelt | 4.000.000,00 | 4.200.000,00 | 3.782.311,26 | 0,00 | 4.417.888,74 |
| | 289000 | RSt. Personal sonstige Verpflichtungen | 9.964.200,00 | u) 397.025,00 3.138.800,00 | 951.610,00 | 0,00 | 12.548.415,00 |
| | 289020 | RSt. Lieferungen und Leistungen | 0,00 | 100,00 | 0,00 | 0,00 | 100,00 |
| | 289042 | RSt. Verlustausgleich Zoo AG | 2.528.800,00 | 4.269.000,00 | 2.528.800,00 | 0,00 | 4.269.000,00 |
| | 289044 | RSt. Verlustausgleich DKH ehem. DMG | 1.431.189,47 | 0,00 | 1.172.198,08 | 0,00 | 258.991,39 |
| | 289045 | RSt. Verlustausgleich Johanniter-KrHs. | 562.929,00 | 0,00 | 187.643,00 | 0,00 | 375.286,00 |
| | 289046 | RSt. Verlustausgleich Marina Innenhafen | 44.000,00 | 50.000,00 | 44.000,00 | 0,00 | 50.000,00 |
| | 289047 | RSt. für Garantien | 25.899.977,44 | 0,00 | 3.726.439,87 | 0,00 | 21.973.537,57 |
| | 289050 | RSt. Steuerrisiken Gewerbesteuer | 55.842.486,03 | 47.928.072,00 | 2.830.378,03 | 0,00 | 100.940.180,00 |
| | 289051 | RSt. Steuern Betriebe gewerb. Art | 0,00 | 155.704,56 | 0,00 | 0,00 | 155.704,56 |
| | 289060 | RSt Mieten CityPalais | 317.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 317.000,00 |
| | 289062 | RSt. Mercatorhalle CityPalais | 7.369.501,00 | 0,00 | 7.369.501,00 | 0,00 | 0,00 |
| | 289066 | RSt. Sozialamt | 564.355,00 | 137.199,00 | 513.233,33 | 51.121,67 | 137.199,00 |
| | 289067 | RSt. Rückzahlung Fördermittel | 338.610,73 | 869.823,76 | 187.014,56 | 33.052,92 | 788.367,01 |
| | 289072 | RSt. Jugendamt | 5.598.878,13 | 7.495.786,08 | 3.519.208,87 | 815.936,17 | 8.759.519,17 |
| | 289075 | RSt. Kasko- u. Haftpflichtumlage | 600.000,00 | 700.000,00 | 343.930,62 | 256.069,38 | 700.000,00 |
| | 289079 | RSt. Schülerunfallumlage KSA | 15.000,00 | 15.000,00 | 5.105,22 | 9.894,78 | 15.000,00 |
| | 289081 | RSt. Schiedsstelle | 14.000,00 | 14.000,00 | 8.858,21 | 5.141,79 | 14.000,00 |
| | 289083 | RSt. Rückzahlung von Zuwendungen | 2.820.913,52 | 4.894,53 | 2.183.957,53 | 622.956,76 | 18.893,76 |
| | 289084 | RSt. nicht anerkannte Rechnungen | 4.443.174,42 | 413.120,07 | 2.252.095,45 | 1.090.856,42 | 1.513.542,62 |
| | 289085 | RSt. ausstehende Rechnungen | 132.723,65 | 60.000,00 | 0,00 | 0,00 | 192.723,65 |
| | 289090 | RSt. Zuweisung § 7a AG-SGB II | 6.245.531,85 | 0,00 | 3.122.765,93 | 0,00 | 3.122.765,92 |
| | 289091 | RSt. Betriebskostenabrechnung 2011 | 29.273,28 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 29.273,28 |
| | 289093 | RSt. Drohverlust (Übernahme IDE) | 55.508,08 | 0,00 | 55.508,08 | 0,00 | 0,00 |
| | 289094 | RSt. Schuldbeitritt IDE (Pens./Beihilfe) | 397.025,00 | 0,00 | u) 397.025,00 | 0,00 | 0,00 |
| | 289095 | RSt. für Aufwendungen aus Nachlässen | 200.000,00 | 0,00 | 200.000,00 | 0,00 | 0,00 |
| | 289096 | RSt. Ausübung Vorkaufsrecht | 0,00 | 1.100.000,00 | 0,00 | 0,00 | 1.100.000,00 |
| Summe: | | | 1.237.056.620,84 | 140.366.861,61 | 83.591.823,52 | 3.147.558,27 | 1.290.684.100,66 |

Rückstellung WBD 31.12.2017

| Maßnahme | Rückstellung 31.12.2016 | Zuführung | Inanspruch- nahme | Auflösung | Rückstellung 31.12.2017 |
|--|----------------------------|---------------------|----------------------|-------------------|----------------------------|
| M056605 Hubbrücke Schwanentor | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| M009711 Spundwände Innenhafen | 25.927,36 | 0,00 | 0,00 | 25.927,36 | 0,00 |
| M009611 Spundwände Innenhafen | 60.130,39 | 0,00 | 0,00 | 60.130,39 | 0,00 |
| M009811 Wegbrücke DB/Entenfang | 176.670,63 | 0,00 | 0,00 | 176.670,63 | 0,00 |
| M002916 Stahlrampe Marientor | 3.000.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.000.000,00 |
| M029115 Spundwand Innenhafen Nordufer Marina | 2.056.250,00 | 1.100.000,00 | 75.105,02 | 0,00 | 3.081.144,98 |
| M007118 OB-Karl-Lehr-Brücke | 0,00 | 1.326.000,00 | 0,00 | 0,00 | 1.326.000,00 |
| Gesamtsumme: | 5.318.978,38 | 2.426.000,00 | 75.105,02 | 262.728,38 | 7.407.144,98 |

Anlage 2.5 Ermächtigungsübertragungen

Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2018 gemäß § 22 GemHVO

1. Planfortschreibung der Ansätze des konsumtiven Finanzplans

| Dez. | Amt | Bezeichnung | Betrag |
|------|------|--|----------------------|
| OB | OB-1 | Referat OB 1 | 10.670,60 |
| OB | OB-6 | Referat OB 6 | 70.000,00 |
| I | 20 | Stadtkämmerei: Beteiligungen | 6.745.110,84 |
| III | 51 | Jugendamt | 3.495.914,73 |
| IV | 50 | Amt für Soziales und Wohnen | 1.848.810,49 |
| V | 61 | Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement | 1.100.000,00 |
| | | Summe | 13.270.506,66 |

2. Planfortschreibung der Ansätze des investiven Finanzplans - *Investitionstätigkeit* -

| Dez. | Amt | Finanzstelle | Bezeichnung | Betrag |
|------|------|----------------|--|---------------|
| OB | OB-4 | 10400122042001 | Vermögensbeschaffung Kommunikation u. Bürgerdialog | 499,80 |
| OB | 10 | 23000131002001 | Vermögensbeschaffung Hauptamt | 904,47 |
| OB | 10 | 23000131012001 | Vermögensbeschaffung IT-Management | 1.073,69 |
| OB | 10 | 23000133002001 | Vermögensbeschaffung Zentraler Service | 962,43 |
| OB | 10 | 23000133042001 | Vermögensbeschaffung Call Duisburg | 535,50 |
| OB | 11 | 16000110132001 | Vermögensbeschaffung Personalamt | 1.140,08 |
| OB | 14 | 14000105003001 | Vermögensbeschaffung Rechnungsprüfungsamt | 512,95 |
| OB | 99 | 99000104012001 | Vermögensbeschaffung Personalvertretung | 1.734,35 |
| I | 20 | 20000109002001 | Vermögensbeschaffung Stadtkämmerei | 704,10 |
| I | 20 | 20601504192001 | Kapitaleinlagen (DVV) | 35.826.000,00 |
| I | 21 | 21000119002001 | Vermögensbeschaffung. Amt f. Rechn.wesen u.Steuern | 13.451,23 |
| II | 30 | 30000111002001 | Vermögensbeschaffung Rechtsamt | 1.356,60 |
| II | 30 | 30000111002002 | Erwerb von Fachliteratur Rechtsamt | 780,77 |
| II | 32 | 32000201022001 | Vermögensbeschaffung Außendienst | 3.869,21 |
| II | 32 | 32000201022002 | Vermögensbeschaffung Verkehrsordnungswidrigk. | 4.199,57 |
| II | 32 | 32000212012001 | Vermögensbeschaffung Ausländerwesen | 17.465,00 |

| Dez. | Amt | Finanzstelle | Bezeichnung | Betrag |
|------|-----|----------------|---|--------------|
| II | 37 | 37000215001005 | Sanierung eines Feuerlöschbootes | 148.971,96 |
| II | 37 | 37000215001006 | Erneuerung Notrufabfrageanlage | 40.841,70 |
| II | 37 | 37000215001008 | Ersatzbeschaffung HLF Berufsfeuerwehr | 125.926,00 |
| II | 37 | 37000215001009 | Ersatzbeschaffung Drehleiterfahrzeug | 614.642,00 |
| II | 37 | 37000215001010 | Ersatzbeschaffung. LF Freiw. Feuerwehr | 795.624,60 |
| II | 37 | 37000215001011 | Ersatzbeschaffung LF 20 Katastrophenschutz | 615.807,00 |
| II | 37 | 37000215001012 | Ersatzbeschaffung Abrollbehälter | 450.353,06 |
| II | 37 | 37000215001014 | Ersatzbeschaffung Gerätewagen | 35.000,00 |
| II | 37 | 37000215001017 | Ersatzbeschaffung Wechselladerfahrzeug | 235.000,00 |
| II | 37 | 37000215001018 | Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen 2 | 654.040,79 |
| II | 37 | 37000215002002 | Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr | 1.201.376,14 |
| II | 37 | 37000215002003 | Datenverarbeitungsanl. Berufsfeuerwehr | 92.736,75 |
| II | 37 | 37000215002005 | Kleinfahrz. u. Geräte f.d. Berufsfeuerwehr | 82.610,00 |
| II | 37 | 37000215031001 | Einrichtung Sirensystem in Duisburg | 184.964,76 |
| II | 37 | 37000215032009 | Vermögensbeschaffung Krisenmanagement/Bev.schutz | 15.794,91 |
| II | 37 | 37000217001002 | Ersatzbeschaffung Rettungswagen (RTW) | 64.227,65 |
| II | 37 | 37000217002001 | Vermögensbeschaffung Rettungsdienst | 223.994,23 |
| II | 91 | 91011591012001 | Vermögensbeschaffung Stadthalle Walsum | 2.741,72 |
| II | 92 | 92020192012001 | Vermögensbeschaffung Bezirksvertretung Hamborn | 1.100,00 |
| II | 92 | 92020192022001 | Vermögensbeschaffung Allgem. Verwaltung Hamborn | 1.100,00 |
| II | 92 | 92020292012001 | Vermögensbeschaffung Bürgerservice Hamborn | 990,31 |
| II | 94 | 94040194022001 | Vermögensbeschaffung Allgem. Verw. Homb/R'ort/Baerl | 10.703,91 |
| II | 94 | 94041594012001 | Vermögensbeschaffung Glückauf-Halle | 8.000,00 |
| II | 95 | 95050295012001 | Vermögensbeschaffung Bürgerservice Mitte | 3.000,00 |
| II | 96 | 96060296012001 | Vermögensbeschaffung Bürgerservice Rheinhausen | 10.385,24 |
| II | 96 | 96061596012001 | Vermögensbeschaffung Rheinhausen-Halle | 10.312,90 |
| II | 97 | 97070297012001 | Vermögensbeschaffung Bürgerservice Süd | 2.782,25 |
| III | 40 | 40000301002002 | Vermögensbeschaffung Schulverwaltung | 27.181,33 |
| III | 40 | 40000301002004 | Ausstatt. progr. "Die telematische Schule" | 1.207.397,61 |
| III | 40 | 40000301002005 | Systematische Ausstattung Fachräume | 319.233,81 |
| III | 40 | 40000301002006 | Ausstattung im offenen Ganztage | 32.668,51 |
| III | 40 | 40000301002007 | Ausstattung im Rahmen der Inklusion | 17.705,17 |
| III | 40 | 40000301013008 | Vermögensbeschaffung Grundschulen | 1.340,37 |
| III | 40 | 40000301043008 | Vermögensbeschaffung Gymnasien | 39.730,64 |
| III | 40 | 40000301053008 | Vermögensbeschaffung Gesamtschulen | 7.248,86 |
| III | 40 | 40000301072001 | Vermögensbeschaffung Berufskollegs | 65.567,78 |
| III | 40 | 40000301112001 | Ergänzungsausstattung Sekundarschulen | 164.401,27 |
| III | 40 | 40060301041005 | Einrichtung Sporthalle Krupp-Gymnasium | 36.373,54 |
| III | 41 | 44040414032001 | Vermögensbeschaffung. Binnenschiffahrtsmuseum | 1.882,90 |
| III | 41 | 44050414012001 | Vermögensbeschaffung Stadtarchiv | 1.976,46 |
| III | 41 | 44050414022002 | Ausstattung Zentrum f. Erinnerungskultur | 55.696,84 |
| III | 41 | 44050415022001 | Vermögensbeschaffung Theater | 54.035,26 |
| III | 41 | 44050415052001 | Vermögensbeschaffung Duisburger Philharmoniker | 35.261,77 |

| Dez. | Amt | Finanzstelle | Bezeichnung | Betrag |
|------|-----|----------------|--|--------------|
| III | 42 | 42000406012001 | Vermögensbeschaffung Stadtbibliothek, Zentr.Aufg. | 113.730,13 |
| III | 42 | 42000406032001 | Vermögensbeschaffung Schulmedienzentrum | 19.992,95 |
| III | 42 | 42050406001001 | Einrichtung der neuen Zentralbibliothek | 94.726,74 |
| III | 43 | 43050404001001 | Einrichtung des neuen VHS-Gebäudes | 459,34 |
| III | 51 | 51000601002001 | Vermögensbeschaffung Kitas/Tagespflege | 306.936,59 |
| III | 51 | 51000602002001 | Vermögensbeschaffung Kinder-u. Jugendarbeit | 3.078,81 |
| III | 51 | 51000604002001 | Vermögensbeschaffung Unterst.in bes. Lebenssituat. | 1.949,22 |
| IV | 50 | 50000500002001 | Vermögensbeschaffung Sozialverwaltung | 24.636,54 |
| IV | 50 | 50020501062001 | Vermögensbeschaffung Bürgerhaus Neumühl | 4.399,00 |
| IV | 50 | 50811506011019 | Mod.Sportanl. Holtener Str. /Kerskensweg | 545.000,00 |
| IV | 50 | 50821506011001 | Modernisierung Sportanl. Warbruckstr. II | 50.000,00 |
| IV | 50 | 50831506011012 | Umkleidegebäude Sportanlage Honigstr. | 360.000,00 |
| V | 61 | 61000901005001 | Vermögensbeschaffung Gesamträumliche Planung | 267,75 |
| V | 61 | 61000902005001 | Vermögensbeschaffung Teilräuml. Planung | 5.661,70 |
| V | 61 | 61000905015500 | Veräußerung und Erwerb von Grundstücken | 150.079,70 |
| V | 61 | 61001201064504 | Bau von Kreisverkehrsplätzen | 24.000,00 |
| V | 61 | 61001201064504 | Bau von Kreisverkehrsplätzen | 518.831,35 |
| V | 61 | 61001201065001 | Vermögensbeschaffung Verkehrsinfrastruktur | 25.792,40 |
| V | 61 | 61001201065016 | Vorlaufende Honorarkosten für Tiefbau | 499.192,13 |
| V | 61 | 61001201065160 | Baumaßnahmen Radverkehrsanlagen | 54.154,00 |
| V | 61 | 61001204014859 | Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechn. | 1.258.494,26 |
| V | 61 | 61001204015400 | Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke | 3.653.145,03 |
| V | 61 | 61001204015405 | Vorlaufende Honorarkosten Stadtbahn | 5.118,75 |
| V | 61 | 61011201064411 | Ausbau Herzogstraße | 784.718,39 |
| V | 61 | 61011201064427 | Umbau Kometenplatz | 13.217,75 |
| V | 61 | 61011201065031 | Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. A | 184.805,61 |
| V | 61 | 61011201065041 | Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. A | 158.876,64 |
| V | 61 | 61011201065091 | Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. A | 3.689,30 |
| V | 61 | 61011201065141 | Baumaßnahmen. klassifizierte Straßen Bez. A | 394.709,96 |
| V | 61 | 61020908014325 | ISEK Marxloh | 126.036,99 |
| V | 61 | 61021201064431 | Ausbau Ruprechtstraße | 113.866,57 |
| V | 61 | 61021201064434 | Ausbau Felix-Dahn-Straße | 1.160.925,00 |
| V | 61 | 61021201064508 | Ausbau Kaiser-Friedrich-Straße | 23.932,93 |
| V | 61 | 61021201064515 | Ausbau August-Thyssen-Straße | 468,27 |
| V | 61 | 61021201064712 | Ausbau Ziegelhorststraße (K7) | 44.358,55 |
| V | 61 | 61021201065032 | Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. B | 120.131,79 |
| V | 61 | 61021201065042 | Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. B | 290.530,04 |
| V | 61 | 61021201065092 | Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. B | 12.654,30 |
| V | 61 | 61021201065142 | Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. B | 28.205,34 |
| V | 61 | 61030908014322 | Stadterneuerung Laar | 114.479,64 |
| V | 61 | 61031201064527 | Ausbau Obermeidericher Straße | 487.777,77 |
| V | 61 | 61031201064608 | Neubau Umgehungsstraße Meiderich | 100.000,00 |
| V | 61 | 61031201064619 | Umbau Gerhardstraße | 636.874,68 |
| V | 61 | 61031201065033 | Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. C | 690,32 |
| V | 61 | 61031201065043 | Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. C | 638.478,54 |
| V | 61 | 61031201065093 | Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. C | 402,30 |
| V | 61 | 61031201065143 | Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. .C | 312.059,44 |
| V | 61 | 61040908014316 | Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh. | 4.328.754,24 |

| Dez. | Amt | Finanzstelle | Bezeichnung | Betrag |
|------|-----|----------------|---|--------------|
| V | 61 | 61041201064402 | Erschließung Eisenbahnstraße (Homburg) | 407.150,49 |
| V | 61 | 61041201064706 | Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung | 857.296,11 |
| V | 61 | 61041201065034 | Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. D | 283.822,00 |
| V | 61 | 61041201065044 | Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. D | 237.657,24 |
| V | 61 | 61041201065094 | Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. D | 2.032,27 |
| V | 61 | 61050902094860 | Neugestaltung Bahnhofsvorplatz | 1.229.487,28 |
| V | 61 | 61050902094861 | Umbau Mercatorstraße | 888.895,45 |
| V | 61 | 61050902094862 | Neubau Fernbusbahnhof | 437.505,07 |
| V | 61 | 61050902094864 | Endausbau Promenade Eurogate | 468.301,92 |
| V | 61 | 61050902094865 | Umbau Ostausgang Hauptbahnhof | 10.777,58 |
| V | 61 | 61050902094866 | Umbau Friedrich-Wilhelm-Straße | 6.866,04 |
| V | 61 | 61050908014305 | Stadterneuerung Hochfeld-West | 417.063,92 |
| V | 61 | 61050908014312 | Duisburg an den Rhein - Rheinpark - | 40.312,75 |
| V | 61 | 61050908014324 | Ausbau Rheinpark 2.BA | 592.000,00 |
| V | 61 | 61050908014326 | ISEK Hochfeld | 55.690,93 |
| V | 61 | 61051201064414 | Ausbau Wanheimer Straße/Heerstraße | 508.653,39 |
| V | 61 | 61051201064418 | Ausbau Wedauer Straße | 16.100,00 |
| V | 61 | 61051201064429 | Ausbau Werthausen Straße | 883.692,26 |
| V | 61 | 61051201064505 | Sicherung Hubbrücke Schwanentor | 569.479,30 |
| V | 61 | 61051201064512 | Ausbau Sternbuschweg | 26.198,21 |
| V | 61 | 61051201064514 | Ausbau Kalkweg | 706.940,53 |
| V | 61 | 61051201064529 | Ausbau Koloniestraße | 1.671.707,33 |
| V | 61 | 61051201064531 | Belagerneuerung Königstraße | 694.542,95 |
| V | 61 | 61051201064615 | Ausbau Bismarckstraße | 336.469,15 |
| V | 61 | 61051201064704 | Anschlussstelle DU-Zentr.A59/Südtangente | 24.000,00 |
| V | 61 | 61051201064714 | Umbau Koloniestraße (L60) | 15.898,48 |
| V | 61 | 61051201065035 | Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. E | 14.173,61 |
| V | 61 | 61051201065045 | Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. E | 795.109,67 |
| V | 61 | 61051201065095 | Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. E | 13.606,07 |
| V | 61 | 61051201065145 | Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. E | 305.753,21 |
| V | 61 | 61051201074101 | Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt | 3.000.000,00 |
| V | 61 | 61051204014858 | Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79 | 223.807,99 |
| V | 61 | 61061201064511 | Ausbau D'dorfer / Moerser Str. (Rumeln) | 887.071,37 |
| V | 61 | 61061201064528 | Ausbau Friedrich-Ebert-Str. (Rheinhausen) | 984.679,08 |
| V | 61 | 61061201064715 | Umbau Friedrich-Ebert-Straße (L437) | 236.942,73 |
| V | 61 | 61061201065036 | Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. F | 337.592,07 |
| V | 61 | 61061201065046 | Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. F | 372.946,52 |
| V | 61 | 61061201065096 | Herstellung Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. F | 6.652,09 |
| V | 61 | 61061201065146 | Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. F | 142.375,82 |
| V | 61 | 61071201064415 | Ausbau Schulz-Knaudt-Straße | 853.908,45 |
| V | 61 | 61071201064416 | Ausbau Wanheimer Straße | 583,18 |
| V | 61 | 61071201064430 | Ausbau Im Haselbusch | 13.149,89 |
| V | 61 | 61071201064614 | Ausbau Am Finkenacker | 2.910,18 |
| V | 61 | 61071201064616 | Ausbau Arlbergerstraße | 305.950,75 |
| V | 61 | 61071201064618 | Ausbau Arlbergerstr. Zillert. bis Kufst. | 361.757,70 |
| V | 61 | 61071201064716 | Umbau Wedauer Straße (L60) | 40.449,49 |
| V | 61 | 61071201064717 | Angermunder Straße (L60) (HS 111 - 160) | 319.937,36 |
| V | 61 | 61071201064718 | Ausbau Angermunder Straße (L60) | 289.164,06 |
| V | 61 | 61071201064719 | Ausbau Ehinger Straße (K2) | 6.601,01 |
| V | 61 | 61071201065037 | Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. G | 274.316,79 |
| V | 61 | 61071201065047 | Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. G | 272.292,44 |
| V | 61 | 61071201065097 | Herstellung. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez. G | 10.526,20 |
| V | 61 | 61071201065147 | Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. G | 531.272,19 |

| Dez. | Amt | Finanzstelle | Bezeichnung | Betrag |
|------|------|----------------|--|----------------------|
| V | 62 | 62000904035001 | Vermögensbeschaffung Vermessung | 98.643,88 |
| V | 62 | 62001004025001 | Vermögensbeschaffung Bauaufsicht/ Denkmalschutz | 3.423,80 |
| V | V-04 | 79001005015001 | Vermögensbeschaffung Planen, Bauen, Verkehr | 1.011,50 |
| VI | 31 | 31001300002001 | Vermögensbeschaffung Natur- u. Landschaftspflege | 16.000,00 |
| VI | 31 | 31001301012002 | Sonst. Baumaßnahmen Park- u. Gartenanlagen | 443.055,40 |
| VI | 31 | 31001301012004 | Barrierefreier Ausbau von Grünanlagen | 870.563,73 |
| VI | 31 | 31001301032001 | Entwicklung Straßenbaumbestand | 808.770,97 |
| VI | 31 | 31001301052001 | Vorl. Honorarkosten für Grünanlagen | 32.100,99 |
| VI | 31 | 31001302032001 | Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Baumschutzsatzung | 1.517.951,27 |
| VI | 31 | 31001302042001 | Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen Ökokonto | 28.401,71 |
| VI | 31 | 31001302062001 | Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Landschaftsgesetz | 92.862,18 |
| VI | 31 | 31001303012001 | Vermögensbeschaffung Wald und Landschaft | 196.974,29 |
| VI | 31 | 31001303012002 | Sonst. Baumaßnahmen Wald und Forstwirtschaft | 100.000,00 |
| VI | 31 | 31001303012003 | Waldentwicklung Duisburg | 259.795,51 |
| VI | 31 | 31001303012004 | Grunderw./ -veräuß. Wald u. Landschaft | 321.191,00 |
| VI | 31 | 31001303012005 | Gebäudeinvestitionen Wald u. Forst | 498.734,84 |
| VI | 31 | 31011301052002 | Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. A | 27.248,81 |
| VI | 31 | 31021301052003 | Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. B | 37.817,82 |
| VI | 31 | 31031301052004 | Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. C | 38.537,77 |
| VI | 31 | 31041301031010 | Mercatorinsel / Ausbau Parkanlage | 436.900,00 |
| VI | 31 | 31041301052005 | Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. D | 21.472,38 |
| VI | 31 | 31041304041001 | Erneuerung Deichanlage Homberg | 249.476,31 |
| VI | 31 | 31051301051002 | Erneuerung/Umgestaltung Neudorfer-Markt | 172.078,88 |
| VI | 31 | 31051301051003 | Umbau Kantpark/Stadterneuer. Innenstadt | 997.201,27 |
| VI | 31 | 31051301051005 | Grünverbindung Steinmetzstr. | 160.365,32 |
| VI | 31 | 31051301052006 | Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. E | 58.366,78 |
| VI | 31 | 31051304041003 | Dammbleckenverschluss am Mariensperktor | 1.084.605,71 |
| VI | 31 | 31051304041005 | Deicherneuerung Neuenkamp | 104.962,91 |
| VI | 31 | 31051304041007 | Erneuerung Mariensperktor | 40.000,00 |
| VI | 31 | 31061301052007 | Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. F | 41.293,22 |
| VI | 31 | 31071301032002 | Gestaltungsmaßnahmen Biegerhof-West | 3.182,53 |
| VI | 31 | 31071301052008 | Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. G | 38.460,37 |
| VI | 31 | 31071304041002 | Deichrückverlegung Mündelheim | 6.720.870,41 |
| | | | Summe | 98.890.602,63 |

| Dez. | Amt | Finanzstelle | Bezeichnung | Betrag |
|---|-----|--------------|--------------|----------------------|
| Die Ermächtigungübertragung wird finanziert durch: | | | | |
| Erwartete Einzahlungen, die durch Zuweisungen, Spenden etc. finanziert werden (diverse Maßnahmen der Investitionsoffensive KIDU,) | | | | 14.599.089,16 |
| Noch erforderliche Kreditaufnahme 2017 | | | | 35.826.000,00 |
| Saldo aus der Investitionstätigkeit 2017 | | | | 14.906.587,97 |
| Nicht kassenwirksam verwendete investive Einzahlungen aus Vorjahren | | | | 33.558.925,50 |
| | | | Summe | 98.890.602,63 |

| 3. Planfortschreibung der Ansätze des investiven Finanzplans - Finanzierungstätigkeit - | | | | |
|--|-----|--------------|--------------|-------------|
| Dez. | Amt | Finanzstelle | Bezeichnung | Betrag |
| | | | | |
| | | | Summe | 0,00 |

Anlage 3 Gesamtergebnisrechnung

| Jahresergebnis 2017 Gesamtergebnisrechnung | | | | | | | | | |
|--|--|-------------------|--|--------------------------|-----------------|-------------------|---------------------------------|------------|----------------------------|
| Ertrags- und Aufwandsarten | | Ergebnis 2016 (€) | | Haushaltsansatz 2017 (€) | | Ergebnis 2017 (€) | Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis | | Übertr. Ermächt. nach 2018 |
| | | | | Original | fortgeschrieben | | absolut | prozentual | |
| 01 | Steuern und ähnliche Abgaben | 592.659.524,91 | | 626.308.861 | 626.308.861 | 628.881.263,46 | 2.572.402+ | 0,4+ | 0 |
| 02 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 689.817.394,10 | | 718.181.530 | 718.181.530 | 731.285.503,59 | 13.103.973+ | 1,8+ | 0 |
| 03 | + Sonstige Transfererträge | 18.961.029,76 | | 17.043.370 | 17.043.370 | 19.531.175,64 | 2.487.806+ | 14,6+ | 0 |
| 04 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 77.573.992,98 | | 72.183.516 | 72.183.516 | 78.573.394,22 | 6.389.878+ | 8,9+ | 0 |
| 05 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | 20.002.604,72 | | 21.578.989 | 21.578.989 | 21.881.773,55 | 302.784+ | 1,4+ | 0 |
| 06 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 213.814.357,25 | | 237.591.765 | 237.591.755 | 211.384.610,87 | 26.207.144 - | 11,0 - | 0 |
| 07 | + Sonstige ordentliche Erträge | 79.060.208,62 | | 69.696.135 | 69.696.135 | 98.954.915,56 | 29.258.780+ | 42,0+ | 0 |
| 08 | + Aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | | 0 | 0 | 0,00 | 0+ | - | 0 |
| 09 | +/- Bestandsveränderungen | 0,00 | | 0 | 0 | 0,00 | 0+ | - | 0 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | 1.691.889.112,34 | | 1.762.584.158 | 1.762.584.158 | 1.790.492.636,89 | 27.908.479+ | 1,6+ | 0 |
| 11 | - Personalaufwendungen | 349.302.823,36 | | 360.607.472 | 360.607.472 | 356.040.570,30 | 4.566.902 - | 1,3 - | 0 |
| 12 | - Versorgungsaufwendungen | 42.215.430,77 | | 44.618.888 | 44.618.888 | 48.520.031,76 | 3.901.144+ | 8,7+ | 0 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 289.364.444,11 | | 310.610.905 | 310.610.905 | 300.046.594,83 | 10.564.310 - | 3,4 - | 0 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | 93.230.365,78 | | 72.517.738 | 72.517.738 | 115.469.615,64 | 42.951.877+ | 59,2+ | 0 |
| 15 | - Transferaufwendungen | 648.199.182,13 | | 679.038.862 | 679.038.862 | 679.264.677,37 | 225.815+ | 0,0+ | 0 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | 251.922.025,24 | | 268.556.810 | 268.556.810 | 268.847.656,65 | 290.846+ | 0,1+ | 0 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | 1.674.234.271,39 | | 1.735.950.676 | 1.735.950.676 | 1.768.189.146,55 | 32.238.471+ | 1,9+ | 0 |
| 18 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17) | 17.654.840,95 | | 26.633.482 | 26.633.482 | 22.303.490,34 | 4.329.992 - | 16,3 - | 0 |
| 19 | + Finanzerträge | 8.554.482,38 | | 15.196.783 | 15.196.783 | 10.786.321,05 | 4.410.462 - | 29,0 - | 0 |
| 20 | - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | 20.488.952,65 | | 40.622.500 | 40.622.500 | 18.074.384,02 | 22.548.116 - | 55,5 - | 0 |
| 21 | = Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20) | 11.934.470,27- | | 25.425.717 - | 25.425.717 - | 7.288.062,97- | 18.137.654+ | 71,3 - | 0 |
| 22 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21) | 5.720.370,68 | | 1.207.765 | 1.207.765 | 15.015.427,37 | 13.807.662+ | 1.143,2+ | 0 |
| 23 | + Außerordentliche Erträge | 0,00 | | 0 | 0 | 0,00 | 0+ | - | 0 |
| 24 | - Außerordentliche Aufwendungen | 0,00 | | 0 | 0 | 0,00 | 0+ | - | 0 |
| 25 | = Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24) | 0,00 | | 0 | 0 | 0,00 | 0+ | - | 0 |
| 26 | = Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25) | 5.720.370,68 | | 1.207.765 | 1.207.765 | 15.015.427,37 | 13.807.662+ | 1.143,2+ | 0 |
| Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage | | | | | | | | | |
| 27 | Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen | | | | | 5.868.028,56 | | | |
| 28 | Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen | | | | | 0,09 | | | |
| 29 | Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen | | | | | 4.301.077,73 | | | |
| 30 | Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen | | | | | 49.470,08 | | | |
| 31 | Verrechnungssaldo | | | | | 1.517.480,84 | | | |

Anlage 4 Gesamtfinanzrechnung

| Jahresergebnis 2017 Gesamtfinanzrechnung | | | | | | | | | | |
|---|---|-------------------|--------------------------|-----------------|-------------------|---------------------------------|------------|-------------------------------|--|--|
| Ein- und Auszahlungsarten | | Ergebnis 2016 (€) | Haushaltsansatz 2017 (€) | | Ergebnis 2017 (€) | Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis | | Übertr. Ermächt. nach 2018 | | |
| | | | Original | fortgeschrieben | | absolut | prozentual | | | |
| 01 | Steuern und ähnliche Abgaben | 628.116.208,14 | 629.431.627 | 629.431.627 | 662.064.322,14 | 32.632.695+ | 5,2+ | 0 | | |
| 02 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 632.957.971,28 | 672.564.569 | 672.564.569 | 654.194.600,86 | 18.369.968 - | 2,7 - | 0 | | |
| 03 | + Sonstige Transfereinzahlungen | 19.087.625,75 | 17.043.370 | 17.043.370 | 18.214.679,20 | 1.171.309+ | 6,9+ | 0 | | |
| 04 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 66.947.131,03 | 65.529.312 | 65.529.312 | 65.755.742,45 | 226.430+ | 0,4+ | 0 | | |
| 05 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | 23.968.440,75 | 21.578.989 | 21.578.989 | 25.731.527,84 | 4.152.538+ | 19,2+ | 0 | | |
| 06 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 198.003.505,39 | 237.585.209 | 237.585.209 | 192.000.665,12 | 45.584.544 - | 19,2 - | 0 | | |
| 07 | + Sonstige Einzahlungen | 47.664.398,72 | 55.405.778 | 55.405.778 | 60.858.334,20 | 5.452.556+ | 9,8+ | 0 | | |
| 08 | + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | 7.808.931,03 | 15.196.783 | 15.196.783 | 8.733.163,85 | 6.463.619 - | 42,5 - | 0 | | |
| 09 | = Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 1.624.554.212,09 | 1.714.335.638 | 1.714.335.638 | 1.687.553.035,66 | 26.782.602 - | 1,6 - | 0 | | |
| 10 | - Personalauszahlungen | 305.699.886,38 | 324.685.835 | 324.685.835 | 313.676.321,17 | 11.009.514 - | 3,4 - | 0 | | |
| 11 | - Versorgungsauszahlungen | 61.886.803,96 | 60.636.146 | 60.636.146 | 65.008.929,42 | 4.372.783+ | 7,2+ | 0 | | |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | 278.123.594,78 | 300.673.644 | 304.113.323 | 290.067.856,77 | 14.045.466 - | 4,6 - | 2.935.134 | | |
| 13 | - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | 19.848.312,59 | 40.622.500 | 41.282.404 | 18.362.908,30 | 22.919.496 - | 55,5 - | 0 | | |
| 14 | - Transferauszahlungen | 638.194.083,78 | 679.038.862 | 687.943.231 | 659.223.495,43 | 28.719.736 - | 4,2 - | 10.284.702 | | |
| 15 | - Sonstige Auszahlungen | 241.420.570,03 | 260.242.132 | 260.429.478 | 258.888.600,90 | 1.540.877 - | 0,6 - | 50.671 | | |
| 16 | = Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 1.545.173.251,52 | 1.665.899.120 | 1.679.090.418 | 1.605.228.111,99 | 73.862.306 - | 4,4 - | 13.270.507 | | |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | 79.380.960,57 | 48.436.518 | 35.245.220 | 82.324.923,67 | 47.079.704+ | 133,6+ | 13.270.507- | | |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 36.310.869,61 | 78.655.300 | 78.655.300 | 49.023.163,94 | 29.632.136 - | 37,7 - | 0 | | |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 6.616.080,27 | 4.500.000 | 4.500.000 | 9.687.954,63 | 5.187.955+ | 115,3+ | 0 | | |
| 20 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | 2.195.000,00 | 2.150.000 | 2.150.000 | 2.274.335,00 | 124.335+ | 5,8+ | 0 | | |
| 21 | + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten | 3.606.143,33 | 4.721.000 | 4.721.000 | 1.198.816,31 | 3.522.184 - | 74,6 - | 0 | | |
| 22 | + Sonstige Investitionseinzahlungen | 4.638,21- | 0 | 0 | 143,66- | 144 - | - | 0 | | |
| 23 | = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 48.723.455,00 | 90.026.300 | 90.026.300 | 62.184.126,22 | 27.842.174 - | 30,9 - | 0 | | |
| 24 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | 309.574,83 | 9.979.000 | 10.146.400 | 394.064,87 | 9.752.335 - | 96,1 - | 889.420 | | |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | 27.542.279,89 | 74.449.000 | 109.220.758 | 35.465.702,91 | 73.755.055 - | 67,5 - | 53.093.220 | | |
| 26 | - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | 11.824.463,96 | 16.381.100 | 25.588.022 | 11.121.838,77 | 14.466.183 - | 56,5 - | 9.081.963 | | |
| 27 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | 80.192.125,00 | 127.273.800 | 127.273.800 | 35.826.000,00 | 91.447.800 - | 71,9 - | 35.826.000 | | |
| 28 | - Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | 1.386.276,96 | 2.960.100 | 2.966.814 | 115.140,00 | 2.851.674 - | 96,1 - | 0 | | |
| 29 | - Sonstige Investitionsauszahlungen | 952.776,70 | 46.000 | 46.000 | 180.791,70 | 134.792+ | 293,0+ | 0 | | |

Jahresergebnis 2017
Gesamtfinanzrechnung

| | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2016 (€) | | Haushaltsansatz 2017 (€) | | Ergebnis 2017 (€) | Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis | | Übertr. Ermächt. nach 2018 |
|-----------|---|-------------------|--|--------------------------|-----------------|-------------------|---------------------------------|------------|----------------------------|
| | | | | Original | fortgeschrieben | | absolut | prozentual | |
| 30 | = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 122.207.497,34 | | 231.089.000 | 275.241.794 | 83.103.538,25 | 192.138.255,- | 69,8 - | 98.890.603 |
| 31 | = Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30) | 73.484.042,34- | | 141.062.700- | 185.215.494- | 20.919.412,03- | 164.296.082+ | 88,7 - | 98.890.603- |
| 32 | = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31) | 5.896.918,23 | | 92.626.182- | 149.970.274- | 61.405.511,64 | 211.375.785+ | 141,0 - | 112.161.109- |
| 33 | + Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen | 104.686.657,81 | | 549.109.000 | 549.109.000 | 68.060.689,89 | 481.048.310 - | 87,6 - | 0 |
| 34 | + Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung | 1.448.800.000,00 | | 0 | 0 | 1.281.500.000,00 | 1.281.500.000+ | - | 0 |
| 35 | - Tilgung und Gewährung von Darlehen | 39.886.568,83 | | 430.342.000 | 430.342.000 | 48.295.619,91 | 382.046.380 - | 88,8 - | 0 |
| 36 | - Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung | 1.515.900.000,00 | | 0 | 0 | 1.389.200.000,00 | 1.389.200.000+ | - | 0 |
| 37 | = Saldo aus Finanzierungstätigkeit | 2.299.911,02- | | 118.767.000 | 118.767.000 | 87.934.930,02- | 206.701.930 - | 174,0 - | 0 |
| 38 | = Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37) | 3.597.007,21 | | 26.140.818 | 31.203.274- | 26.529.418,38- | 4.673.855+ | 15,0 - | 112.161.109- |
| 39 | + Anfangsbestand an Finanzmitteln | 30.537.387,65 | | 117.846.107 | 117.846.107 | 20.846.746,68 | 96.999.360- | 82,3 - | 0 |
| 40 | + Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln | 12.943.015,51- | | 0 | 0 | 37.410.449,26 | 37.410.449+ | - | 0 |
| 41 | = Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39 und 40) | 21.191.379,35 | | 143.986.925 | 86.642.833 | 31.727.777,56 | 54.915.056- | 63,4 - | 112.161.109- |

Anlage 5 Investitionsmaßnahmen 2017 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR

| Maßnahmen- nummer | Bezeichnung | fortgeschr. Ansatz | Ergebnis | Abweichung |
|------------------------------|--|-------------------------------|-----------------|-------------------|
| 021500.1009 | Ersatzbeschaffung Drehleiterfahrzeug | 1,171 | 0,590 | -0,581 |
| 021500.2002 | Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr | 1,474 | 1,109 | -0,365 |
| 021700.1002 | Ersatzbeschaffung Rettungswagen (RTW) | 0,834 | 0,636 | -0,198 |
| 030100.2004 | Ausst.programm „Die telematische Schule“ | 2,067 | 1,428 | -0,639 |
| 030100.2005 | Systematische Ausstattung Fachräume | 1,910 | 0,866 | -1,044 |
| 040601.1002 | Beschaffung eines Bücherbusses | 0,520 | 0,510 | -0,010 |
| 040601.2001 | Vermögensbesch. Stadtbibliothek, Zentr. Aufgaben | 0,854 | 0,740 | -0,114 |
| 060100.2001 | Vermögensbesch. Kitas/Tagespflege | 1,111 | 0,623 | -0,488 |
| 090209.4860 | Neugestaltung Bahnhofsvorplatz | 5,109 | 2,892 | -2,217 |
| 090209.4861 | Umbau Mercatorstraße | 1,409 | 0,529 | -0,880 |
| 090209.4862 | Neubau Fernbusbahnhof | 1,609 | 0,856 | -0,753 |
| 090801.4316 | Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide | 6,488 | 3,160 | -3,328 |
| 100702.9001 | Städt. Darlehen zur Wohnungsbauförderung | 3,000 | 4,884 | 1,884 |
| 120106.4411 | Ausbau Herzogstraße | 1,665 | 0,765 | -0,900 |
| 120106.4504 | Bau von Kreisverkehrsplätzen | 1,200 | 0,814 | -0,386 |
| 120106.4527 | Ausbau Obermeidericher Straße | 1,103 | 0,617 | -0,486 |
| 120106.4531 | Belagererneuerung Königstraße | 1,218 | 0,523 | -0,695 |
| 120106.4706 | Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung | 2,366 | 1,899 | -0,467 |
| 120106.5042 | Baumaßnahmen Gemeindestraßen Bezirk B | 1,006 | 0,572 | -0,434 |
| 120106.5043 | Baumaßnahmen Gemeindestraßen Bezirk C | 1,280 | 0,851 | -0,429 |
| 120401.4859 | Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik | 9,393 | 7,459 | -1,934 |
| 120401.5400 | Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke | 5,556 | 1,224 | -4,332 |
| 130203.2001 | Ausgl.- u. Ersatzmaßnahmen Baumschutzsatzung | 1,439 | 0,621 | -0,818 |
| 130404.1002 | Deichrückverlegung Mündelheim | 17,669 | 2,457 | -15,212 |

alle Angaben in Mio. EUR

Erläuterungen zu den Investitionen

030100.2004 Ausstattungsprogramm „Die telematische Schule“

Über diese Maßnahme wird die systematische Ausstattung mit Hard- und Software und die Beschaffung für die Vernetzung von PC-Räumen sowie die Schaffung der technischen Voraussetzungen multimedialer Anwendungen in Schulen abgewickelt.

Der Haushaltsansatz wurde auf 0,505 Mio. EUR festgelegt. Er erhöht sich durch die Planfortschreibung aus 2016 um 1,562 Mio. EUR, es standen somit insgesamt 2,067 Mio. EUR in 2017 zur Verfügung. Die Auszahlungen in 2017 für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen beliefen sich auf 1,428 Mio. EUR.

030100.2005 Systematische Ausstattung Fachräume

Über diese Maßnahme wird die Beschaffung für Schulen, wie z. B. die systematische Ausstattung mit Einrichtungsgegenständen für Klassen- und Fachräume, abgewickelt.

Der Haushaltsansatz wurde auf 1,088 Mio. EUR festgelegt. Erhöht wurde er durch die Planfortschreibung aus 2016 um 0,822 Mio. EUR, sodass insgesamt 1,910 Mio. EUR in 2017 zur Verfügung standen. Die Auszahlungen in 2017 für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen beliefen sich auf 0,866 Mio. EUR.

Ein großer Teil der Bestellungen (0,490 Mio. EUR) besteht aus Beschaffungen für die Ausstattung der Naturwissenschaftlichen Räume der Gesamtschule Meiderich und des Max-Planck-Gymnasiums. Hinzu kommen Ausgaben für die Kücheneinrichtung des Kiosks am Walther Rathenau Berufskolleg und der Hans-Christian-Andersen-Schule (0,126 Mio. EUR).

090209.4862 Neubau Fernbusbahnhof

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2017 ist der zuständige Fachbereich von einem schnelleren Baufortschritt ausgegangen. Die planerische Vorbereitung für das noch zu errichtende Gebäude hat längere Zeit in Anspruch genommen als erwartet. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist nunmehr für das Jahr 2019 vorgesehen.

090801.4316 Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide

Der Grunderwerb für ein Gebäude konnte im Rahmen eines Vorkaufsrechtes durch die Stadt im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden. Grund hierfür war die Klage des Eigentümers gegen das Vorkaufsrecht, weil dieser einen anderen Kaufinteressenten hatte. Im Jahr 2018 wurde im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens ein Vergleich zwischen der Stadt Duisburg und dem Eigentümer geschlossen und der Kaufpreis von der Stadt gezahlt.

Eine weitere Verzögerung hat sich im Zuge der Abrissarbeiten eines Hauses durch unerwarteten Asbestfund sowie einem erhöhten Zeitbedarf für die Vergabe weiterer Abbrucharbeiten ergeben.

120401.4859 Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik

Der Vertrag mit dem Auftragnehmer ist durch die Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG) am 31.05.2017 geschlossen worden. Es wurde ein Zahlungsplan vereinbart, der aufgrund von Verzögerungen im Berichtsjahr zu geringeren Aufwendungen führte als im Haushaltsplan veranschlagt. Die Zahlungen wurden entsprechend des Baufortschrittes und gemäß dem vereinbarten Zahlungsplan in 2017 geleistet.

130404.1002 Deichrückverlegung Mündelheim

Die Deichrückverlegung in Mündelheim ist eine auf mehrere Jahre ausgelegte Sanierung und Verlegung der Deichanlage. Unterteilt ist diese in vier Bauabschnitte. Die Bauabschnitte eins und zwei wurden Ende 2016 abgeschlossen.

Im dritten Bauabschnitt wird der Deich zurückverlegt. In diesem Zusammenhang sind auch umfangreiche Leitungsverlegungsarbeiten erforderlich. Weiterhin sind größere Arbeiten im Bereich der B 288 notwendig. Da der Stadtteil Mündelheim akut grundwassergefährdet ist, muss auch eine 20 m tiefe Dichtwand am wasserseitigen Böschungsfuß gebaut werden. Hierzu sind zeitintensive Ausschreibungsverfahren erforderlich, welche bis heute nicht abgeschlossen sind. Weiterhin sind vor und während der weiteren Bauabschnitte im Baugebiet notwendige Kampfmittelerkundungen noch nicht bzw. nicht abschließend erfolgt.

Durch die vorgenannten Maßnahmen sind Verzögerungen in der Planung bzw. Ausführung der Bauabschnitte drei und vier, insbesondere im dritten, eingetreten, welche zu den Minderauszahlungen in 2017 geführt haben.

Anlage 6 Ergebnisse je Organisationseinheit

| 1080 - Produktbereich 01, 03 | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|---------------------------------|
| Referate des Oberbürgermeisters (Ref. OB) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 1.743.122,10 | 1.640.322 | 1.390.993,20 | 1.614.879 | -352.129 |
| - Aufwendungen | 11.561.507,45 | 11.898.803 | 11.221.158,63 | 11.650.624 | -340.349 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -9.818.385,35 | -10.258.480 | -9.830.165,43 | -10.035.745 | -11.780 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 733.973,32 | 718.101 | 783.014,27 | 899.586 | 49.041 |
| = Ergebnis | -10.552.358,67 | -10.976.581 | -10.613.179,70 | -10.935.331 | -60.821 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,061 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge beziehen sich hauptsächlich auf die Abwicklung der Fördermittel des Landes für Projekte des Kommunalen Integrationszentrums (KI) wie z. B. „Unser Haus Europa“.

Der Rückgang der Erträge ist insbesondere auf geringere Landeszuweisungen von 0,093 Mio. EUR und eine im Haushaltsjahr 2016 vorgenommene periodenfremde Ertragsbuchung (0,178 Mio. EUR) zurückzuführen.

Die gegenüber dem Vorjahr um 0,340 Mio. EUR gesunkenen Aufwendungen resultieren aus niedrigeren Sach- und Dienstleistungen (0,175 Mio. EUR), Transferleistungen, z. B. für die operative Umsetzung der Projekte „Arbeit statt Armut und Ausgrenzung“ und „KOMM-AN NRW“ (0,220 Mio. EUR) und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (0,182 Mio. EUR), in denen die Sachkosten für vorgenannte Projekte enthalten sind.

Demgegenüber steht eine Steigerung bei den Personalaufwendungen von 0,238 Mio. EUR, die durch tarifbedingte Erhöhungen der Gehälter und die Wiederbesetzung zeitweise nicht besetzter Planstellen verursacht wurde.

Letztlich wirken sich die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen mit einem Betrag von 0,049 Mio. EUR negativ auf das Ergebnis aus.

| 1200 - Produktbereich 02, 15 Stabsstelle Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik (I-03) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 1.106.013,45 | 2.422.640 | 2.497.933,22 | 1.655.070 | 1.391.920 |
| - Aufwendungen | 3.547.808,81 | 5.035.397 | 5.712.311,14 | 4.025.909 | 2.164.502 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -2.441.795,36 | -2.612.757 | -3.214.377,92 | -2.370.839 | -772.583 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 15.183,63 | 16.564 | 16.563,96 | 16.564 | 1.380 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 129.069,94 | 369.220 | 246.556,96 | 92.640 | 117.487 |
| = Ergebnis | -2.555.681,67 | -2.965.413 | -3.444.370,92 | -2.446.915 | -888.689 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,889 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,392 Mio. EUR gestiegen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die Zuwendungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen für die im Berichtsjahr durchgeführten Wahlen (Bundes- und Landtagswahl).

Die gestiegenen Aufwendungen in Höhe von 2,165 Mio. EUR sind hauptsächlich auf erhöhte Personalaufwendungen (0,528 Mio. EUR) und Kosten für Porto und Versand (0,702 Mio. EUR) sowie Büromaterial (0,259 Mio. EUR) aufgrund der Durchführung der Dreifachwahl (Bundes- und Landtagswahl sowie Oberbürgermeisterwahl) und der Abwicklung des Bürgerentscheides zum Designer Outlet Center (DOC) zurückzuführen.

| 1400 - Produktbereich 01 Rechnungsprüfungsamt (Amt 14) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 20.778,84 | 12.642 | 9.826,00 | 12.644 | -10.953 |
| - Aufwendungen | 2.484.596,24 | 2.483.598 | 2.574.437,42 | 2.364.520 | 89.841 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -2.463.817,40 | -2.470.956 | -2.564.611,42 | -2.351.876 | -100.794 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 78.591,00 | 89.364 | 73.678,00 | 89.364 | -4.913 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 563.382,64 | 603.363 | 627.721,64 | 664.727 | 64.339 |
| = Ergebnis | -2.948.609,04 | -2.984.954 | -3.118.655,06 | -2.927.239 | -170.046 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,170 Mio. EUR erhöht.

Ursächlich sind im Wesentlichen um 0,091 Mio. EUR höhere Personalaufwendungen. Diese ergeben sich aus der Wiederbesetzung zweier Prüferstellen im Berichtsjahr.

Darüber hinaus haben sich die Erträge und Aufwendungen aus verrechneten Leistungen saldiert mit einem Betrag von 0,069 Mio. EUR ebenfalls ergebnisverschlechternd ausgewirkt.

| 1600 - Produktbereich 01 | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| Personalamt (Amt 11) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 3.132.908,90 | 2.640.194 | 3.976.117,19 | 2.906.378 | 843.208 |
| - Aufwendungen | 76.795.935,34 | 82.555.755 | 78.022.506,98 | 92.799.306 | 1.226.572 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -73.663.026,44 | -79.915.560 | -74.046.389,79 | -89.892.928 | -383.363 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 54.989.427,67 | 60.520.535 | 54.500.869,99 | 66.910.251 | -488.558 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 3.979.560,98 | 4.495.787 | 4.585.656,99 | 5.989.897 | 606.096 |
| = Ergebnis | -22.653.159,75 | -23.890.812 | -24.131.176,79 | -28.972.573 | -1.478.017 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,478 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind um 0,843 Mio. EUR gestiegen, was hauptsächlich auf erhöhte periodenfremde Erträge zurückzuführen ist. Hierbei handelt es sich zum einen um die Bereinigung von strittigen Mietforderungen seitens des IMD, sowie um Gehaltszahlungen aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Stadt Duisburg und dem IMD für das Teilprojekt 5.2. – Rückführung vom IMD. Des Weiteren konnten die Erträge aus Teilnehmerentgelten für Fortbildungsveranstaltungen sowie die Personalkostenerstattungen seitens des Jobcenters Duisburg erhöht werden.

Die Aufwendungen sind um 1,227 Mio. EUR gestiegen, was vornehmlich durch höhere Versorgungsaufwendungen zu erklären ist. Die Steigerung um 6,305 Mio. EUR basiert im Wesentlichen auf der Neuregelung der Versorgungslastenverteilung im Rahmen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes bei Dienstherrnwechsel. Danach sind seit dem 01.07.2016 Abfindungen an den aufzunehmenden Dienstherrn zu leisten, die über den Versorgungsaufwand abgewickelt werden. Des Weiteren wirkt sich die Entwicklung der Rückstellungen erhöhend auf den Versorgungsbereich aus. Die Minderung der Personalaufwendungen um 5,497 Mio. EUR verhinderte, dass die Aufwendungen noch weiter stiegen.

Ein weiterer Faktor, der im Berichtsjahr erhöhte Aufwendungen verursachte, war die Ausschreibung und Vergabe der drei vakanten Dezernentenstellen.

Da die Erträge aus den Verrechnungen mit den anderen Geschäftsbereichen (u. a. Personalnebenkosten und Versorgungsaufwendungen) gesunken und die Aufwendungen daraus gestiegen sind, ergibt sich insgesamt eine Verschlechterung von 1,478 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

| 1690 - Produktbereich 01 | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| Hauptamt: Zuschuss an DU-IT Gesellschaft für Informationstechnologie DU (Amt 10) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen | 9.723.003,96 | 9.746.922 | 9.836.700,12 | 9.594.613 | 113.696 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -9.723.003,96 | -9.746.922 | -9.836.700,12 | -9.594.613 | -113.696 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | -9.723.003,96 | -9.746.922 | -9.836.700,12 | -9.594.613 | -113.696 |

alle Angaben in EUR

Die DU-IT (Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH) wurde zum 01.01.2009 gegründet. Seitdem erhält sie von der Kernverwaltung eine jährliche Fixvergütung über den Geschäftsbereich 1690.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,114 Mio. EUR erhöht. Dies liegt in dem Projekt „Novell-Umstellung (AD/NC)“ und im Produkt „Netzwerkuser“ begründet.

Die haushalterische Umstellung auf die jeweiligen Fachbereiche und die damit verbundene produkt- und fachbereichsscharfe Abrechnung der Leistungen der DU-IT ist ab dem Haushaltsjahr 2019 vorgesehen.

| 1900 - Produktbereich 01 Stabsstelle Studieninstitut (OB-02) | | | | | |
|---|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 245.130,41 | 240.068 | 146.933,16 | 240.014 | -98.197 |
| - Aufwendungen | 578.306,15 | 774.547 | 739.934,77 | 717.942 | 161.629 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -333.175,74 | -534.478 | -593.001,61 | -477.928 | -259.826 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 22.543,22 | 47.277 | 20.699,23 | 29.087 | -1.844 |
| = Ergebnis | -355.718,96 | -581.755 | -613.700,84 | -507.015 | -257.982 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,258 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,098 Mio. EUR gesunken. Grund hierfür war der verspätete Beginn des Verwaltungslehrgangs II. Durch diese Verzögerung fielen die monatlich fälligen Erträge geringer aus.

Gleichzeitig sind die Aufwendungen um 0,162 Mio. EUR gestiegen. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Wiederbesetzung der Stelle eines hauptamtlichen Dozenten zu Beginn des Jahres 2017 zurückzuführen. Ansonsten fielen weitere Mehraufwendungen im Rahmen von Aus- und Fortbildungshonoraren für Eigenbedarfe an.

| 2000 - Produktbereich 01 Stadtkämmerei (Amt 20) | | | | | |
|--|----------------------|------------------|----------------------|-------------------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 166.181,85 | 4.665.352 | 2.019.968,28 | 151.119 | 1.853.786 |
| - Aufwendungen | 3.568.119,36 | 3.645.805 | 3.590.736,10 | 3.631.935 | 22.617 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -3.401.937,51 | 1.019.547 | -1.570.767,82 | -3.480.816 | 1.831.170 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 164.784,24 | 161.857 | 152.409,60 | 152.410 | -12.375 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 885.671,14 | 902.644 | 830.686,73 | 1.025.912 | -54.984 |
| = Ergebnis | -4.122.824,41 | 278.760 | -2.249.044,95 | -4.354.318 | 1.873.779 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,874 Mio. EUR vermindert.

Ursächlich für diese Entwicklung sind die um 1,854 Mio. EUR gestiegenen Erträge. So sind erstmalig im Berichtsjahr Finanzerträge aus der HSP-Maßnahme 7-000035 (Zentraler Einkauf) in Höhe von 1,283 Mio. EUR angefallen. Weitere Erträge von 0,562 Mio. EUR, resultierend aus dem einmaligen Konnexitätsausgleich für aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG NRW) resultierende Mehraufwendungen, wurden ebenfalls dieser HSP-Maßnahme zugerechnet.

Zukünftig wird die HSP-Maßnahme 7-000035 im Geschäftsbereich Beteiligungen (2060) der Stadtkämmerei abgebildet.

| 2060 - Produktbereich 11,12,15 Stadtkämmerei: Beteiligungen (Amt 20) | | | | | |
|---|----------------------|------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 32.376.653,87 | 34.665.340 | 33.142.461,49 | 39.430.486 | 765.808 |
| - Aufwendungen | 20.964.201,54 | 25.526.900 | 22.378.284,90 | 27.000.297 | 1.414.083 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | 11.412.452,33 | 9.138.440 | 10.764.176,59 | 12.430.189 | -648.276 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 4.982,52 | 4.983 | 4.982,52 | 4.983 | 0 |
| = Ergebnis | 11.407.469,81 | 9.133.457 | 10.759.194,07 | 12.425.206 | -648.276 |

alle Angaben in EUR

Über den Geschäftsbereich 2060 werden die Finanzströme zwischen der Stadt und den Beteiligungen abgewickelt.

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,648 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,766 Mio. EUR gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf höhere Erträge aus Gewinnausschüttungen von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zurückzuführen.

Die Aufwendungen sind im Berichtsjahr ebenfalls um 1,414 Mio. EUR gestiegen. Ursächlich hierfür ist der Anstieg der Transferaufwendungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen. Die erhöhte Rückstellungsbildung für den Verlustausgleich bei der Zoo Duisburg AG in Höhe von 1,740 Mio. EUR ist hier enthalten.

| 2070 - Produktbereich 01 Stadtkämmerei: Konzerninterne Abwicklung HSP (Amt 20) | | | | | |
|---|---------------------|------------------|---------------------|------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen | -3.155.544,00 | -3.221.267 | -3.221.266,00 | -3.448.863 | -65.722 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | 3.155.544,00 | 3.221.267 | 3.221.266,00 | 3.448.863 | 65.722 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 3.155.543,04 | 3.221.267 | 3.221.265,96 | 3.448.863 | 65.723 |
| = Ergebnis | 0,96 | 0 | 0,04 | 0 | - 1 |

alle Angaben in EUR

Seit dem Haushaltsjahr 2016 werden die Einsparungen aus den HSP-Maßnahmen, die vom IMD umzusetzen sind und sich bei den Miet- und Betriebskostenzahlungen auswirken, zentral in diesem Geschäftsbereich als negativer Aufwand dargestellt. Über interne Leistungsverrechnungen wird die Haushaltsentlastung an die Fachbereichsprodukte weitergegeben.

| 2080 - Produktbereich 17 Stadtkämmerei: Stiftungen (Amt 20) | | | | | |
|--|-------------|-----------------|-------------|----------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 36.087,89 | 35.000 | 65.161,43 | 100.000 | 29.074 |
| - Aufwendungen | 36.087,89 | 35.000 | 65.161,43 | 100.000 | 29.074 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |

alle Angaben in EUR

Die Erträge aus dem Stiftungsvermögen wurden für die in den Stiftungssatzungen genannten gemeinnützigen Zwecke verwendet.

Weiterhin wird über diesen Geschäftsbereich eine Erbschaft zugunsten der Waisenhausstiftung buchungstechnisch abgewickelt. Ursächlich für die Erhöhung der Erträge sowie der damit korrespondierenden Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr sind die Aktiendepots dieses Erbes.

| 2090 - Produktbereich 16 Stadtkämmerei: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 20) | | | | | |
|---|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 768.292.611,69 | 792.687.000 | 821.101.026,03 | 853.218.734 | 52.808.414 |
| - Aufwendungen | 208.119.821,63 | 220.100.682 | 211.328.310,12 | 239.569.249 | 3.208.488 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | 560.172.790,06 | 572.586.318 | 609.772.715,91 | 613.649.485 | 49.599.926 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | 560.172.790,06 | 572.586.318 | 609.772.715,91 | 613.649.485 | 49.599.926 |

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 49,600 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind um 52,808 Mio. EUR gestiegen. Die Schlüsselzuweisungen sind um 28,098 Mio. EUR auf 510,043 Mio. EUR gestiegen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich um 9,438 Mio. EUR auf 182,325 Mio. EUR erhöht sowie der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 7,894 Mio. EUR auf 37,685 Mio. EUR.

Die sonstigen ordentlichen Erträge sind um 15,812 Mio. EUR auf 15,944 Mio. EUR gestiegen. Hintergrund ist eine sogenannte „Sonderauskehrung“ des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) nach Entscheidung über die Kostenübernahme für Integrationshilfen in Regelschulen und Kindertageseinrichtungen.

Die Konsolidierungshilfe wurde erstmalig gekürzt, gegenüber dem Vorjahr um 11,113 Mio. EUR auf 41,883 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 3,208 Mio. EUR gestiegen. Zu den Aufwendungen gehören hauptsächlich die Umlagen an den Landschaftsverband Rheinland – LVR – (150,100 Mio. EUR) und den Regionalverband Ruhr – RVR – (6,763 Mio. EUR), die Gewerbesteuerumlagen (35,197 Mio. EUR), die Zinsen für Investitionskredite (11,980 Mio. EUR) sowie die Krankenhausumlage (8,597 Mio. EUR).

Die Zinsaufwendungen für Investitionskredite haben sich um 0,926 Mio. EUR verringert.

| 2100 - Produktbereich 01 Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) | | | | | |
|---|----------------------|--------------------|----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 5.821.379,84 | 3.004.898 | 3.450.509,06 | 3.353.546 | -2.370.871 |
| - Aufwendungen | 12.608.190,01 | 12.772.202 | 11.842.264,84 | 11.868.401 | -765.925 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -6.786.810,17 | -9.767.303 | -8.391.755,78 | -8.514.855 | -1.604.946 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 236.700,00 | 236.700 | 236.700,00 | 236.700 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 1.509.276,31 | 1.634.200 | 1.465.090,01 | 1.767.602 | -44.186 |
| = Ergebnis | -8.059.386,48 | -11.164.803 | -9.620.145,79 | -10.045.757 | -1.560.760 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,561 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,371 Mio. EUR gesunken. Grund hierfür sind im Wesentlichen geringere Erträge aus Nebenforderungen der Stadtkasse von 1,127 Mio. EUR sowie Zinserträge (Stundungs-, Hinterziehungs- und Aussetzungszinsen) von 0,627 Mio. EUR. Die gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Erträge sind darauf zurückzuführen, dass in 2016 bei der Festsetzung von Säumniszuschlägen bzw. Stundungs- und Aussetzungszinsen einmalig erhebliche Mehrerträge erzielt worden sind.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um 0,766 Mio. EUR gesunken. Die Minderung ist hauptsächlich auf geringere Personalaufwendungen in Höhe von 0,729 Mio. EUR zurückzuführen.

| 2190 - Produktbereich 16 Amt für Rechnungswesen und Steuern: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 21) | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 366.035.386,65 | 387.301.700 | 382.230.281,36 | 396.044.700 | 16.194.895 |
| - Aufwendungen | 19.602.364,68 | 28.880.000 | 19.924.696,18 | 35.965.000 | 322.332 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | 346.433.021,97 | 358.421.700 | 362.305.585,18 | 360.079.700 | 15.872.563 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | 346.433.021,97 | 358.421.700 | 362.305.585,18 | 360.079.700 | 15.872.563 |

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 15,873 Mio. EUR erhöht.

Zu den Erträgen in Höhe von 382,230 Mio. EUR gehören hauptsächlich die Gewerbesteuer (217,376 Mio. EUR), die Grundsteuer B (132,231 Mio. EUR) und die Vergnügungssteuer (10,051 Mio. EUR).

Die höheren Erträge von 16,195 Mio. EUR sind im Wesentlichen auf Mehrerträge bei der Gewerbesteuer von 10,456 Mio. EUR und der Grundsteuer B in Höhe von 2,153 Mio. EUR zurückzuführen.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,322 Mio. EUR gestiegen. Bei den Aufwendungen von insgesamt 19,925 Mio. EUR handelt es sich u. a. um Aufwendungen für die Gewerbesteuer-Erstattungszinsen in Höhe von 7,382 Mio. EUR und Zinszahlungen für die aufgenommenen Kassenkredite von 5,417 Mio. EUR. Die Zinszahlungen für Kassenkredite sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,943 Mio. EUR gesunken. Dies ist zum einen auf das weiterhin sinkende Zinsniveau auf dem Geldmarkt und zum anderen auf die geringere Inanspruchnahme von Krediten zurückzuführen.

| 2300 - Produktbereich 01 | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| Hauptamt (Amt 10) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 2.477.724,45 | 2.012.766 | 2.709.634,33 | 2.069.269 | 231.910 |
| - Aufwendungen | 14.901.678,64 | 15.188.741 | 15.609.987,64 | 14.859.279 | 708.309 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -12.423.954,19 | -13.175.975 | -12.900.353,31 | -12.790.010 | -476.399 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 162.782,02 | 201.945 | 362.146,52 | 179.845 | 199.365 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 1.372.529,15 | 1.526.073 | 1.244.766,16 | 1.486.942 | -127.763 |
| = Ergebnis | -13.633.701,32 | -14.500.103 | -13.782.972,95 | -14.097.107 | -149.271 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,149 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,232 Mio. EUR gestiegen. Die Erhöhung bezieht sich im Wesentlichen auf Erlöse aus den Dienstleistungen von Call Duisburg sowie des Druckcenters und erhöhter Teilleistungen im Zuge der Postvorsortierung.

Die Aufwendungen sind ebenfalls um 0,708 Mio. EUR gestiegen. Hauptursächlich dafür sind die um 1,110 Mio. EUR höheren Personalaufwendungen. Da jedoch der Betriebskostenzuschuss an die Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG) seit dem Haushaltsjahr 2017 nicht mehr über die Teilergebnisrechnung des Hauptamtes abgebildet wird, konnten die dadurch anfallenden Minderaufwendungen in Höhe von 0,600 Mio. EUR die höheren Personalaufwendungen zum Teil kompensieren.

Zudem sind die Erträge aus verrechneten Leistungen um 0,199 Mio. EUR gestiegen und die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen um 0,128 Mio. EUR gesunken, sodass sich insgesamt nur eine geringe Verschlechterung des Teilergebnisses um 0,149 Mio. EUR ergibt.

| 2390 - Produktbereich 01 | | | | | |
|---|-------------|-----------------|--------------------|-----------------|---------------------------------|
| Hauptamt: Leistungsentgelt an die Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (Amt 10) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 0,00 | 0 | 574,05 | 0 | 574 |
| - Aufwendungen | 0,00 | 874.650 | 599.736,99 | 644.300 | 599.737 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | 0,00 | -874.650 | -599.162,94 | -644.300 | -599.163 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | 0,00 | -874.650 | -599.162,94 | -644.300 | -599.163 |

alle Angaben in EUR

Der Geschäftsbereich 2390 für die Abwicklung des Betriebskostenzuschusses an die Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG) wurde im Jahr 2017 neu eingerichtet. Zuvor erfolgte die Darstellung über den Geschäftsbereich des Hauptamtes (2300).

Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag und der dazugehörigen Ergänzungsvereinbarung wird der Betriebskostenzuschuss an die DEG von den drei Gesellschaftern Stadt Duisburg, Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR (WBD-AöR) und der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) auf Grundlage des Jahresabschlussergebnisses der DEG gezahlt. Dabei werden die Aufwendungen, die im Rahmen des allgemeinen Geschäftsbetriebes der DEG anfallen, nach dem Schlüssel der Geschäftsanteile auf die Gesellschafter aufgeteilt (zurzeit je ein Drittel). Die Aufteilung gesellschafterspezifischer Aufwendungen für Sonderleistungen werden vor Beauftragung innerhalb der Geschäftsleitungen einvernehmlich festgelegt.

Im Vorjahr betrug der Betriebskostenzuschuss 0,631 Mio. EUR. Dieser hat sich demnach um 0,031 Mio. EUR verringert.

| 2700 - Produktbereich 01 Projekt Investitionsoffensive 2015 (I-04) | | | | | |
|---|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen | 238.914,58 | 171.044 | 177.604,17 | 177.028 | -61.310 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -238.914,58 | -171.044 | -177.604,17 | -177.028 | 61.310 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 32.615,28 | 47.502 | 49.377,99 | 58.933 | 16.763 |
| = Ergebnis | -271.529,86 | -218.546 | -226.982,16 | -235.961 | 44.548 |

alle Angaben in EUR

Im Oktober 2015 trat das Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW) in Kraft. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat der Stadt Duisburg Investitionsmittel in Höhe von 73,032 Mio. EUR für den Zeitraum 2015 bis 2020 bereitgestellt.

Um das KInvFöG NRW innerhalb der Stadt Duisburg umzusetzen wurde bereits im April 2015 eine Projektgruppe mit der Bezeichnung „Zentrales Maßnahmencontrolling Investitionsoffensive 2015 ff., Stabsstelle I-04 (ZMI)“ gegründet.

Der Zuschuss beträgt zum Abschlussstichtag 0,227 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser um 0,045 Mio. EUR gesunken.

Die Aufwendungen in Höhe von 0,178 Mio. EUR entfallen ausschließlich auf Personalaufwendungen (0,174 Mio. EUR) und sonstige ordentliche Aufwendungen - wie z. B. EDV-Leasing und DV-Zubehör - (0,003 Mio. EUR).

| 2790 - Produktbereich 01 Abwicklung Investitionsoffensive (I-04) | | | | | |
|---|-------------------|-----------------|--------------------|-----------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 103.786,00 | 16.683.100 | 1.600.952,12 | 23.236.110 | 1.497.166 |
| - Aufwendungen | 115.318,00 | 17.528.600 | 1.741.260,38 | 24.115.870 | 1.625.942 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -11.532,00 | -845.500 | -140.308,26 | -879.760 | -128.776 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | -11.532,00 | -845.500 | -140.308,26 | -879.760 | -128.776 |

alle Angaben in EUR

In diesem Geschäftsbereich werden die Erfassung und Weiterleitung von Fördermitteln nach dem KInvFöG NRW, Kapitel 1 für Investitionsmaßnahmen von Stellen außerhalb der unmittelbaren Kernverwaltung, z. B. Immobilien-Management Duisburg (IMD), Gemeinnützige Gesellschaft für Beschäftigungsförderung mbH (GfB), abgebildet.

Die von der Bezirksregierung Düsseldorf für diese Stellen an die Stadt überwiesenen Fördermittel werden bei der Kernverwaltung als Erträge verbucht und im Anschluss an die betroffenen Bereiche weiter transferiert (Aufwendungen).

Die Erträge stellen den Förderanteil in Höhe von 90 % an den zuwendungsfähigen Kosten dar. Die Aufwendungen beinhalten bei den an die städtischen Gesellschaften weitergeleiteten Fördermitteln zusätzlich den kommunalen Eigenanteil in Höhe von 10 %.

Die gestiegenen Erträge und Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr begründen sich durch den Projektfortschritt.

| 3000 - Produktbereich 01 | | | | | |
|--|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|---------------------------------|
| Rechtsamt (Amt 30) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 2.832.584,04 | 2.161.337 | 2.870.837,38 | 2.123.262 | 38.253 |
| - Aufwendungen | 6.966.613,06 | 8.833.251 | 8.199.233,78 | 10.237.138 | 1.232.621 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -4.134.029,02 | -6.671.914 | -5.328.396,40 | -8.113.877 | -1.194.367 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 27.165,00 | 27.165 | 27.165,00 | 27.165 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 1.040.485,33 | 975.863 | 1.017.275,75 | 1.130.395 | -23.210 |
| = Ergebnis | -5.147.349,35 | -7.620.612 | -6.318.507,15 | -9.217.107 | -1.171.158 |

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis erhöhte sich der Zuschuss gegenüber 2016 um 1,171 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 0,038 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verbesserte Ertragssituation ist vor allem auf Mehrerträge von 0,262 Mio. EUR aus ordnungsrechtlichen Erträgen (Bußgelder) zurückzuführen. Hinzu kommen Mehrerträge aus privatrechtlichen Erstattungen von Gerichts- und Anwaltskosten von 0,008 Mio. EUR und aus der Anpassung von Festwerten durch Inventurdifferenzen von 0,011 Mio. EUR. Demgegenüber verringerten sich die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 0,103 Mio. EUR. Ebenfalls verringerten sich die Erstattungen von Versicherungsumlagen um 0,048 Mio. EUR und die Erträge aus Erstattungen von Ausschreibungsunterlagen um 0,050 Mio. EUR. Hinzu kommt eine Verringerung der Erträge für die Rechtsberatung in Höhe von 0,038 Mio. EUR.

Die ordentlichen Erträge von 2,871 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 1,441 Mio. EUR (u. a. 1,021 Mio. EUR Bußgelder und 0,266 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen der Haftpflicht- Schülerunfall- und Kaskoumlage KSA - Kommunalen Schadensausgleich -) sowie Erträge aus Kostenerstattungen von 1,428 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1,233 Mio. EUR gestiegen. Der Mehraufwand ist hauptsächlich durch erhöhte Aufwendungen für Schadensfälle in Höhe von 1,056 Mio. EUR entstanden. Zusätzlich sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aufgrund bei Gericht anhängiger Großverfahren um 0,177 Mio. EUR gestiegen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 8,199 Mio. EUR haben die Personalaufwendungen (3,682 Mio. EUR) und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit 3,893 Mio. EUR (hauptsächlich 3,173 Mio. EUR Aufwendungen für Schadensfälle).

| 3100 - Produktbereich 12, 13, 14, 16 Amt für Umwelt und Grün (Amt 31) | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 17.257.755,64 | 19.610.262 | 45.198.778,76 | 19.827.294 | 27.941.023 |
| - Aufwendungen | 41.647.602,08 | 46.026.651 | 81.351.505,21 | 46.337.073 | 39.703.903 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -24.389.846,44 | -26.416.389 | -36.152.726,45 | -26.509.779 | -11.762.880 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 864.346,98 | 879.161 | 794.068,38 | 1.045.678 | -70.279 |
| = Ergebnis | -25.254.193,42 | -27.295.550 | -36.946.794,83 | -27.555.457 | -11.692.601 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,693 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge haben sich im Vorjahresvergleich um 27,941 Mio. EUR erhöht. Die Steigerung ist hauptsächlich auf die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten aus Zuweisungen vom Land in Höhe von 29,216 Mio. EUR zurückzuführen. Diese wurde bei der durchgeführten Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Park- und Grünanlagen erforderlich. Demgegenüber stehen Mindererträge bei den Landeszuweisungen in Höhe von 1,027 Mio. EUR und bei den privatrechtlichen Erstattungen der Landeshauptstadt Düsseldorf im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Deichrückverlegung Mündelheim“ von 0,272 Mio. EUR.

Die Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 39,704 Mio. EUR erhöht. Die Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen bei den bilanzierten Festwerten für Park- und Grünanlagen in Höhe von 40,903 Mio. EUR, die im Rahmen der Revision der Werthaltigkeit vorgenommen werden mussten.

Die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen haben sich um 0,070 Mio. EUR verringert.

| 3190 - Produktbereich 16 Amt für Umwelt und Grün: Kapitaldienst für die WBD-AöR (Amt 31) | | | | | |
|---|-------------------|-----------------|-------------------|----------------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen | 95.531,78 | 92.900 | 92.873,93 | 90.700 | -2.658 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -95.531,78 | -92.900 | -92.873,93 | -90.700 | 2.658 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | -95.531,78 | -92.900 | -92.873,93 | -90.700 | 2.658 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,003 Mio. EUR vermindert.

Bei den Aufwendungen handelt es sich um Aufwand für Kapitaldienstleistungen (Zinsen). Das ehemalige Institut für Wasserbau, Hochwasser-, Gewässerschutz und städtische Grundstückssanierung (31-3*) hatte in den Jahren 1996 bis 2005 Investitionen für Wasserbaumaßnahmen getätigt. Diese Investitionen waren von der WBD-AöR vorfinanziert worden. In langfristig ausgestalteten Verträgen ist die Leistungserbringung für die Rückzahlung bzw. den Kapitaldienst geregelt. Die Zinszahlungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig.

Mit Auflösung des Amtes für Wasser- und Kreislaufwirtschaft (Amt 33) zum 01.01.2011 sind nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Abwicklung der Darlehensverträge teilweise auf das Amt für Umwelt und Grün (Amt 31) übertragen worden.

| 3200 - Produktbereich 02 Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32) | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 27.020.892,20 | 26.733.334 | 27.030.480,81 | 26.357.746 | 9.589 |
| - Aufwendungen | 34.182.702,87 | 37.375.616 | 36.545.444,83 | 33.067.956 | 2.362.742 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -7.161.810,67 | -10.642.282 | -9.514.964,02 | -6.710.210 | -2.353.153 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 7.390.815,61 | 7.852.414 | 7.255.546,38 | 6.997.766 | -135.269 |
| = Ergebnis | -14.552.626,28 | -18.494.695 | -16.770.510,40 | -13.707.976 | -2.217.884 |

alle Angaben in EUR

Die Teilergebnisrechnung des Geschäftsbereiches 3200 „Bürger- und Ordnungsamt“ weist ein Jahresdefizit in Höhe von 16,771 Mio. EUR aus. Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber dem Vorjahr um 2,218 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Jahresvergleich geringfügig um 0,010 Mio. EUR gestiegen.

Innerhalb der einzelnen Ertragsarten kommt es im Vergleich zum Vorjahr dennoch zu verschiedenen Änderungen. So sind einerseits Mehrerträge bei den Verwaltungsgebühren von 0,439 Mio. EUR entstanden. Andererseits ist bei den sonstigen ordentlichen Erträgen im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 0,368 Mio. EUR zu verzeichnen. Dieser resultiert u. a. aus Mindererträgen bei der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs in Höhe von 0,251 Mio. EUR und geringeren Erträgen in Höhe von 0,181 Mio. EUR bei den Bußgeldern.

Die Aufwendungen haben sich im Vorjahresvergleich um 2,363 Mio. EUR erhöht.

Den größten Anteil an den Aufwendungen in Höhe von 36,545 Mio. EUR haben mit 26,082 Mio. EUR die Personalaufwendungen und mit 8,762 Mio. EUR die sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalaufwendungen um 1,809 Mio. EUR und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 0,290 Mio. EUR (u. a. 0,216 Mio. EUR für Urkunden, Passvordrucke und Plaketten).

| 3700 - Produktbereich 02 | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|-------------------|
| Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 27.413.242,93 | 26.016.834 | 29.472.783,77 | 29.906.343 | 2.059.541 |
| - Aufwendungen | 65.417.125,10 | 67.314.699 | 69.891.890,52 | 72.515.841 | 4.474.765 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -38.003.882,17 | -41.297.865 | -40.419.106,75 | -42.609.498 | -2.415.225 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 20.720,04 | 20.720 | 20.720,04 | 20.720 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 21.698.350,46 | 22.168.884 | 23.316.523,48 | 28.025.699 | 1.618.173 |
| = Ergebnis | -59.681.512,59 | -63.446.030 | -63.714.910,19 | -70.614.477 | -4.033.398 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,033 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,060 Mio. EUR gestiegen. Ursächlich sind u. a. weiter gestiegene Einsatzzahlen bei Notarzt- und Rettungsdiensteinsätzen, die zu Mehrerträgen von 1,102 Mio. EUR führten.

Zusätzliche Ertragssteigerungen von 0,605 Mio. EUR werden bei den Produkten Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistungen abgebildet. Hintergrund sind die überarbeitete Feuerwehrsatzung (Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Feuerwehr der Stadt Duisburg) sowie die ebenfalls neu gefasste Entgeltordnung, die beide rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft getreten sind.

Die Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,475 Mio. EUR erhöht.

Insbesondere sind die Personalaufwendungen um 4,455 Mio. EUR gestiegen, u. a. durch neu eingerichtete und besetzte Stellen im Rahmen der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind über verschiedene Produkte um insgesamt 1,956 Mio. EUR gestiegen, hier besteht eine grundsätzliche Korrelation zu den gestiegenen Einsatzzahlen. Hinzu kommt die Inbetriebnahme von vier weiteren Rettungstransportwagen (RTW).

Nach Sonderabschreibungen im Vorjahr haben sich die bilanziellen Abschreibungen mit einem Rückgang um 1,999 Mio. EUR wieder normalisiert.

Die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen haben sich um 1,618 Mio. EUR erhöht.

| 4000 - Produktbereich 03 Amt für Schulische Bildung (Amt 40) | | | | | |
|---|------------------------|---------------------|------------------------|---------------------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 33.176.130,65 | 29.128.889 | 16.285.569,66 | 33.912.846 | -16.890.561 |
| - Aufwendungen | 153.167.189,19 | 144.823.925 | 142.647.594,58 | 151.248.181 | -10.519.595 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -119.991.058,54 | -115.695.036 | -126.362.024,92 | -117.335.336 | -6.370.966 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | -567.921,02 | -596.621 | -704.894,75 | -617.227 | -136.974 |
| = Ergebnis | -119.423.137,52 | -115.098.415 | -125.657.130,17 | -116.718.108 | -6.233.993 |

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis erhöhte sich der Zuschuss gegenüber 2016 um 6,234 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Verminderung von 16,891 Mio. EUR zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf ein geringeres Ertragsergebnis von 12,323 Mio. EUR bei den Zuweisungen vom Land zurückzuführen. Die Abweichung resultiert hauptsächlich aus der Umbuchung eines Teils der Schulpauschale vom konsumtiven Bereich des Amtes für Schulische Bildung in den investiven Bereich des IMD. Hinzu kommen geringere Erträge von 4,621 Mio. EUR aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen vom Land. Aufgrund einer Werthaltigkeitskontrolle von Festwerten und entsprechender Anpassungen durch Wertabschläge kam es im Jahr 2016 zu erhöhten Erträgen in diesem Bereich. Diese sind in 2017 nicht angefallen.

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 16,286 Mio. EUR beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Zuwendungen von 10,093 Mio. EUR, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte von 2,749 Mio. EUR (u. a. Benutzungsgebühren) und sonstige ordentliche Erträge von 2,781 Mio. EUR (u. a. Erträge aus der Vereinnahmung der Investitionsförderung für Festwerte).

Die Minderaufwendungen gegenüber dem Vorjahr von 10,520 Mio. EUR sind im Wesentlichen im Sachkonto „Abschreibungen auf andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung“ entstanden. Ursache hierfür ist eine notwendig gewordene Wertkorrektur bei festbewerteten Vermögengegenständen des Sachanlagevermögens in Höhe von 13,233 Mio. EUR im Jahr 2016, die im Berichtsjahr nicht angefallen ist. Demgegenüber sind die Aufwendungen für Betriebskostenzahlungen an das IMD in Höhe von 1,192 Mio. EUR gestiegen. Ebenfalls sind erhöhte Aufwendungen von 0,995 Mio. EUR im Bereich Erstattungen an übrige Bereiche angefallen. Dies hängt hauptsächlich mit den Kosten für in Anspruch genommene Bildungstage der Männer und Frauen im Bundesfreiwilligendienst zusammen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von insgesamt 142,648 Mio. EUR haben mit 102,503 Mio. EUR die Mieten und Betriebskosten für z. B. Schulgebäude.

| 4200 - Produktbereich 04 Stadtbibliothek (Amt 42) | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 2.464.492,99 | 819.495 | 1.758.849,57 | 819.912 | -705.643 |
| - Aufwendungen | 12.448.513,67 | 12.702.993 | 11.944.163,97 | 12.267.457 | -504.350 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -9.984.020,68 | -11.883.498 | -10.185.314,40 | -11.447.545 | -201.293 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 228.040,60 | 258.356 | 167.066,92 | 202.503 | -60.974 |
| = Ergebnis | -10.212.061,28 | -12.141.854 | -10.352.381,32 | -11.650.049 | -140.319 |

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber 2016 um 0,140 Mio. EUR erhöht.

Die ordentlichen Erträge von 1,759 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge in Höhe von 1,085 Mio. EUR aus der anteiligen Investitionspauschale und 0,530 Mio. EUR aus privatrechtlichen Benutzungsentgelten (u. a. Bibliotheks-entgelte).

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen ein Rückgang von 0,706 Mio. EUR zu verzeichnen. Dies ist vor allem darin begründet, dass im Jahr 2016 Erträge aus Inventurdifferenzen (0,866 Mio. EUR) gebucht wurden, die im Berichtsjahr nicht angefallen sind. Demgegenüber erhöhten sich die Erträge bei der anteiligen Investitionspauschale für Ersatzinvestitionen nach der Festwertmethode für Medien um 0,179 Mio. EUR.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 11,944 Mio. EUR haben die Personalaufwendungen (6,968 Mio. EUR), die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (3,495 Mio. EUR) und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (1,280 Mio. EUR).

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 0,504 Mio. EUR gesunken. Der Minderaufwand ist durch Veränderungen in verschiedenen Sachkonten entstanden.

Die bilanzielle Abschreibung der Betriebs- und Geschäftsausstattung ist um 0,735 Mio. EUR gesunken. Demgegenüber erhöhten sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen von summarisch 0,168 Mio. EUR (u. a. 0,074 Mio. EUR Mehraufwand für Miete und die Betriebskostenzahlung an das Immobilien-Management Duisburg).

| 4300 - Produktbereich 04 Volkshochschule (Amt 43) | | | | | |
|--|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 7.192.696,00 | 6.170.590 | 7.345.683,40 | 6.613.157 | 152.987 |
| - Aufwendungen | 12.852.028,25 | 12.486.944 | 13.099.116,40 | 12.413.841 | 247.088 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -5.659.332,25 | -6.316.354 | -5.753.433,00 | -5.800.684 | -94.101 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 393.184,76 | 392.892 | 359.378,85 | 438.716 | -33.806 |
| Ergebnis | -6.052.517,01 | -6.709.246 | -6.112.811,85 | -6.239.400 | -60.295 |

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber 2016 um 0,060 Mio. EUR erhöht.

Die ordentlichen Erträge von 7,346 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von 4,639 Mio. EUR, Beiträge der Musik- und Kunstschule von 1,592 Mio. EUR und Teilnahmeentgelte der VHS von 0,917 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 0,153 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verbesserte Ertragssituation ist auf Mehrerträge bei den Zuweisungen und Zuschüssen (0,804 Mio. EUR) zurückzuführen. Demgegenüber stehen Mindererträge bei der anteiligen Investitionspauschale für Ersatzinvestitionen nach der Festwertmethode (0,358 Mio. EUR) und Mindererträge durch die Inventurdifferenzen (0,168 Mio. EUR), die im Jahr 2016 gebucht wurden.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 13,099 Mio. EUR haben mit 7,986 Mio. EUR die Personalaufwendungen und mit 4,522 Mio. EUR die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (u. a. Honorare 2,262 Mio. EUR, Miete und Betriebskosten an das Immobilien-Management Duisburg 1,761 Mio. EUR).

Die Aufwendungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 0,247 Mio. EUR (u. a. Honorare 0,218 Mio. EUR).

| 4400 - Produktbereich 04 Kulturbetriebe Duisburg (Amt 41) | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 2.980.678,86 | 2.202.626 | 2.766.294,00 | 2.416.443 | -214.385 |
| - Aufwendungen | 38.221.538,63 | 39.021.882 | 39.661.183,76 | 39.825.192 | 1.439.645 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -35.240.859,77 | -36.819.256 | -36.894.889,76 | -37.408.749 | -1.654.030 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 617.377,57 | 826.940 | 466.558,80 | 660.323 | -150.819 |
| = Ergebnis | -35.858.237,34 | -37.646.196 | -37.361.448,56 | -38.069.072 | -1.503.211 |

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber 2016 um 1,503 Mio. EUR erhöht.

Die ordentlichen Erträge von 2,766 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge in Höhe von 1,049 Mio. EUR aus Zuweisungen und Zuschüssen sowie 1,628 Mio. EUR aus privatrechtlichen Leistungsentgelten (u. a. Erlöse von 1,471 Mio. EUR aus dem Verkauf von z. B. Konzert- und Theaterabos sowie Ticket- und Katalogverkauf).

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen ein Rückgang von 0,214 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verschlechterte Ertragssituation ist u. a. auf geringere Zuweisungen und Zuschüsse von 0,108 Mio. EUR zurückzuführen (hierbei handelt es sich u. a. um geringere Zuschüsse privater Unternehmen von 0,167 Mio. EUR und geringere Zuschüsse von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen von 0,032 Mio. EUR). Demgegenüber erhöhten sich die Zuweisungen vom Land sowie von Gemeinden und Gemeindeverbänden in Höhe von 0,077 Mio. EUR.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 39,661 Mio. EUR haben mit 13,424 Mio. EUR die Personalaufwendungen und mit 12,006 Mio. EUR die Transferaufwendungen (u. a. Zuschuss Deutsche Oper am Rhein gGmbH von 9,742 Mio. EUR und Zuschuss an die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum von 2,046 Mio. EUR).

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1,440 Mio. EUR gestiegen. Der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr ist durch Veränderungen in verschiedenen Sachkonten entstanden.

Mehraufwendungen sind u. a. für Miete und Betriebskosten von 0,905 Mio. EUR, bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 0,343 Mio. EUR und bei den Transferaufwendungen von 0,323 Mio. EUR (0,281 Mio. EUR für die Deutsche Oper am Rhein gGmbH) zu verzeichnen. Demgegenüber verringerten sich die sonstigen Geschäftsaufwendungen in Höhe von 0,237 Mio. EUR.

| 5000 - Produktbereich 05, 10 Amt für Soziales und Wohnen (Amt 50) | | | | | |
|--|------------------------|---------------------|------------------------|---------------------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 217.647.992,54 | 227.369.943 | 213.303.229,93 | 200.171.191 | -4.344.763 |
| - Aufwendungen | 448.873.367,05 | 450.904.191 | 453.322.737,32 | 445.010.488 | 4.449.370 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -231.225.374,51 | -223.534.248 | -240.019.507,39 | -244.839.297 | -8.794.133 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 9.127,41 | 10.011 | 13.264,22 | 7.846 | 4.137 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 6.862.362,86 | 6.910.835 | 6.512.854,65 | 7.531.506 | -349.508 |
| = Ergebnis | -238.078.609,96 | -230.435.072 | -246.519.097,82 | -252.362.957 | -8.440.488 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,440 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge von 213,303 Mio. EUR enthalten im Wesentlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 175,133 Mio. EUR. Dazu gehören u. a. Erstattungen des Bundes, des Landes und des Landschaftsverbandes Rheinland für die Sozialhilfe und den Asylbereich (174,055 Mio. EUR).

Es ergab sich eine Verschlechterung in Höhe von 4,345 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Die Mindererträge resultieren u. a. aus den geänderten Abrechnungsmodalitäten nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) sowie abnehmender Zuweisung erstattungsfähiger Personen. Seit dem 1. Januar 2017 wird eine monatliche FlüAG-Pauschale je Asylbewerber gezahlt.

Im Rahmen der Einführung des Inklusionsstärkungsgesetzes (ISG) zum 01.07.2016 erfolgte nach Absprache mit dem Landschaftsverband Rheinland in 2017 erstmalig eine Spitzabrechnung und führte im Ergebnis zu Mindererträgen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen um 4,449 Mio. EUR gestiegen.

Die Aufwendungen von 453,323 Mio. EUR entfallen im Wesentlichen auf:

| | |
|-------------------------------------|------------------|
| Leistungen für Arbeitssuchende | 203,272 Mio. EUR |
| Hilfen bei Pflegebedürftigkeit | 66,825 Mio. EUR |
| Unterbringung Asylbewerber | 50,670 Mio. EUR |
| Hilfen nach AsylbLG | 27,789 Mio. EUR |
| Grundsicherung | 47,923 Mio. EUR |
| Hilfe zum Lebensunterhalt | 10,042 Mio. EUR |
| Hilfen für Menschen mit Behinderung | 11,976 Mio. EUR |

Aufgrund der rückläufigen Asylbewerberzahlen verringerten sich die Aufwendungen für die Versorgung sowie für die Unterbringung der Asylbewerber.

Für die vorzeitige Rückgabe von Asylunterkünften sind Aufwendungen (Miete und Betriebskosten) an das Immobilien-Management Duisburg (IMD) in Höhe von rund 5,600 Mio. EUR angefallen.

Weiterhin sind im Bereich der Grundsicherung die Aufwendungen gestiegen.

| 5080 - Produktbereich 15 Amt für Soziales und Wohnen: Sportförderung (Amt 50) | | | | | |
|--|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 2.699.688,73 | 2.869.720 | 2.748.269,68 | 2.198.976 | 48.581 |
| - Aufwendungen | 25.166.124,46 | 25.439.595 | 25.153.385,43 | 24.107.694 | -12.739 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -22.466.435,73 | -22.569.875 | -22.405.115,75 | -21.908.717 | 61.320 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| = Ergebnis | -22.466.435,73 | -22.569.875 | -22.405.115,75 | -21.908.717 | 61.320 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,061 Mio. EUR vermindert.

Bei den Erträgen ergaben sich Verbesserungen gegenüber dem Jahr 2016 in Höhe von 0,049 Mio. EUR. Sie liegen somit leicht über dem Vorjahresergebnis. Die Erträge setzen sich hauptsächlich aus der Sportpauschale des Landes NRW (1,334 Mio. EUR) und der Auflösung von Sonderposten für in der Vergangenheit erhaltene Zuwendungen (1,408 Mio. EUR) zusammen.

Die Aufwendungen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 0,013 Mio. EUR verringert haben, enthalten die Zuschusszahlungen an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung DuisburgSport (22,294 Mio. EUR, einschließlich Weiterleitung der Sportpauschale), Zuschüsse in Höhe von 0,284 Mio. EUR an DuisburgSport für die zum Teil im städtischen Eigentum verbliebenen Sportanlagen und die Abschreibungen für vorhandene Anlagegüter (u. a. Gebäude auf Sportstätten, Fahrzeuge) in Höhe von 2,575 Mio. EUR.

| 5100 - Produktbereich 06 | | | | | |
|--|------------------------|---------------------|------------------------|---------------------|---------------------------------|
| Jugendamt (Amt 51) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 101.161.775,00 | 112.193.432 | 121.461.662,85 | 135.718.351 | 20.299.888 |
| - Aufwendungen | 300.391.531,37 | 320.554.001 | 335.063.398,73 | 350.382.629 | 34.671.867 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -199.229.756,37 | -208.360.569 | -213.601.735,88 | -214.664.277 | -14.371.980 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 4.463.343,91 | 7.175.579 | 3.265.107,99 | 4.598.792 | -1.198.236 |
| = Ergebnis | -203.693.100,28 | -215.536.148 | -216.866.843,87 | -219.263.069 | -13.173.744 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 13,174 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vorjahresvergleich um 20,300 Mio. EUR gestiegen.

Diese Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen aus einer zusätzlichen Förderung im Rahmen des Gesetzes zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen (11,815 Mio. EUR). Bei den weiteren Mehrerträgen handelt es sich um die Erstattungen vom Landschaftsverband Rheinland in Höhe von 4,914 Mio. EUR für Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Ausländer.

Darüber hinaus erhöhte sich durch die Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) und des entsprechenden Ausführungsgesetzes zum 01.07.2017 der Erstattungsanteil von Bund und Land an den Aufwendungen (1,794 Mio. EUR).

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 34,672 Mio. EUR gestiegen.

Ursächlich sind insbesondere die Zuweisungen an die freien Träger der Kindertageseinrichtungen in Höhe von 72,389 Mio. EUR (Vorjahr 55,934 Mio. EUR), welche u. a. aufgrund der Kita-Ausbauprogramme, vorwiegend durch die zusätzliche Förderung im Rahmen des Gesetzes zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen (11,815 Mio. EUR), jährlich ansteigen.

Der Anstieg der Aufwendungen beim Unterhaltsvorschuss in Höhe von 4,889 Mio. EUR resultiert aus der Gesetzesänderung ab dem 01.07.2017, mit welchem die Höchstbezugsdauer von 72 auf 216 Monate und die Höchstaltersgrenze von 12 Jahren bis zum vollendeten 18. Lebensjahr heraufgesetzt wurde.

Weiterhin sind die Aufwendungen für die erzieherischen Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen um insgesamt 14,534 Mio. EUR gestiegen. Dies ist auf eine landesweite Entwicklung zurückzuführen.

| 5300 - Produktbereich 07 Gesundheitsamt (Amt 53) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 1.377.291,84 | 1.277.358 | 1.391.912,94 | 1.292.293 | 14.621 |
| - Aufwendungen | 9.151.718,35 | 10.004.002 | 9.691.457,54 | 9.703.966 | 539.739 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -7.774.426,51 | -8.726.644 | -8.299.544,60 | -8.411.673 | -525.118 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 784.641,05 | 805.944 | 742.609,05 | 873.860 | -42.032 |
| = Ergebnis | -8.559.067,56 | -9.532.588 | -9.042.153,65 | -9.285.533 | -483.086 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,483 Mio. EUR erhöht.

Die Summe der ordentlichen Erträge beträgt 1,392 Mio. EUR. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt eine Verbesserung der Erträge in Höhe von 0,015 Mio. EUR. Diese Steigerung ist im Wesentlichen auf eine höhere Sonderzuwendung des Landes für die Erstattung von Aufwendungen für Schutzimpfungen zurückzuführen.

Die ordentlichen Aufwendungen zeigen im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung in Höhe von 0,540 Mio. EUR. Dazu haben insbesondere gestiegene Personalaufwendungen beigetragen, die sich um 0,350 Mio. EUR auf 6,578 Mio. EUR erhöht haben. Des Weiteren resultiert aus höheren Betriebskostenzahlungen an das Immobilien-Management Duisburg (IMD) in Höhe von 0,219 Mio. EUR ein Mehraufwand.

Die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen haben sich um 0,042 Mio. EUR verringert.

| 5400 - Produktbereich 06 Institut für Jugendhilfe (Amt 54) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 220.117,03 | 176.358 | 198.908,00 | 176.258 | -21.209 |
| - Aufwendungen | 2.428.329,22 | 2.471.760 | 2.482.508,07 | 2.371.176 | 54.179 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -2.208.212,19 | -2.295.402 | -2.283.600,07 | -2.194.919 | -75.388 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 495.032,02 | 521.569 | 502.163,24 | 530.166 | 7.131 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 172.682,13 | 200.376 | 150.986,49 | 164.170 | -21.696 |
| = Ergebnis | -1.885.862,30 | -1.974.209 | -1.932.423,32 | -1.828.922 | -46.561 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,047 Mio. EUR erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Erträge um 0,021 Mio. EUR verringert. Im Jahr 2016 wurden Mehrerträge von 0,018 Mio. EUR durch die Vereinnahmung der Investitionsförderung für Festwerte verbucht. Diese Erträge haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Die ordentlichen Aufwendungen betragen insgesamt 2,483 Mio. EUR. Im Vorjahresvergleich haben sich die Aufwendungen um 0,054 Mio. EUR erhöht. Die Verschlechterung erstreckt sich über verschiedene Sachkonten.

| 5500 - Produktbereich 02, 07 Institut für gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 53-5*) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 514.667,87 | 235.236 | 470.527,78 | 235.269 | -44.140 |
| - Aufwendungen | 3.293.513,68 | 3.532.438 | 3.475.085,95 | 3.788.772 | 181.572 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -2.778.845,81 | -3.297.202 | -3.004.558,17 | -3.553.503 | -225.712 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 186.764,48 | 174.112 | 168.162,26 | 214.054 | -18.602 |
| = Ergebnis | -2.965.610,29 | -3.471.314 | -3.172.720,43 | -3.767.557 | -207.110 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,207 Mio. EUR erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Erträge in Höhe von 0,044 Mio. EUR gesunken. Die Mindererträge sind im Wesentlichen bei den Verwaltungsgebühren im Produkt „Belehrung nach § 43 des Infektionsschutzgesetzes“ in Höhe von 0,053 Mio. EUR entstanden. Hierbei handelt es sich um die Ausstellung von Gesundheitszeugnissen. Diese sind fremdbestimmt, so dass die Erträge jährlich variieren. Demgegenüber sind Mehrerträge im Bereich „Tiergesundheit“ und „Hygieneüberwachungen“ in Höhe von insgesamt 0,015 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese resultieren aus den verstärkt angefallenen Amtshandlungen bei der Kontrolle und Überwachung von Tiertransporten aus dem Ausland.

Die Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,182 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Personalaufwendungen (0,138 Mio. EUR). Ebenso hat sich das Entgelt, welches die Stadt Duisburg an das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) für die Erfüllung der von der Stadt Duisburg in Anspruch genommenen Leistungen entrichtet hat, um 0,035 Mio. EUR erhöht.

| 6100 - Produktbereich 01, 09, 12 Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61) | | | | | |
|---|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 65.471.829,78 | 63.879.601 | 66.873.295,94 | 65.476.921 | 1.401.466 |
| - Aufwendungen | 128.322.529,95 | 127.572.613 | 131.918.648,13 | 133.885.853 | 3.596.118 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -62.850.700,17 | -63.693.012 | -65.045.352,19 | -68.408.933 | -2.194.652 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 1.750.986,89 | 1.832.801 | 1.671.354,19 | 1.723.267 | -79.633 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 1.975.437,96 | 2.284.162 | 1.862.178,70 | 2.356.150 | -113.259 |
| = Ergebnis | -63.075.151,24 | -64.144.373 | -65.236.176,70 | -69.041.816 | -2.161.026 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,161 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge haben sich im Vorjahresvergleich um 1,401 Mio. EUR erhöht. Sie betragen im Berichtsjahr 66,873 Mio. EUR und beziehen sich u. a. auf Erträge aus Zuwendungen (42,489 Mio. EUR), öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (11,533 Mio. EUR) und privatrechtlichen Leistungsentgelten (6,334 Mio. EUR).

Die Aufwendungen in Höhe von 131,919 Mio. EUR enthalten neben Abschreibungen (65,703 Mio. EUR) auch Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (45,259 Mio. EUR). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Aufwendungen um 3,596 Mio. EUR erhöht.

Aufgrund der in 2017 abgeschlossenen Inventur des immobilen Vermögens im Bereich der Hauptverkehrsstraßen wurde eine erhöhte Abnutzung bzw. ein erhöhter Verschleiß festgestellt, der eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 4,961 Mio. EUR erforderte. Demgegenüber stehen ertragswirksame Auflösungen von Sonderposten in Höhe von insgesamt 4,063 Mio. EUR. Die Ergebnisbelastung liegt damit bei 0,898 Mio. EUR.

Eine weitere Erhöhung des Zuschusses ist auf zusätzliche Aufwendungen für die Flächenentwicklung „The Curve“ am Innenhafen Duisburg in Höhe von 1,947 Mio. EUR zurückzuführen.

| 6200 - Produktbereich 09, 10, 12 Amt für Baurecht und Bauberatung (Amt 62) | | | | | |
|---|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 8.849.665,87 | 8.459.309 | 7.636.454,21 | 8.634.889 | -1.213.212 |
| - Aufwendungen | 16.943.461,62 | 18.876.581 | 17.408.552,09 | 19.263.119 | 465.090 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -8.093.795,75 | -10.417.273 | -9.772.097,88 | -10.628.230 | -1.678.302 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 830.028,12 | 820.372 | 835.216,12 | 931.372 | 5.188 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 3.514.246,69 | 3.890.174 | 3.476.231,25 | 4.093.920 | -38.015 |
| = Ergebnis | -10.778.014,32 | -13.487.074 | -12.413.113,01 | -13.790.778 | -1.635.099 |

alle Angaben in EUR

Die Teilergebnisrechnung des Amtes für Baurecht und Bauberatung weist ein Jahresdefizit von 12,413 Mio. EUR aus. Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr infolgedessen um 1,635 Mio. EUR erhöht.

Die Ergebnisverschlechterung ist im Wesentlichen auf zwei Komponenten zurückzuführen. Einerseits sind im Vergleich zum Vorjahr bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (6,025 Mio. EUR) Mindererträge in Höhe von 0,953 Mio. EUR zu verzeichnen. In dieser Ertragsgruppe entfallen 2,654 Mio. EUR auf die Baugenehmigungsgebühren, welche mit einem Rückgang von 0,723 Mio. EUR hauptsächlich für die Veränderung in diesem Bereich sind. Nach dem überdurchschnittlich hohen Vorjahresergebnis beschreibt dieser Rückgang eine Angleichung an die Vorvorjahre.

Weiterhin kommt es im Berichtsjahr im Produkt Bauaufsicht und Denkmalschutz zu signifikanten Veränderungen bei den Personalaufwendungen. Diese betragen im Aufgabengebiet 6,610 Mio. EUR, was im Vorjahresvergleich zu Mehraufwendungen von 0,595 Mio. EUR führt. Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf einen höheren Stellenbesetzungsgrad.

Fachbereichsweit belaufen sich die gesamten Personalaufwendungen im Berichtsjahr auf 14,251 Mio. EUR. Mit den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (1,524 Mio. EUR) bilden sie den größten Anteil auf der Aufwandsseite ab.

| 7400 - Produktbereich 01 Stabsstelle Datenschutz (II-02) | | | | | |
|---|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 56.160,38 | 59.601 | 49.982,39 | 59.601 | -6.178 |
| - Aufwendungen | 289.789,74 | 264.684 | 175.866,14 | 119.635 | -113.924 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -233.629,36 | -205.083 | -125.883,75 | -60.034 | 107.746 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 93.069,66 | 92.509 | 73.827,91 | 42.881 | -19.242 |
| = Ergebnis | -326.699,02 | -297.591 | -199.711,66 | -102.915 | 126.987 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,127 Mio. EUR vermindert.

Erträge erwirtschaftet die Stabsstelle Datenschutz hauptsächlich durch Verträge über die datenschutzrechtliche Betreuung z. B. verbundener Unternehmen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge um 0,006 Mio. EUR gesunken.

Die Aufwendungen beziehen sich hauptsächlich auf den Personalbereich, wo auch die Minderaufwendungen angefallen sind.

Die Aufwendungen für verrechnete Leistungen sind fast ausschließlich auf Personalnebenkosten zurückzuführen.

| 7500 - Produktbereich 01 Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin (OB-01) | | | | | |
|---|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 43.981,77 | 45.448 | 48.254,58 | 41.304 | 4.273 |
| - Aufwendungen | 829.681,30 | 806.063 | 804.672,55 | 829.311 | -25.009 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -785.699,53 | -760.615 | -756.417,97 | -788.007 | 29.282 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 23.900,16 | 23.900 | 23.900,16 | 23.900 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | -7.669,89 | -7.326 | -13.048,36 | -7.543 | -5.378 |
| = Ergebnis | -754.129,48 | -729.390 | -719.469,45 | -756.564 | 34.660 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,035 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,004 Mio. EUR gestiegen.

Die Aufwendungen haben sich um 0,025 Mio. EUR vermindert, was vornehmlich auf planmäßig geringere Transferaufwendungen für die Elektroprüfgruppe beim IMD zurückzuführen ist. Ebenso haben sich die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen (Personalnebenkosten) um 0,005 Mio. EUR reduziert, was sich zusätzlich positiv auf das Ergebnis ausgewirkt hat.

| 7600 - Produktbereich 15 | | | | | |
|--|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|--------------------|
| Investsupport (V-01) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 493,30 | 365 | 44.837,13 | 324 | 44.344 |
| - Aufwendungen | 403.803,44 | 394.435 | 375.912,30 | 408.948 | -27.891 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -403.310,14 | -394.070 | -331.075,17 | -408.624 | 72.235 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 23.835,43 | 38.995 | 31.878,60 | 36.549 | 8.043 |
| = Ergebnis | -427.145,57 | -433.065 | -362.953,77 | -445.173 | 64.192 |

alle Angaben in EUR

InvestSupport ist eine Einrichtung des Stadtentwicklungsdezernates (Dezernat V) und bemüht sich gemeinsam mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH um die Ansiedlung von mittelständischen Unternehmen in Duisburg. In 2017 wurden mehrere größere Bauvorhaben im Innenstadtbereich begleitet, u. a. „Mercator One“ und „Duo am Marientor“ sowie weiterhin im Bereich Innenhafen Duisburg „The Curve“.

Der Zuschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,064 Mio. EUR vermindert. Wesentlicher Grund ist die ertragswirksame Auflösung einer Rückstellung.

| 7700 - Produktbereich 09 Stabsstelle Strategische Stadtentwicklung (V-02) | | | | | |
|--|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 274,48 | 183 | 16,92 | 168 | -257 |
| - Aufwendungen | 157.445,08 | 163.391 | 163.753,74 | 177.985 | 6.309 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -157.170,60 | -163.208 | -163.736,82 | -177.817 | -6.566 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 18.496,74 | 19.004 | 16.081,50 | 17.832 | -2.415 |
| = Ergebnis | -175.667,34 | -182.212 | -179.818,32 | -195.649 | -4.151 |

alle Angaben in EUR

Die Stabsstelle Strategische Stadtentwicklung übernimmt konzeptionelle und strategische Aufgabenstellungen für das Stadtentwicklungsdezernat und begleitet aktuelle Entwicklungsthemen. In 2017 standen im Fokus der Aktivitäten u. a. die Umsetzung des „Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt“ (IHI), das Projekt „Altstadtmanagement“, die Entwicklung des Projektes „6-Seen-Wedau“ sowie die weitere Stadtteilentwicklung Ruhrort.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,004 Mio. EUR erhöht. Die Aufwendungen beziehen sich überwiegend auf Personalaufwendungen.

| 7900 - Produktbereich 10 Beratungsstelle Planen, Bauen und Verkehr (V-04) | | | | | |
|--|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 1.464,91 | 965 | 83,93 | 881 | -1.381 |
| - Aufwendungen | 713.845,17 | 705.401 | 744.363,72 | 731.173 | 30.519 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -712.380,26 | -704.435 | -744.279,79 | -730.292 | -31.900 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 0 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 170.590,75 | 167.874 | 162.726,25 | 186.427 | -7.865 |
| = Ergebnis | -882.971,01 | -872.310 | -907.006,04 | -916.719 | -24.035 |

alle Angaben in EUR

Die Stabsstelle „Service Center Bau“ wurde zum 01.07.2015 eingerichtet und umfasst die Beratung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen bei der Realisierung von Bau und Ansiedlungsvorhaben sowie die Prüfung und Erteilung von Ausnahmegenehmigungen im Rahmen der Straßenverkehrsordnung (StVO) bei berechtigten Individualinteressen.

Der Zuschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,024 Mio. EUR erhöht. Die Aufwendungen beziehen sich überwiegend auf Personalaufwendungen.

9000 - Produktbereich 01, 02, 15
Amt für bezirkliche Angelegenheiten (Amt 90)

| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
|--|-------------|-----------------|-------------|-------------------|---------------------------------|
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 0,00 | 0 | 0,00 | 47.913 | 0 |
| - Aufwendungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 8.485.678 | 0 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | 0,00 | 0 | 0,00 | -8.437.765 | 0 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 3.993.399 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 0,00 | 0 | 0,00 | 1.087.199 | 0 |
| = Ergebnis | 0,00 | 0 | 0,00 | -5.531.565 | 0 |

alle Angaben in EUR

Aufgrund der Neustrukturierung der sieben Bezirksämter wurde das Amt 90 zum 01.01.2017 neu gebildet. Die früheren Bezirksämter wurden als eigenständige Ämter aufgelöst und zu dem neuen übergeordneten „Amt für bezirkliche Angelegenheiten“ zusammengefasst. Die Information der politischen Gremien erfolgte durch die Mitteilungsvorlage vom 01.09.2016 (DS 16-0915).

Ab dem Haushaltsjahr 2018 findet die haushaltsmäßige Abwicklung zentral über das Amt 90 statt. Der Haushaltsplan sieht für 2018 die o. a. Ansätze vor.

Da die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 zum Zeitpunkt der Umsetzung der Neustrukturierung bereits abgeschlossen war, wurde die Bewirtschaftung der ursprünglichen Bezirksämter noch dezentral durchgeführt. Der vorliegende Bericht beinhaltet daher letztmalig die Organisationseinheiten 9100 bis 9700 (ohne die Ansätze 2018).

| 9100 - Produktbereich 01, 02, 15 Bezirksamt Walsum (Amt 91) | | | | | |
|--|----------------------|-------------------|----------------------|----------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 63.187,72 | 43.945 | 56.147,55 | 0 | -7.040 |
| - Aufwendungen | 1.339.923,79 | 1.408.856 | 1.340.601,75 | 0 | 678 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -1.276.736,07 | -1.364.911 | -1.284.454,20 | 0 | -7.718 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 602.407,27 | 562.777 | 655.798,07 | 0 | 53.391 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 162.619,27 | 157.741 | 181.690,46 | 0 | 19.071 |
| = Ergebnis | -836.948,07 | -959.875 | -810.346,59 | 0 | 26.601 |

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“, „Bürgerservice“ und „Stadthalle Walsum“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,027 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge, im Wesentlichen bestehend aus Nutzungsentgelten für die Stadthalle Walsum, sind aufgrund der geringeren Anzahl an Veranstaltungen um 0,007 Mio. EUR zurückgegangen.

Bei den Aufwendungen sind nur unwesentliche Veränderungen zu verzeichnen.

| 9200 - Produktbereich 01, 02, 15 Bezirksamt Hamborn (Amt 92) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|----------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 148.355,12 | 788 | 460,53 | 0 | -147.895 |
| - Aufwendungen | 1.301.864,68 | 1.407.199 | 1.277.923,12 | 0 | -23.942 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -1.153.509,56 | -1.406.411 | -1.277.462,59 | 0 | -123.953 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 735.451,45 | 791.314 | 747.179,74 | 0 | 11.728 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 85.862,20 | 91.401 | 66.533,95 | 0 | -19.328 |
| = Ergebnis | -503.920,31 | -706.498 | -596.816,80 | 0 | -92.896 |

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“, „Bürgerservice“ und „Rhein-Ruhr-Halle“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,093 Mio. EUR erhöht.

Im Haushaltsjahr 2016 konnte eine einmalige Umsatzsteuererstattung von 0,147 Mio. EUR für den Bereich der Rhein-Ruhr-Halle vereinnahmt werden, die das Ergebnis wesentlich verbessert hatte.

Für das Haushaltsjahr 2017 ergeben sich nur sehr geringe Erträge. Die daraus resultierende Ergebnisverschlechterung wird allerdings u. a. durch geringere Personalaufwendungen (0,031 Mio. EUR) gemindert.

| 9300 - Produktbereich 01, 02 Bezirksamt Meiderich/Beeck (Amt 93) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|----------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 1.706,42 | 1.087 | 859,78 | 0 | -847 |
| - Aufwendungen | 1.288.134,95 | 1.657.065 | 1.157.425,63 | 0 | -130.709 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -1.286.428,53 | -1.655.978 | -1.156.565,85 | 0 | 129.863 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 755.823,30 | 815.357 | 677.175,31 | 0 | -78.648 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 184.302,90 | 308.917 | 168.246,18 | 0 | -16.057 |
| = Ergebnis | -714.908,13 | -1.149.538 | -647.636,72 | 0 | 67.271 |

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“ und „Bürgerservice“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,067 Mio. EUR vermindert.

Nennenswerte Veränderungen haben sich bei den Personalaufwendungen und den verrechneten Leistungen ergeben.

Die Personalaufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,150 Mio. EUR, u. a. aufgrund zeitweise nicht besetzter Stellen.

Dagegen wirkte sich der Saldo aus verrechneten Leistungen in Höhe von 0,063 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr ergebnisverschlechternd aus.

| 9400 - Produktbereich 01, 02, 15 Bezirksamt Homberg/Ruhrort/Baerl (Amt 94) | | | | | |
|---|--------------------|-------------------|----------------------|----------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 17.614,32 | 117.749 | -48.564,85 | 0 | -66.179 |
| - Aufwendungen | 954.982,56 | 1.882.741 | 1.009.289,37 | 0 | 54.307 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -937.368,24 | -1.764.992 | -1.057.854,22 | 0 | -120.486 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 438.195,25 | 457.266 | 534.234,47 | 0 | 96.039 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 79.256,90 | 113.244 | 73.212,29 | 0 | -6.045 |
| = Ergebnis | -578.429,89 | -1.420.970 | -596.832,04 | 0 | -18.402 |

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“, „Bürgerservice“ und „Glückauf-Halle“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,018 Mio. EUR erhöht.

Grundsätzlich hätte die Übertragung des Betriebes und die Vermarktung der Glückauf-Halle Homberg auf die Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH zum 01.01.2017 zu einer Ergebnisverbesserung führen müssen.

Der negative Ertrag resultiert jedoch aus einer Umsatzsteuernachforderung aus Vorjahren für die Glückauf-Halle.

Zudem führten Mehraufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen für die Bezahlung von Wachpersonal in der Bürger-Service-Station zur Gewährleistung eines reibungslosen Publikumsverkehrs zu der Ergebnisverschlechterung.

Dagegen wirkten sich die verrechneten Leistungen saldiert mit einem Betrag von 0,102 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr positiv auf das Ergebnis aus.

| 9500 - Produktbereich 01, 02 Bezirksamt Mitte (Amt 95) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|----------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 1.376,61 | 731 | 460,53 | 0 | -916 |
| - Aufwendungen | 1.309.677,43 | 1.355.428 | 1.332.475,06 | 0 | 22.798 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -1.308.300,82 | -1.354.697 | -1.332.014,53 | 0 | -23.714 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 889.013,06 | 907.655 | 816.756,70 | 0 | -72.256 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 60.889,15 | 68.304 | 30.641,64 | 0 | -30.248 |
| = Ergebnis | -480.176,91 | -515.346 | -545.899,47 | 0 | -65.723 |

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“ und „Bürgerservice“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,066 Mio. EUR erhöht.

Ursächlich sind geringfügig gestiegene Personalaufwendungen (0,018 Mio. EUR) sowie eine Steigerung der verrechneten Leistungen saldiert um 0,042 Mio. EUR.

| 9600 - Produktbereich 01, 02, 15 Bezirksamt Rheinhausen (Amt 96) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|----------|--------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | Ergebnis zum VJ |
| + Erträge | 265.928,02 | 193.185 | -31.136,35 | 0 | -297.064 |
| - Aufwendungen | 2.108.950,30 | 1.998.886 | 1.156.199,43 | 0 | -952.751 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -1.843.022,28 | -1.805.701 | -1.187.335,78 | 0 | 655.687 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 771.996,84 | 658.078 | 741.132,16 | 0 | -30.865 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 214.830,29 | 204.037 | 128.076,19 | 0 | -86.754 |
| = Ergebnis | -1.285.855,73 | -1.351.660 | -574.279,81 | 0 | 711.576 |

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“, „Bürgerservice“ und „Rheinhausen-Halle“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,712 Mio. EUR vermindert.

Bei dieser Zuschussentwicklung ist zu beachten, dass die bisher vom Bezirksamt Rheinhausen bewirtschaftete Rheinhausen-Halle mit Wirkung vom 01.01.2017 auf die Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH übertragen wurde. Dies führte dazu, dass die Erträge um 0,169 Mio. EUR zurückgingen. Eine weitere Verringerung der Erträge resultiert aus einer Umsatzsteuernachforderung für die Rheinhausen-Halle aus Vorjahren von 0,033 Mio. EUR (negativer Ertrag), die im Vergleich zu der Umsatzsteuererstattung im Haushaltsjahr 2016 von 0,095 Mio. EUR steht.

Bei den Aufwendungen wirkte sich die Hallenübertragung mit einem Aufwandsrückgang von 0,953 Mio. EUR aus, der sich im Wesentlichen aus geringeren Personalaufwendungen (0,133 Mio. EUR) und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (0,788 Mio. EUR) zusammensetzt.

Die verrechneten Leistungen beeinflussen das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr mit einem saldierten Betrag von 0,056 Mio. EUR zusätzlich positiv.

| 9700 - Produktbereich 01, 02 Bezirksamt Süd (Amt 97) | | | | | |
|---|----------------------|-------------------|----------------------|----------|---------------------------------|
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 1.204,95 | 648 | 486,83 | 0 | -718 |
| - Aufwendungen | 1.012.177,73 | 1.093.510 | 1.028.227,43 | 0 | 16.050 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -1.010.972,78 | -1.092.862 | -1.027.740,60 | 0 | -16.768 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 551.309,93 | 613.716 | 581.356,32 | 0 | 30.046 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 132.323,38 | 133.872 | 122.586,76 | 0 | -9.737 |
| = Ergebnis | -591.986,23 | -613.018 | -568.971,04 | 0 | 23.015 |

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“ und „Bürgerservice“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,023 Mio. EUR vermindert.

Die geringfügig höheren Aufwendungen im Personalbereich und bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen wurden durch die gestiegenen Erträge und die niedrigeren Aufwendungen aus verrechneten Leistungen mehr als ausgeglichen.

| 9900 - Produktbereich 01 | | | | | |
|--|----------------------|-------------------|----------------------|-------------------|---------------------------------|
| Personalrat (Amt 99) | | | | | |
| | 2016 | 2017 | | 2018 | Vergleich Ergebnis zum VJ |
| | Ergebnis | fort. Ansatz | Ergebnis | Ansatz | |
| + Erträge | 1.974,36 | 897 | 1.159,52 | 1.130 | -815 |
| - Aufwendungen | 1.625.679,76 | 1.404.094 | 1.604.214,28 | 1.547.657 | -21.465 |
| = Ergebnis vor Leistungsverrechnung | -1.623.705,40 | -1.403.197 | -1.603.054,76 | -1.546.527 | 20.651 |
| + Erträge aus verrechneten Leistungen | 28.299,96 | 28.300 | 28.299,96 | 28.300 | 0 |
| - Aufwendungen aus verrechneten Leistungen | 225.425,69 | 159.908 | 246.157,74 | 322.446 | 20.732 |
| = Ergebnis | -1.820.831,13 | -1.534.805 | -1.820.912,54 | -1.840.673 | -81 |

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht.

Die Minderaufwendungen in Höhe von 0,021 Mio. EUR sind überwiegend auf gesunkene Personalaufwendungen zurückzuführen. Hierbei sind vor allem die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen geringer als im Vorjahr ausgefallen. Dafür sind die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen (Personalnebenkosten) jedoch ebenfalls um 0,021 Mio. EUR gestiegen, wodurch das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert ist.